

Rundbrief

1

BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

DIE LINKE.

INHALT

EDITORIAL	3
Julia Wiedemann	

AKTUELLES ZUM ANTIFASCHISMUS. THEORIE UND PRAXIS

AfD und Gewerkschaften	4
Rüdiger Lötzer	

Der Nahost-Konflikt in der Ära Trump	6
Tsafrir Cohen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro in Israel	

Hajo Funke: Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz	8
Rezension: Dr. Roland Bach	

»Ein aufhaltsamer Aufstieg«. Alternativen zu AfD & Co.	15
Vorwort des Buches	
Dr. Gerd Wiegel	

Die Saboteure der Aufklärung	18
Nach über 430 Tagen endete der NSU-Prozess vor dem OLG München: Bundesanwaltschaft, Verfassungsschutz und Gericht haben Merkmals »lückenlose Aufklärung« verhindert	
Friedrich Burschel	

»Linke Gewalt« als politisches Konstrukt	22
Interview mit Friedrich Burschel	

Partikularismus oder Universalismus?	26
Neue Veröffentlichungen zur christlichen Rechten machen Kulturkampf innerhalb der Kirchen deutlich	
Helge Meves	

GESCHICHTLICHES. TEXTE UND REZENSIONEN

Russischer Emigrantenfascismus in Deutschland zwischen 1918–1933	28
Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe	

Marga Voigt : Clara Zetkin. Die Briefe 1914 bis 1933	36
Rezension: Dr. Hartmut Henicke	

Erika und Gerhard Schwarz: Das Rittergut Garzau und jüdische Zwangsarbeit	38
Rezension: Dr. Horst Helas	

Das »andere Deutschland« oder »die unbekannte DDR«? Siegfried Prokop wagt einen differenzierten Blick von links auf den zweiten deutschen Staat	40
Rezension: Dr. Holger Czitrich-Stahl	
Hartmut König: Warten wir die Zukunft ab. Autobiografie	43
Rezension: Dr. Horst Helas	
Jürgen Israel Löwenstein (1925–2018)	45
Dr. Horst Helas	
Der lange Weg zur Gerechtigkeit. Siegfried Grundmann: Der lange Weg bis zur Rückgabe und Entschädigung. Albert Einsteins von den Nazis konfisziertes Eigentum.	47
Rezension: Dr. Günter Wehner	
Der lange Schatten der NS-Vergangenheit Manfred Görtemaker/Christoph Safferling: Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit	48
Rezension: Dr. Günter Wehner	
Ursula Suhling: Wer waren die 999er? Strafsoldaten in Wehrmachtsuniform – deportiert vom Hannoverschen Bahnhof	50
Rezension: René Senenko	



Rundbrief ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, mindestens zweimal im Jahr, und wird herausgegeben von der AG Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.
V.i.S.d.P. Julia Wiedemann

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 24009-216
E-Mail: julia.wiedemann@die-linke.de

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden.
Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen.
Zuschriften und Beiträge sind willkommen.

Titelbild: Frank Schwarz/Bundestagfraktion DIE LINKE
Redaktionsschluss: August 2018
Layout und Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

EDITORIAL

Dieser Rundbrief ist etwas besonderes. Er erinnert mit seinem Titelfoto – Gruppenporträt aller 67 Bundestagsabgeordneten der LINKEN – an eine vor einiger Zeit aufgekommene Metapher für die Befindlichkeit der Partei: das strategische Dreieck: Partei, Bundestagsfraktion und Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Für den Rundbrief der Bundes-AG Antifaschismus gehört es zu den Prinzipien, über alle drei Seiten dieses Dreiecks zu berichten, das spezifische Gewicht jeder der drei und die Beziehungen zueinander zu dokumentieren. Dabei geht es darum, mit dem Rundbrief die Vielfalt der Ansichten zu zeigen, um die Leser anzuregen, sich selbst ein Bild zu machen.

Die aktuelle Bundestagsfraktion hat erstmals mehr in den westlichen Bundesländern gewählte Abgeordnete. Stolz sind wir darauf, dass Sören Pellmann in Leipzig ein Direktmandat gewonnen hat. Das Schlagwort von der politischen Kleinarbeit bestimmt das Leben vieler Genossen. Weniger wichtig ist wohl eine Bewertung, wie gut die Partei gerade »geführt« wird.

Im Alltag unserer antifaschistischen Bemühungen haben wir es jetzt auch mit der AfD zu tun, die in den Bundestag mit einer lautstarken Fraktion eingezogen ist. Eine qualitativ neue Herausforderung, der es kontinuierlich und kreativ zu begegnen gilt. Mit diesem Rundbrief werden dafür Anregungen vermittelt.

Aus verschiedenen Gründen spiegelt dieses Heft mehr als andere ein Grundanliegen unserer Arbeit seit Bildung der Bundes-AG Antifaschismus wider. »Linker Umgang

mit Geschichte« war und ist uns besonders wichtig. Kritische Sichten auf verschiedene historische Ereignisse und Prozesse sowie selbstkritische Bewertungen dazu sind für Linke seit langem ein Grundzug des Wirkens. Dabei ist vieles differenzierter und tieferschürfender zu behandeln, aber die Grundrichtung stimmt.

Die Themenvielfalt und die unterschiedlichen persönlichen Sichtweisen, die die LINKE auszeichnen, noch besser widerzuspiegeln, das war bisher ein zentrales Kennzeichen unseres Rundbriefes. Alle sind aufgefordert, diese Tradition fortzusetzen.

Noch eines. Das recht späte Erscheinen dieses Hefes 1/2018 erinnert an ein oft bemängeltes Problem, die Redaktion des Rundbriefes muss möglichst langfristig in jüngere Hände gelegt werden, ohne früher geborene Genossen zu verprellen.

Im 2. Halbjahr 2018 sollte es mit der Neuwahl des Sprecherrates unserer Bundes-AG gelingen, mit einem verjüngten Redaktionsteam dem gerecht zu werden.

Das antifaschistische Engagement so vieler jüngerer Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei, das wir mit Freude und Genugtuung sehen, ist eine wichtige Strömung praktischen Handelns, es ist seit langem eine erklärte Grundrichtung des Wirkens in unserer Partei.

Julia Wiedemann,
Sprecherin der BAG Antifaschismus
der Partei DIE LINKE

AKTUELLES ZUM ANTIFASCHISMUS. THEORIE UND PRAXIS

AfD und Gewerkschaften

Das Thema Rechtspopulismus bzw. »Rechtsextremismus und Gewerkschaften« gewinnt aktuell an Aufmerksamkeit. Das ist gut. Je mehr Menschen sich dem Vordringen der AfD entgegenstellen, umso besser. Um die Rechtsentwicklung in der Gesellschaft zu stoppen und umzukehren, die braune Brut maximal zu isolieren und zu bekämpfen, sind Betriebe und Gewerkschaften ein wichtiges Feld. Da ist jede Mithilfe bei der Gegenwehr erwünscht. Und sie ist – wenn diese kleine Stichelei erlaubt ist – sicher nützlicher als das derzeit anscheinend beliebte öffentliche Toterklären von Bündnisoptionen, ständige Talkshows mit AfD-Funktionären und gemeinsames Fußballspielen im Sportclub des Bundestags.

Dass wir mit der AfD ein »Thema« haben werden, um es im »IG Metall-Sprech« zu sagen, war dem Verfasser dieses Aufsatzes und den Verantwortlichen in der IG Metall spätestens Anfang 2016 klar, als die AfD in den Landtagswahlen in Baden-Württemberg in Mannheim ein Direktmandat errang und mit 15,1 % der Stimmen die SPD im »Ländle« deutlich hinter sich ließ. Seitdem standen – auch und gerade mit Blick auf die nun laufenden Betriebsratswahlen – alle Warnlampen auf »rot«.

Schon ein halbes Jahr davor hatte sich der neu gewählte Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, klar positioniert, als er (FAZ, 25.10.2015) die Unternehmen aufforderte, keine Fremdenfeindlichkeit zu dulden. Seine Aufforderung »Wer hetzt, der fliegt« bezog sich auf den öffentlich wenig bekannten § 75 des Betriebsverfassungsgesetzes. Darin heißt es: »Arbeitgeber und Betriebsrat haben darüber zu wachen, dass ... jede Benachteiligung von Personen aus Gründen ihrer Rasse oder wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Abstammung oder sonstigen Herkunft, ihrer Nationalität, ihrer Religion oder Weltanschauung ... oder wegen ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität unterbleibt.« In § 104 wird darauf aufbauend geregelt, dass Verstöße dagegen zur »Entfernung« aus dem Betrieb führen können. So geschehen zum Beispiel in Berlin vor ein paar Jahren, als in einem Autozulieferwerk eine Nazi-Zelle durch Hakenkreuzschmierereien in den Toiletten auffiel. Zwei Personen wurden »dingfest« gemacht, wie man so sagt, und flogen in gemeinsamer Aktion von Geschäftsführung und Betriebsrat sofort raus.

Es ist wirklich schade, dass diese gute Regelung bis heute nur wenig Nachahmung in anderen gesellschaftlichen Bereichen gefunden hat. Und es ist ein bleibender Skandal, dass nur in den Betrieben alle Beschäftigten, gleich welcher Nationalität, selbstverständlich das aktive und passive Wahlrecht zum Betriebsrat haben, während noch immer etwa ein Zehntel aller Erwachsenen – in Großstädten wie Berlin, München, Hamburg, Stuttgart usw. sogar 20 bis 30 Prozent – gar kein Wahlrecht zu irgendeinem Parlament haben.

Aber zurück zum Ausgangsthema. Mehrere »Risikobereiche« sahen Hauptamtliche wie Ehrenamtliche in der IG Metall schon Anfang 2016:

- Erstens große Konzerne wie Daimler, Airbus, ZF, wo sich angeblich »Unabhängige« oder »christliche« Kandidaten zum Betriebsrat am ehesten einnisten und antreten. Bei Daimler gibt es traditionell an vielen Standorten »Listenwahlen«, bei denen die IG Metall gegen andere Listen antritt – linke und rechte »Oppositionelle« ebenso wie »christliche« Listen von CGM (»Christliche Gewerkschaft Metall«) & Co.
- Zweitens Konzerne wie Siemens und andere, die zur Schwächung der DGB-Gewerkschaften zum Teil aktiv sog. »Unabhängige« protegieren. Wer sich nicht mehr erinnert: Siemens hatte jahrelang eine sog. »Aktionsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger« (AUB) unter Wilhelm Schelsky mit fast 30 Millionen Euro gefördert, die bei Betriebsratswahlen regelmäßig gegen die IG Metall antrat, bis der Schwindel aufflog und Schelsky wegen persönlicher Bereicherung und Betrug ins Gefängnis kam (siehe Spiegel, 3.11.2014).
- Drittens sog. »Familienunternehmen«, bei denen der Eigentümer seinen »Herr-im-Haus«-Standpunkt dadurch abzusichern sucht, dass er Tarifverträge und Gewerkschaften fernhält und von ihm gesteuerte Betriebsräte installiert usw. Ein Beispiel dafür ist Heinz Hermann Thiele, Eigentümer von Knorr Bremse und Vossloh, dessen Vermögen »Forbes« auf 13 Milliarden US-Dollar schätzt. Wer auf »Youtube« dessen Namen eingibt und als Datum 2.4.2016, kann sich einen Auftritt dieses Herrn im feinen Münchner Ifo-Institut ansehen. Wer einen Unterschied zu AfD-Positionen findet,

- soll sich gerne melden. Solche »Familienunternehmer«, nicht alle so reich, gibt es nicht wenige in der Republik.
- Viertens Betriebe in Ländern wie Sachsen, wo die AfD bei der letzten Bundestagswahl stärkste Partei wurde. Dass das nicht ohne Folgen auf die Stimmung in den Betrieben bleibt, dürfte klar sein.

Dabei bedient sich der braune Sumpf so ziemlich aller Methoden – von direkten Attacken auf Gewerkschaftsveranstaltungen, speziell am 1. Mai, über die Gründung sog. »Arbeitnehmerflügel« wie »AVA« (»Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer« in NRW), »AiDA« (sog. »Interessengemeinschaft der Arbeitnehmer in der AfD«), das Stuttgarter »Zentrum Automobil« (Badische Zeitung, 13.2.2018, und Stuttgarter Nachrichten, 6.3.2018) bis hin zum Einsickern als angeblich »gute Gewerkschafter«, die über IG Metall-Listen in den Betrieben Fuß zu fassen suchen.

Das Vokabular und die Stereotypen, mit denen dabei »Zentrum« & Co auftreten, klingt bekannt: »Wir da unten« gegen »Die da oben«, Pöbeleien gegen vermeintliche »Mauscheleien« und »Co-Management« der »Betriebsratsfürsten« und »Gewerkschaftsbonzen« mit dem Management, Auftreten als die angeblich neue »Basisgewerkschaft«, die sich endlich mal für den »kleinen Mann« einsetzt usw. usf. Offene Fremdenfeindlichkeit wird selten vorgetragen – die Risiken der schon erwähnten §§ 75 und 104 Betriebsverfassungsgesetz sind bekannt. Eine seriöse Bilanz, wie weit es dem rechten Rand gelungen ist, sich in den Betrieben und Betriebsräten fest zu setzen, kann erst nach Abschluss der Betriebsratswahlen, also nach Ende Mai, gezogen werden. Allein im Bereich der IG Metall wird in ca. 11.000 Betrieben um 78.000 Betriebsratsmandate gekämpft.

Erste Ergebnisse aber gibt es schon.

Hier nur in Stichworten:

- Bei Daimler sind rechte Listen unter verschiedenen Namen in fast allen Werken im Süden angetreten. In Untertürkheim mit seinen fast 30.000 Beschäftigten erreichte die IG Metall 37 der 47 Sitze im Betriebsrat, drei mehr als bei der letzten Wahl. Das »Zentrum Automobil«, seit 2014 mit 4 Sitzen im Betriebsrat und dieses Mal von Jürgen Elsässer, Compact & Co. gefördert, erreichte nun 6 Sitze, sein Zugewinn ging auf Kosten »unabhängiger« und »christlicher« Betriebsräte. Wobei anzumerken ist, dass nicht nur bei Daimler immer wieder auch rechte migrantische Kandidaten und Strömungen auftreten, türkische graue Wölfe, griechische »Morgenröte« usw. In Rastatt (knapp unter 9.000 Beschäftigte) erreichte die IG Metall 29 der 35 Sitze, das »Zentrum« 3 Sitze, die »Christen« flogen

raus. In der Daimler-Zentrale errang die IG Metall die Mehrheit im Betriebsrat, das Zentrum bekam keinen Sitz, dafür 3 Unabhängige und 1 Christlicher. Insgesamt sind das beunruhigende Einbrüche, und es ist nur ein schwacher Trost, dass die rechten Ergebnisse bei Daimler schlechter sind als die der AfD bei der Landtagswahl zwei Jahre zuvor.

- Bei Porsche in Leipzig versuchen die Rechten ebenfalls Fuß zu fassen, ebenso bei Airbus in Bremen und Siemens in München – mit welchen Ergebnissen, ist noch nicht bekannt.
- Im Berlin sind dieses Jahr keine rechte Listen in IG Metall-Betrieben aufgetreten, und bisher flogen auch erst zwei oder drei sog. »Unabhängige« als in der Wolle gefärbte AfD-Kandidaten auf. Hier konnte die AfD sich anscheinend kaum festsetzen.

Wie auch immer die Ergebnisse am Ende ausfallen werden: Die IG Metall wird sie ebenso wie alle anderen DGB-Gewerkschaften auswerten und über Konsequenzen nachdenken müssen. Verharmlosen, bagatellisieren und »einbinden« als etwas »randständige« Betriebsräte wird nicht gehen. Das ist unvereinbar mit den antifaschistischen Grundsätzen der Gewerkschaften und auch unvereinbar mit Artikel 1 unseres Grundgesetzes, der – siehe Art. 75 BetrVG – auch in den Betrieben wirksam verteidigt werden muss. Es kann sein, dass am Ende eine Art »Unvereinbarkeitsbeschluss« des nächsten Gewerkschaftstages – bei der IG Metall findet er Ende 2019 statt – stehen muss.

Bis dahin werden Anregungen aus der Politik, wie eine erfolgreiche Gegenwehr gegen rechts in den Betrieben aussehen sollte, gerne entgegengenommen. Aktuell ist dieses Feld allerdings kaum bestellt, um es mal höflich auszudrücken.

Aber es gibt Verbündete. Die Kirchen stehen fest gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Anti-Islamismus usw. Ebenso zahlreiche Sportvereine, kleinere wie der SV Babelsberg oder St. Pauli, größere wie Eintracht Frankfurt, Werder Bremen, HSV, Hertha BSC Berlin und viele andere mehr. Mit ihnen arbeiten die Gewerkschaften schon lange gut zusammen – früher bei Kampagnen wie »Mach meinen Kumpel nicht an!«, heute bei »Respekt!«. Daran gilt es anzuknüpfen, um Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus auch in Zukunft so klein wie möglich zu halten.

Rüdiger Lötzer,

Bezirksverordneter in Berlin-Mitte für die LINKE, Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall in Berlin

Der Nahostkonflikt in der Ära Trump¹

In den 1967 besetzten Palästinensergebieten etablierte sich allen Friedensgesprächen zum Trotz ein Projekt der permanenten israelischen Herrschaft. In jenen 60 Prozent der Westbank, die Israel direkt unterstellt sind, und im von Israel annektierten Ostjerusalem wurden über eine halbe Million israelische Staatsbürger*innen völkerrechtswidrig angesiedelt, während die dort lebenden Palästinenser*innen in dicht bevölkerte Enklaven verdrängt werden. Die Palästinenser*innen verwalten zwar diese Enklaven, doch das Eigenständigkeit simulierende Gebaren der im bitterarmen Gazastreifen herrschenden Hamas oder der Präsidententitel von Mahmud Abbas, der der Palästinensischen Autonomiebehörde vorsteht, die die Westbank-Enklaven verwaltet, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Enklaven in allen wesentlichen Aspekten von Israel abhängen.

Zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan gibt es also de facto nur einen Souverän, den israelischen Staat. Israels Regierung möchte die Kontrolle über die Palästinenser*innen behalten und die Ausweitung der Siedlungen ermöglichen. Zugleich fürchtet sie um die Vorrechte der jüdischen Bevölkerung, wenn alle Menschen im Land gleiche Rechte genießen. Denn schon heute gibt es hier keine jüdische Mehrheit mehr. Folglich wurde ein verschlungenes System entwickelt, in dem die Einwohner*innen je nach Staatsbürgerschaft, Wohnort und ethnisch-religiöser Zugehörigkeit unterschiedliche Rechte besitzen – mit dem vorrangigen Ziel, den Palästinenser*innen Bürger- und andere Rechte vorzuenthalten. Einige Beobachter*innen definieren dieses System als eine Art Apartheid.

Bisherige Mechanismen überdenken

Angesichts dessen werden auf beiden Seiten vermehrt alternative Ansätze zur Zweistaatenlösung diskutiert, etwa der eines binationalen Staats oder neue Konföderationsmodelle, die es erlauben, kollektive Identitäten und individuelle Rechte zu berücksichtigen. Doch diese Lösungen stehen vor den gleichen Hindernissen wie die Zweistaatenlösung: dem Unwillen Israels, Privilegi-

en der jüdischen Bevölkerung und die Kontrolle über die Palästinenser*innen aufzugeben.

Deshalb ist es spätestens nach dem Trumpschen Positionswechsel notwendig, die bisher verwendeten Mechanismen zu überdenken, um eine Regelung zu finden, die auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung beruht und die Völker einer historischen Aussöhnung näher bringt. Drei Akteure müssten dabei handeln: Vor allem müssten die Palästinenser*innen sich einigen und ihren Widerstand effektiv gestalten. Denn koloniale Prozesse enden fast immer durch den Widerstand der indigenen Bevölkerung. Außerdem müsste sich eine innerisraelische Opposition zu einer echten Alternative entwickeln und einer noch friedenswilligen Bevölkerungsmehrheit reinen Wein einschenken. Dem Ausland schließlich, allen voran Israels Alliierten USA und EU, fiele angesichts der tiefen Asymmetrie des Konflikts eine gewichtige Rolle zu. Das hieße einerseits eine viel klarere Sprachregelung als bisher zu finden, andererseits müssten die völkerrechtlichen Beziehungen zu den Konfliktparteien vertieft werden. Das bedeutet vor allem die Klarstellung, dass die Vorteile bi- und multilateraler Abkommen mit Israel weder für die völkerrechtswidrigen Siedlungen noch für ihre Einwohner*innen gelten können.

Doch für Rechtspopulist*innen und illiberale Demokrat*innen wie Trump oder Orbán treten Völker- und Bürgerrecht zugunsten der Macht des Stärkeren zurück, und alte antisemitische Ressentiments werden um eine imaginäre Front zur Verteidigung eines jüdisch-christlichen Abendlands gegen den Islam ergänzt. Israels hegemoniale Rechte gilt dabei als Verbündete ersten Ranges.

Europäische Linke sind gefragt

Die zugespitzte Lagerbildung führt in den USA gleichzeitig dazu, dass linke und liberale Kräfte – auch innerhalb der großen jüdischen Gemeinden – Israels Regierungspolitik zunehmend in Frage stellen und erheblichen Druck zugunsten einer gerechten Konfliktlösung for-

dern. Auch in Europa findet ein Umdenken statt – hin zu einer eigenständigen Außenpolitik, auch in Nahost. Da es momentan kaum um eine endgültige Konfliktlösung geht, sollten die Europäer*innen, die für Völker- und Bürgerrecht stehen, allen voran die europäische Linke, dazu beitragen, dass der Weg zu künftigen Lösungen nicht völlig verbaut wird. Hier ist auch die Linke im größten europäischen Staat, Deutschland, aufgrund ihrer historischen Verantwortung und der weitverzweigten Beziehungen zwischen Deutschland und Israel besonders gefragt.

Gelingt das nicht, so wäre die Bühne frei für Israels Rechtsnationalist*innen, einseitig festzulegen, wie eine Lösung auszusehen hat. Diese Lösung nimmt langsam Gestalt an: die Annexion von Teilen der Westbank. Die Palästinenser*innen verwalteten dann innerhalb komplett von Israel kontrollierten Enklaven, die sie unter Umständen Staat nennen dürften, höchstens das eigene Elend. Eine solche Lösung könnte viele Jahre über-

dauern, doch sie wäre das schlechtest mögliche Ergebnis, da sie ein höchst instabiles, wirtschaftlich und politisch vom Ausland abhängiges palästinensisches Gemeinwesen zurückließe, das kaum Chancen auf Entwicklung und weniger emanzipatorisches Potenzial hätte, als es heute ohnehin hat. Da sie ungerecht ist, beendete sie auch die Gewalt kaum, und auf Gewalt folgt bekanntlich Gegengewalt. Die israelische wie palästinensische Gesellschaft gerieten damit in einen weiteren Abwärtsstrudel schrumpfender emanzipatorischer Potentiale und demokratischer Räume.

Tsafrir Cohen,

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Leiter des Büros in Israel

1 Der Text wurde ursprünglich veröffentlicht in: taz, 6./7.1.2018, S. 11.

Hajo Funke: Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz

Staatsaffaire NSU: Das V-Mann-Desaster und was daraus gelernt werden muss
VSA-Verlag Hamburg 2018, 238 Seiten

In einer Zeit, da die neue Bundesregierung versucht, auch in ihrer Innenpolitik Boden zu gewinnen und der NSU-Prozess in München in seine letzte Phase tritt, greift Hajo Funke, emeritierter Professor an der FU Berlin, mit seinem Buch erneut in die in diesem Zusammenhang stehenden Debatten ein. Sein Buch stellt eine Erweiterung und Aktualisierung seiner 2015 erschienenen Publikation dar.

Ausgangspunkt und Hintergrund seiner Ausführungen sind zwar die Verbrechen des NSU, Funkes Anliegen geht jedoch weit darüber hinaus, stellt vor allem die Fragen nach den Ursachen, nach der Verantwortung und dem Versagen der gesellschaftlichen Akteure bis hin zu den notwendigen Folgerungen.

Im (umfangreichsten) Kapitel I (Der NSU, S. 19–131) schlägt der Autor anfangs noch einmal den Bogen von den Vorstufen der Radikalisierung der rechten Szene in Thüringen Anfang der 90er Jahre bis zu deren Übergang in den Terror. Er zeigt, dass der Verfassungsschutz Thüringen von Anfang an sich dabei als Brandstifter betätigt hat, nicht aufklärte, sondern diese Szene anheizte. Das Treiben des sogenannten »Thüringer Heimatschutz« und weiterer Neonazigruppierungen, personell auch in der Figur des Tino Brandt herausragend sichtbar, wären ohne die zahlreichen V-Leute in dessen Umgebung undenkbar gewesen. Schlimmer noch: Indem Polizei und Staatsanwaltschaft intensiv ermittelten, wurden sie durch den Verfassungsschutz unter Druck gesetzt und indirekt bedroht. Die SOKO REX wurde ausgeschaltet, das juristische Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung wurde unterbunden, Durchsuchungsmaßnahmen wurden ausgesetzt. Schon am 3. Februar 1997 warnte das Bundeskriminalamt in einem eigenen offiziellen Schreiben an das Bundesamt für Verfassungsschutz nach wiederholten Hinweisen auf die Radikalisierung der rechten Szene vor einem »Brandstifter-Effekt« des Amtes mit dessen eingesetzten Leuten.

Und schon im Jahre 2000 wusste man über die zunehmende Gefahr des rechtsterroristischen Kleingruppeneinsatzes Bescheid.

Auch das Trio Bönhardt, Mundlos und Zschäpe hatte man bald auf dem Bildschirm, kannte seinen Weg nach der Flucht von Thüringen nach Chemnitz und dann nach Zwickau, umgab es mit einem ganzen Spinnennetz von V-Leuten. Man kannte dessen Verbindungen zu Blood & Honour, zu den Hammerskins, zum Ku-Klux-Klan, zu allen relevanten Vertretern der Neonaziszene, ihre zeitweiligen Arbeitstellen, Ihre Wünsche nach Waffen und Pässen sowie möglichen Fluchtwegen ins Ausland. Nach der Übersicht von Hajo Funke in Auswertung auch der bisherigen Prozessberichte und der Berichte der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse befanden sich im Umfeld des NSU vor und während der Mordserie etwa 40 hochrangige Spitzel.

Die Morde begannen im September 2000 in Nürnberg. Sie setzten sich 2001 wiederum in Nürnberg, dann in Hamburg und in München fort. Es folgten die Morde im Februar 2004 in Rostock, das Nagelbombenattentat in Köln im Juni 2004 und genau ein Jahr später ein weiterer Mord in Nürnberg. Im selben Jahr wurde auch der griechische Gewerbetreibende Boulgarides erschossen.

Im Jahre 2006 setzte sich die Mordserie in Dortmund und in Kassel fort. Michele Kiesewetter starb als letztes Opfer des NSU im April 2007 in Heilbronn.

Die konkrete Vorstellung einer ganzen Reihe der in diese Verbrechen verwickelten Personen, ihre Gewinnung und Führung als V-Leute und Agenten des Verfassungsschutzes macht die Schrift von Hajo Funke außerordentlich lebendig.

Es macht mehr als betroffen, es macht wütend zu wissen, dass sie hinsichtlich ihrer Informationen, die sie hatten und ihrer Beteiligung an Terrortaten und am Ter-

rornetzwerk NSU bzw. den anderen Terror-Netzwerken, durch das BfV selbst vor Legislative und Judikative geschützt wurden.

Dabei wurde bei allen Versuchen, Erklärungen zu den Morden in diesem ersten Teil der Serie an türkischen und einem griechischen Bürger (in Nürnberg, Hamburg, München, Rostock, Dortmund) zu finden, sofort jede Überlegung zu einem rechtsextremen Tatmotiv ausgeschlossen. Es wurde keine Untersuchung in diese Richtung angestrengt. In seltener Einmütigkeit von Behörden, Polizei, Verfassungsschutz und auch Medien wurden sofort einseitige Ermittlungen in Richtung der türkischen bzw. griechischen Familien, Freundes- und Geschäftskreise angesetzt. Mit der Verdächtigung der Immigranten, mit der Verfolgung der sogenannten »türkischen Spur« wurden nicht nur die entscheidende Richtung für die Ermittlungen ausgeschlagen, sondern auch ein ausländerfeindliches Klima und rassistische Vorurteile angeheizt.

»Drei Kernrätsele«

In einem weiteren Unterabschnitt behandelt der Autor illustrierend »drei Kernrätsele« der Mord- und Attentatsserie: das Nagelbombenattentat in der Kölner Keupstraße, den Mord an Halit Yozgat in Kassel und das Attentat auf Michele Kiesewetter und Martin Arnold in Heilbronn. An diesen Beispielen werden exemplarisch die Grenzen der Ermittlungen – die auch aus einer Mischung von Vorurteilen und Alltagsverhalten von Polizei und Geheimdiensten und ihren Wirkungen auf die betroffenen Milieus bestanden – dargestellt.

Am 9. Juni 2004 detonierte in der Köln-Mühlheimer Keupstraße eine Nagelbombe, ein Terrorakt mit über 20 zum Teil schwer Verletzten. Dass das Attentat erfahrbar nach dem Muster des rechtsextremen Terrorismus von Blood & Honour und von Combat 18 (Großbritannien) ausgeführt worden war, wurde den Verantwortlichen im LKA Nordrhein-Westfalen schnell klar. Sie schrieben in einem ersten Bericht von einem Akt »terroristischer Gewaltkriminalität«. Aber schon eine Stunde danach verfügte man aus dem Innenministerium in Düsseldorf, diesen Begriff zu streichen, eine Streichung, die dann maßgebend für alle weiteren Erklärungen des Innenministeriums und auch der Bundesregierung wurde. In den folgenden drei Jahren wurde wesentlich nur im Umkreis der Opfer und ihrer Angehörigen ermittelt – nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Alle an-

deren Aussagen und Hinweise, die auf Täter aus dem NSU-Netzwerk hindeuteten, wurden trotz des Wissens um alle anderen rechtsextremen Verbrechen in NRW in den Jahren zuvor, ignoriert.

Auch das BfV hatte offenbar die Terrorspur im Blick gehabt und dennoch die Gefährdungslage heruntergespielt. Letztlich war es also eine Verheimlichung der eigenen Recherchen mit allen sich daraus ergebenden Folgen für die Aufklärung des Nagelbombenattentats, ein Verhalten, das mit dem Begriff des Statsversgens nur unzureichend charakterisiert werden kann.

Ungeklärt ist auch das Geschehen um die Ermordung von Halit Yozgat in einem Internetcafe in Kassel am 6.4.2006 geblieben. Ermittlungen der Polizei, die auch den Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Andreas Temme betreffen, der zur selben Zeit im Cafe surfte und sich trotz Aufforderung tagelang nicht meldete, wurden vom LfV Hessen und vom Landesinnenminister (Volker Bouffier, der heute Ministerpräsident in Hessen ist) gegen jede rechtsstaatliche Regel mit dem Hinweis auf das »Staatswohl« blockiert. Temme wurde zweifelsfrei von Zeugen gesehen, die ihn unmittelbar nach dem Mord aus dem Cafe wegrennen sahen. In den späteren Befragungen hat er offensichtlich gelogen, geleugnet, dass er den Toten gesehen haben muss. Die Staatsanwaltschaft aber deckt ihn, hält seine Aussagen unter Verschluss. Im Raum bleibt die Frage, ob er möglicherweise sogar Wissen über die bevorstehende Tat oder eine bevorstehende Aktion besaß. Zumindest ist Temme nachgewiesen worden, dass er dienstliche Kenntnisse über die Mordserie der NSU besaß, H. Funke ergänzt das Bild mit zahlreichen Hinweisen auf die Vorgeschichte dieses Agenten, sodass auch in diesem Falle Grund genug für eine Anklage gegen das hessische Amt für Verfassungsschutz wegen Aufklärungsverweigerung und Strafvereitelung im Amt vorhanden ist.

Besonders tragisch und zugleich besonders schwierig hinsichtlich der Aufdeckung der Verwicklungen ist das Schicksal der jungen Polizistin Michele Kiesewetter, die am 25. April 2007 in ihrem Polizeiauto auf der Theresienwiese in Heilbronn ermordet wurde. Auch ihr Kollege Martin Arnold wurde von den aus nächster Nähe abgefeuerten Kugeln getroffen, überlebte jedoch. Dem Autor Funke, der dem Fall gleich 16 Seiten seiner Schrift (S. 77–93) gewidmet hat, ist das Geschehen besonders nahegegangen und er hat sich persönlich jahrelang an

Hand der Quellen und Dokumente mit um Wahrheitsfindung bemüht. Dennoch bleiben viele Rätsel, vor allem weil auch in diesem Fall Verschweigen, Vertuschen, Lügen und Verdrehungen vieler Behörden und Dienststellen eklaltant vorhanden sind.

Gesichert ist zunächst, daß M. Kieseewetter, die aus Oberweißbach in Thüringen stammte, von frühester Jugend an die Mischszene in Ostthüringen aus Rechtsterroristen, organisierter Kriminalität und V-Leuten kennengelernt hatte, daß ihr Entschluß, Polizistin werden zu wollen, mit ihrem Willen zusammenhing, sich von dieser Szene fernzuhaltten und durch ihren Onkel, selbst Polizist und Kenner der Szene, bestärkt wurde. Er war ihr Vorbild. Gesichert ist auch, daß es von Anfang der 90er Jahre an in Baden-Württemberg spiegelbildliche neonazistische Strukturen gab, dass es auch immer viele Verbindungen zwischen solchen Strukturen nördlich und südlich der ehemaligen Staatsgrenze der DDR gab, schließlich auch geheime Verbindungswege nach Tschechien zum Transport von Drogen (Crystal Meth) und dass die Russenmafia überall ihre schmutzigen Hände im Spiel hatte.

Das Wissen von Mike Wenzel, dem Onkel von Michele Kieseewetter, über die rechsextreme Szene und die organisierte Kriminalität in seinem Kreis aus dem seine Nichte stammte, ist nicht verwertet worden und nach all den Morden an möglichen Zeugen, die bereit waren, ihre genauen Einzelkenntnisse zu offenbaren, hat er seine konkreten Äußerungen zu den möglichen Ursachen und Motiven nicht wiederholt. Unbestreitbar ist auch, daß Michele Kieseewetter durch ihre Dienststeinheit, die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) 523 in Böblingen, regelrecht »verheizt« wurde. Sie hatte sich stets schon in Thüringen und nun noch mehr bei zahlreichen sehr brisanten Einsätzen im süddeutschen Raum sehr mutig verhalten, kannte schließlich auch selbst ihre Gefährdung bei Einsätzen verdeckter Ermittlungen ohne ausreichenden Schutz durch Kollegen und hatte wohl wegen ihrer Enttarnung schon um Versetzung gebeten. Aufgefallen wegen ihrer blauen Augen, dennoch immer wieder eingesetzt beim Kampf gegen Drogendeals und gegen Neonazimärsche ging man dennoch mit ihr »volles Risiko«. Auch bei der Russenmafia war sie aus Razzien bekannt. Funke formuliert, daß es ein böses, tödliches Spiel »organisierter Verantwortungslosigkeit« war, daß die jugendliche Kollegin missbraucht wurde und dass sich das offenbar am 25. Ap-

ril noch einmal zugespitzt hatte. Michele Kieseewetter sei, ob gewollt oder nicht, ein zum Abschuss freigegebener Lockvolgel gewesen. Es habe an elementarster Fürsorgepflicht und Verantwortungsgefühl insbesondere durch die unmittelbaren Vorgesetzten gefehlt. Entsprechend hat diese Einheit dann dafür gesorgt, dass wesentliche Dokumente wie der E-Mail-Verkehr der Getöteten den ermittelnden Beamten nicht zur Verfügung standen. Hinzu kamen offensichtliche Lügen über den Aufenthalt des Einsatzführers am Tatort. Vermutungen unter Freunden und Bekannten aus der Thüringer Szene, dass es sich bei dem Mord um einen Racheakt aus dem Milieu früherer Bekanntschaften gehandelt haben könnte, vor allem auch weil Kieseewetter in den Tagen vor dem Mord noch einmal einige Urlaubstage in Oberweißbach verbracht hatte, kommen sicher der Wahrheit näher als irgendwelche Polizeiberichte. Am deutlichsten hatte sie wohl der Onkel von Michele Kieseewetter ausgesprochen, mit dem Begriff »Dönermorde« ausgehend von den Morden an den türkischen Geschäftsleuten. Es könnte sich um eine konzentrierte Aktion von organisierter Kriminalität im Drogen- und Prostituiertenbereich und den Rechtsextremisten um Tino Brandt, Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt gehandelt haben.

Die blutverschmierten Gestalten, die in verschiedener Richtung nach dem Mord davonrannten (blutig, weil sie den Raub der Dienstwaffen von Kieseewetter und Arnold nur unter großen Anstrengungen zu Wege brachten) sind Beweisstücke dazu. Die Todesfälle von Florian Heilig und seiner Freundin im Jahre 2013 haben die Löschung von Spuren des Mordes auf die Spitze getrieben. Der Neonazi F. Heilig hatte behauptet zu wissen, wer Michele Kieseewetter ermordet hat und verbrannte einen Tag vor seiner erneuten Vernehmung durch die »Einsatzgruppe Unmfeld« der Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg in seinem Auto. Angeblich habe er Liebeskummer gehabt und wurde ohne weitere Untersuchungen seines Zimmers, seiner Kommunikationsdaten nach dem Brand zur Obduktion freigegeben, der Vorgang eingestellt. Die Freundin von Heilig, Melissa, die enge Kontakte zur kroatischen Heimat ihrer Verwandten gehalten hatte, wurde angeblich wegen einer Embolie kurz nach ihrer Vernehmung im Stuttgarter Untersuchungsausschuss von ihrem Freund Sascha tot aufgefunden. Dieser starb einige Monate später ebenfalls. Einem Nachbarn hatte er noch mitteilen können, seine Freundin sei bedroht worden. Es herrschte in diesem Umfeld regelrechte Todesangst.

Das Sterben von Uwe Bönhardt und Uwe Mundlos

Am 4. November 2011 wurden Bönhardt und Mundlos in Eisenach in ihrem Wohnwagen tot aufgefunden. Der offiziellen Version nach haben sich beide selbstmörderisch gegenseitig erschossen. Auch hier existieren zahlreiche offene Fragen, Unstimmigkeiten, die mit dem Verhalten der Sicherheitsorgane zusammenhängen. Funke hat eine Reihe davon aufgelistet (Seiten 94 bis 96). Sie betreffen unter anderem den Wohnwagen, der in einer Wohnsiedlung abgestellt wurde, der dann brannte und in dem die beiden tot aufgefunden wurden, der aber völlig ungenügend durchsucht und dann sehr schnell in eine private Halle abgeschleppt wurde.

Woher wussten die Ermittler so schnell, dass es sich um Bönhardt und Mundlos handelte, wie kamen Kiese-wetters Waffe, Kinderspielzeug und das ganze Geld der Bande in den Wohnwagen? Waren sie auf der Flucht, war der Doppelmord vielleicht kein Selbstmord? Hätten einige andere Personen aus der Umgebung der NSU nicht auch befragt werden müssen? Nicht geklärt ist auch das ungewöhnliche Verhalten von Beate Zschäpe in Zwickau in den Tagen vor dem Selbstmord, hat sie tatsächlich den Wohnungsbrand dort selber ausgelöst? Und was war mit dem Rechtsextremisten Andre K., der am Tag des Selbstmordes in Eisenach nicht weit von dem Wohnmobil entfernt war, mit seinem Handy Beate Zschäpe den Tod der beiden mitgeteilt haben soll? Fragen über Fragen.

Zwischenfazit

In seiner Zwischenbilanz (S. 115) kommt H. Funke deshalb bereits zu klaren Aussagen, dass das Vorgehen der Sicherheitsbehörden nicht nur wie bereits erwähnt Opfer und insbesondere die türkische Minorität in Deutschland zu (potentiellen) Tätern gemacht hat, sondern dass die tiefe Verstrickung der Geheimdienste und teilweise der Polizei gleichwohl vorhandenes Wissen und die vielfache Weigerung, dieses Wissen (aus Gründen des Quellenschutzes) den Ermittlern mitzuteilen, zum beherrschenden Konsens wurde. Dieser überlagerte alle Anstrengungen zur offenen Ermittlung, führte zur Abwendung von der Realität. Fatal wurde sie, weil sie von den Zuständigen und von einem Teil der Medien im Sinne eines rassistischen Vorurteils gesichert wurde. Die rechte Spur wurde schlicht gelehnet. Dabei gab es durchaus auch Mitarbeiter, die verlangten, den Blick der Ermittlungen auch mal in eine andere Richtung zu nehmen, die aber mit lächerlichen

und sarkastischen Bemerkungen abgewehrt wurden. In diesen Zusammenhang gehört die Frage, in wieweit das geheim gehaltene Wissen verwendet wurde oder nicht. Tatsache ist, dass der BfV seit 2002 vom NSU wußte, aber ab 2003 das Trio nicht mehr im gemeinsam verfassten Bericht von BKA und BfV über rechtsextreme und Terrorgefahr auftaucht. Bönhardt, Mundlos, Zschäpe und der V-Mann Richter wurden aus dem Bericht »wegjustiert«. Dem weiteren Vorgehen fielen auch Aussagen eines mutigen Polizeibeamten zum Opfer, dem man bedeutete, daß bei einem Einsatz in Jena, wo man offenbar Bönhardt auf die Spur kam, »nichts raus kriegen« solle. Gegen ihn wurde gehetzt, er wurde als »Ver-räter« bedroht, Anfangsermittlungen wurden abgebrochen und ein verantwortungsloser Abschluss-»Bericht« des LKA Thüringen verfasst. Wichtige Akten sind nicht auffindbar. Funke kommt nicht umhin, hier den Begriff »bewusste Sabotage« zu verwenden.

Heute ist bekannt, dass auch das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg vom Mördertrio des NSU bereits ab 2003 wusste und dass im September 2003 von vier befreundeten ausländischen Diensten hochoffizielle Warnungen eingingen (darunter Schweden und Italien.)

Das BfV wusste durch einen V-Mann bereits 2005 von der Existenz der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU. Wieso das Trio erst nach dem Banküberfall 2011 in Eisenach aufflog, die Ermittler der Polizei und die Spezialisten des Verfassungsschutzes bis dahin scheinbar im Dunkeln standen, ist anzuzweifeln, immerhin hatte der V-Mann Thomas Richter (Deckname »Corelli«) seinem Quellenführer beim Verfassungsschutz bereits 2005 eine CD mit rechtsextremem Material und eine Datei mit Namen »NSDAP/NSU« übergeben. Dieser Hinweis blieb aber 10 Jahre unentdeckt. Noch 2012 behauptete der damalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium und heutige Koordinator der Geheimdienste im Bundeskanzleramt, Klaus-Dieter Fritsche, von Staats wegen gebe es keine Informationen über den NSU. Der Quellenschutz habe Vorrang, es dürften keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterbinden.

In den Kapiteln 2, 3 und 4 wird von Funke konzentriert das unheilvolle Wirken des Bundesamtes für Verfassungsschutz beleuchtet. Er beginnt mit der Feststellung, dass das Bundesamt eigentlich ein »Dienstleister

der Demokratie« sein sollte, jedoch ohne jede Kontrolle existiert und funktioniert. Das unterstreicht er an Hand von vier Thesen.

Zunächst hält er fest, dass das Bundesamt ein Eigenleben ohne funktionierende rechtsstaatliche Kontrolle führt. Dem Bundesamt sind das BKA und die Bundesanwaltschaft durch halbgeheime »Zusammenarbeitsrichtlinien« seit langem untergeordnet.

Es ist dem BfA vorbehalten, Ermittlungen schlicht anzuhalten. Das verschafft dem Verfassungsschutz einen ungeheuren Spielraum. Im Falle des NSU-Komplexes führte das dazu, dass naheliegende Ermittlungsschritte z. B. in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen unterblieben. Und angesichts von Pannen gerade bei der Unterstützung von Verbrechern liegt es dann im Interesse des Selbsterhalts solcher Institutionen und der besonders beteiligten Personen, möglichst nicht – wegen Strafvereitelung im Amt oder gar wegen Beihilfe zu schweren Verbrechen und Mord – belangt zu werden. Dazu gehört auch das Schreddern brisanter Akten.

In einer zweiten These bemängelt Funke (und beweist das an Beispielen) die Analyseschwäche des Amtes und den Vorrang von Quellenschutz vor Quellenkritik. So bleiben »Erkenntnisse« in der Gefahr, empirisch und analytisch ungedeckt zu sein, es kommt zu einer schlimmen Selbstimmunisierung vor Kritik und Fehlerkultur, analytischer Überprüfung.

In einer dritten These benennt Funke unter »Täuschungen« resümierend das Bundesamt als »überzeugendes Beispiel« für die Struktur der Lügen und des Schredderns auf der Basis großen Wissens (Funke erinnert hier an Hannah Arendt, die an Hand der Lügen der Amerikaner im Vietnamkrieg das eine »Verschiebung des Tatsächlichen« genannt hat).

Schließlich spricht Funke in seiner vierten These von der »verselbständigten Macht«. Was früher einmal als Konsequenz aus der Verselbständigung der Gestapo zur Abtrennung des Verfassungsschutzes von der exekutiven Funktion der Polizei geführt habe, habe sich weitgehend in das Gegenteil verkehrt: in die systematische Unkontrollierbarkeit, Verfassungswidrigkeit und damit die Vermeidung (Abtrennung) jener Kontrolle, die durch das Abtrennungsgebot einmal herbeigeführt werden sollte. Man wisse nie, ob der Verfassungsschutz etwas weiß, vor allem aber nicht, ob er selbst die Dinge wie im Fall Thüringen angestachelt hat oder tatsächlich der Sicherheit dient. Selbst im Amt gab es gegeneinander abgeschottete Gruppen und Abteilungen.

Auch im **dritten Kapitel** (S. 143 bis 159) fasst Funke die Ergebnisse in vier Thesen zusammen, überschreibt sie »**NSU-Resultate – zwischen Aufklärung und Blockade**«. In einer ersten These stellt Funke fest, dass es sich um einen Machtkampf von Teilen der Sicherheitsbehörden, vor allem der Verfassungsschützer, gegen Aufklärung und Wahrheit handelt. Dieser Kampf tobt seit einem Vierteljahrhundert – früher verdeckt, heute offen – in und zwischen den Institutionen und der Öffentlichkeit. Dieser Machtkampf zur Eindämmung eines Staates im Staat ist nicht entschieden, aber das Aufklärungsinteresse wächst, je stärker es blockiert wird. Einen wesentlichen Fortschritt haben dabei die Untersuchungsausschüsse des Bundestages und der Landtage zu den NSU-Morden gebracht. In der zweiten These werden die Zuständigen, vor allem im Bundesamt, als eine staatliche Seilschaft charakterisiert, die durch ihre Strategie der Infiltration so in Wissen und (indirekte) Beteiligung an den Morden verstrickt waren, dass jede weitere Information sie näher an den Offenbarungseid gebracht hätte. Eine dritte These weist darauf hin, dass die Bundesanwaltschaft sich vor allem auf drei Personen, das Trio, fixiert und so ihre Beweisführung selbst geschwächt hat. Offenbar war es ihr Interesse, in der Analyse jede Art von Weiterungen auf weitere Mittäter und Unterstützer und vor allem auf V-Leute auszuschließen. Fehlende Ermittlungen zum Beispiel zu Ralf Marschner, der sieben Jahre in der gleichen Neonaziszene wie das Mördertrio tätig war und der unmittelbar in der Nähe in Zwickau wohnte, waren ein Skandal. Schließlich wurde in einer vierten These festgehalten, dass der Münchener NSU-Prozess durch das Verhalten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Bundesanwaltschaft geschwächt worden ist. Autor Funke zweifelt natürlich nicht an der Verurteilung der zentral Beschuldigten, aber sie wird ein unzureichender Beitrag zum Rechtsfrieden bleiben. In der Phase der Schlussplädoyers tobt ein Kampf um die Deutungshoheit.

Im Kapitel 4 »Autoritäre Erbschaft« erinnert der Autor noch einmal an die Skandale aus 60 Jahren Geschichte der Bundesrepublik. Ein kurze Rückblick macht deutlich, dass das aktuelle Geschehen um die Morde des NSU und die mangelhafte Aufklärung kein Ausnahmefall in der langen Geschichte des Verfassungsschutzes war. Er hängt vielmehr mit einer unaufgeklärten Kette von Irritationen und Skandalen zusammen, die insbesondere auf die Entstehung des Verfassungsschutzamtes selbst zurückweist. Auch wenn die damaligen Verhältnisse

nicht mit den heutigen vergleichbar sind, so haben wir es doch mit einer Erbschaft aus einer autoritären nationalsozialistischen Geschichte bis heute zu tun.

In diesen Kontext gehören zunächst eine Reihe unmittelbar nach Verkündung des Grundgesetzes erlassene Gesetze und Verordnungen (Straffreiheitsgesetz, das den Weg für Angehörige der Gestapo und mörderische Einsatzgruppenführer frei machte, Bundesamnestien, Abschluss der Entnazifizierung, das sogenannte 131er Gesetz zur Entlastung des Berufsbeamtentums).

Von der ersten Stunde an gab es in der Bundesrepublik Anzeichen des Terrors von rechts und von gewaltbereiten Neonazis. Als Beispiele werden das Sammelbecken solcher Kräfte in der *Sozialistischen Reichspartei* unter Otto Ernst Remer und Fritz Dorls, die Gründung der »Reichsjugend« und in der Folge der »Wikingjugend« (Roul und Wolfgang Nahrath), die erst 1994 verboten wurde, der »Bund Heimattreuer Jugend« und später dann die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), gegründet 1964, genannt, die noch heute existiert.

Parallel gab es eine von US-Gehirndiensten unterstützte Widerstandsgruppe, die im Falle eines russischen Angriffs Sabotageakte gegen die Sowjets durchführen sollte. Dazu sind sowohl »Gladio« als auch der »Bund Deutscher Jugend« mit seiner Untergrundorganisation »Technischer Dienst« zu zählen.

In der Bundesrepublik der 1950er Jahre wurde vielerorts ein Personal eingesetzt, das in den ruchlosen Terrorstrukturen des Nationalsozialismus sozialisiert worden war. Alte Seilschaften aus SS-SD und NSDAP machten sich nun auch im BfV breit. Die Abbeufung von Hubert Schrübbers, eines aktiven früheren Faschisten, als Leiter änderte daran nichts.

Einen Aufschwung gewaltbereiter und potentiell terroristischer Strukturen gab es seit Ende der 1960er Jahre auch im Zusammenhang mit der Entwicklung zu mehr Liberalität, vor allem im Kontext der Studentenbewegung und der umstrittenen Entspannungs- und Annäherungspolitik unter Willy Brandt.

Immer neue Staatsaffären um V-Leute zum Beispiel in Niedersachsen (ein Höhepunkt dann der vorgetäuschte Anschlag gegen die JVA Celle 1978) erschütterten auch die Geheimdienste.

Die 1980er Jahre bezeichnet Funke dann als »braune Terrorjahre«. Unter den Rechtsextremen gab es eine fast mystische Verehrung der Gewalt, Attentate, die

ziellos erschienen und Anschläge auf Asylunterkünfte entsprechen einer entsetzlichen Logik. Der Höhepunkt dieser Jahre des rechten Terrors war das Attentat auf das Oktoberfest in München am 26. September 1980. Durch die mit Nägeln und Schrauben gefüllte Bombe in einem Papierkorb starben 13 Menschen, 211 wurden verletzt, 68 davon schwer. Angeblich handelte es sich nach den Angaben der Behörden auch hier nur um einen »Einzeltäter«, obwohl alle Verbindungen zur Wehrspotgruppe Hoffmann offen lagen. Die Vertuschung führte der höchste Verfassungsschützer Bayerns Hans Langemann an. Verdeckte Waffenarsenale in der Umgebung und Vorbereitungen für andere Sprengstoffanschläge wurden nicht aufgeklärt.

Selbst im Untersuchungsausschuss zum NSU-Prozess wurde hinsichtlich der Verbindungen der Terroristen bei der Aktion weiter gemauert. Immerhin wurde 2017 klar, dass das BfV wichtige Akten zum Oktoberfestattentat nicht an die Ermittlungsbehörden weitergegeben hat.

Schließlich hat Funke den Zusammenhang zu dem Kapitel Verfassungsschutz und RAF/Linksradikaler Terror in jenen Jahren hergesellt. Auch hier und zum Teil bis in die Gegenwart (Schweigen zum Buback-Mord, Rolle von Verena Becker) ist es wieder dasselbe Schema. Es geht um »Quellenschutz«, um Verrutschen, Lügen, um Mitschuld des Verfassungsschutzes bei ungeklärten Todesfällen, um Blockaden der Aufklärung. Wieder werden Ermittlungsbehörden an der Nase herumgeführt.

Im Ergebnis ist festzuhalten, so die These von Funke auf Seite 199, sowohl links- als auch rechtsterroristische Gruppen wurden von verdeckten Ermittlern, Personen des Staatsschutzes und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes nicht nur observiert, sondern teils systematisch durchsetzt. Die zuständigen Institutionen – ohne rechtstaatliche Kontrolle – trugen bzw. trugen eine Mitschuld an tödlichen Verbrechen.

Auf den Seiten 201 bis 206 wendet Funke schließlich diese Erkenntnisse auf den Fall des Breitscheidplatz-Attentats 2016, den Fall Amri an. [S. 201 bis 206]. 12 Tote und 50 Verletzte waren die Bilanz des verheerenden Attentats am 19. Dezember im Herzen Berlins. Hätte es im Vorfeld nach monatelangen Observierungen, nach den vielen vorliegenden Erkenntnissen über den Terroristen Amri, nach Dutzenden von Treffen der Geheimdienstler und auch nach konkreten Warnungen ausländischer Dienste nicht die dramatische Verantwortungslosigkeit von LKA, BND und BfV gegeben, könnten die Opfer heu-

te noch leben. Es gab genügend Gründe mit dem Wissen um die Anschlagpläne, Amri unverzüglich festzunehmen. Aber mit einem Wall von Vertuschungen dieser Behörden unterblieb das mit tödlichen Folgen.

Im abschließenden **Kapitel 5** seines Buches behandelt Funke einige **Konsequenzen für die demokratische Kontrolle**. Unter Vermeidung agitatorischer Oberflächlichkeit unterbreitet er eine Reihe unabdingbarer Vorschläge und Forderungen, die sich mit großer Selbstverständlichkeit aus den dargelegten Zuständen im Sicherheitsbereich im allgemeinen und beim Verfassungsschutz im besonderen ergeben. (S. 207 bis 217). Am Anfang steht die Notwendigkeit, die Aufklärungsblockade des Bundesamtes für Verfassungsschutz über seine eigene Tätigkeit ebenso wie über seinen Quellschutz für Spitzel, verdeckte Ermittler und Doppelagenten zu beseitigen. Aufgebrochen und ausgeschlossen werden muss, was mit den Notstandsgesetzen von 1968 und später mit den ineffektiven Kontrollen, die die Konferenz der Innenminister 2013 in ihrem Abschlussbericht zu Rechtsterrorismus sanktioniert wurde und zur Institution außerhalb der Legalität wurde. Daneben muss das Bundesamt für Verfassungsschutz überzeugend unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Der bisherige Einsatz von V-Leuten hat schweren Schaden an der Sicherheit vor und während der Mordserie gebracht. Diese Praxis muss deshalb genauso abgeschafft werden wie das Amt in den entsprechenden Strukturen. Ohne eine Reform an Haupt und Gliedern, ohne ein Ende der Inlands-Geheimorganisation im Ausnahmezustand und

eine effektive unabhängige Kontrolle kann es nicht weitergehen.

Umstrukturierungen zugunsten polizeilicher Funktionen in Staatsschutz und Bundeskriminalamt sind notwendig, die Aufdeckung aller Staatsehemnisse im Zusammenhang des NSU-Skandals bieten noch einmal die Gelegenheit für Politik und Gesellschaft, die Lehren aus Rassismus und organisiertem Verbrechen zu ziehen, für eine »Reinigung«. Das Verprechen der Bundeskanzlerin vom 23. Februar 2012 gegenüber den Hinterbliebenen der Opfer, alles zu tun, um die Morde aufzuklären, die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken sowie alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen, könnte so noch erfüllt werden.

Abrundend verweist Funke dann noch einmal auf die Notwendigkeit, gegen die Schwächung der Funktionen des Rechtsstaates durch die Kräfte eines neuen Rechtsterrorismus, eines realen »Neonationalsozialistischen Untergrunds« anzukämpfen.

Lobenswert an der Schrift ist auch ein reichhaltiger aussagekräftiger Anhang (S. 222 bis 236). Er umfasst ein Verzeichnis der Abkürzungen, ein Literaturverzeichnis und Zeittafeln.

Rezension: Dr. Roland Bach,

Mitglied des Sprecherrates der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

Ein aufhaltsamer Aufstieg.

Alternativen zu AfD & Co.¹

Der Aufstieg einer radikalen politischen Rechten in den Ländern des Westens hat 2016 enorm an Fahrt gewonnen und nichts deutet darauf hin, dass dieser Prozess in Kürze an sein Ende kommt. Mit der Amtsübernahme von Donald Trump als US-Präsident hat diese heterogene und schillernde radikale Rechte die weltpolitisch zentrale Position eingenommen. Nach Ungarn und Polen ist es einer an Nation und Ethnozentrismus orientierten Rechten im Kernland des westlichen kapitalistischen Modells gelungen, die Schaltstellen der Politik zu erobern. Ob sie dabei tatsächlich die Macht erlangt hat oder nur an die Regierung gekommen ist, muss sich in jedem Einzelfall erweisen. Der Blick auf die Ausübung der Regierungsgewalt dieser Rechten in Ungarn und Polen zeigt, dass man sich hier offenbar auf mehr als nur eine zeitweilige Regierungsübernahme eingestellt hat.

Ohne jeden Zweifel hat der gesellschaftspolitische Einfluss der Rechten zugenommen. Wie immer er zu quantifizieren ist – in der seit 2015 vor allem in Europa geführten Debatte zu Flucht und Zuwanderung ist es diese Rechte, die den Ton des öffentlichen Diskurses bestimmt und damit auch die Politik in ihrem Sinne beeinflusst. In Österreich konnte die Wahl eines Bundespräsidenten von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) in drei Wahlgängen nur äußerst knapp verhindert werden. In den Niederlanden hat sich der Einfluss der Rechten um Geert Wilders und seine »Partei für die Freiheit« (PVV) trotz des verfehlten Sieges bei den Wahlen 2017 deutlich vergrößert und in Frankreich bedarf es zur Verhinderung einer Präsidentin Marine Le Pen der Unterstützung eines anderen Kandidaten durch alle politischen Lager. Offenbar ist die radikale Rechte in einzelnen Ländern inzwischen so stark, dass nur ein Bündnis aller anderen ihren Sieg verhindern kann.

Das Beispiel Frankreich verweist dabei auf ein generelles Problem, das eng mit dem Aufstieg der Rechten verbunden ist: das Fehlen einer überzeugenden und massenwirksamen radikalen Linken.

Wenn zunächst ein konservativer Rechter wie François Fillon und danach ein sich explizit nach links abgren-

zender Kandidat wie Emmanuel Macron zur einzigen Alternative zu Le Pen wird, dann zeigt sich hier das ganze Desaster einer Linken, die ihre Stellung als grundsätzliche gesellschaftspolitische Alternative verloren hat. Die soziale Frage wird so einer Rechten überlassen, die mit der Ethnisierung dieser Frage seit Jahren einen wichtigen Teil ihres Aufstiegs begründet.

Die Wahl von Donald Trump in den USA hat dieses Dilemma noch einmal verdeutlicht. Vor allem seinem Erfolg in den ehemaligen Industrieregionen des »Rust Belt« bzw. der krachenden Niederlage der vermeintlich »linken« Kandidatin Clinton hat er den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen zu verdanken. Abgehängte und vom Abstieg bedrohte Wählerinnen und Wähler sahen in Trump den einzigen Kandidaten, der für sie sprach. Ohne Zweifel spielte die soziale Frage in dieser Wahl eine Rolle. Aber diese Frage stellte sich in einem sehr viel umfassenderen Sinne als »nur« auf der Ebene von Arbeit und Einkommen. Repräsentanz, Kultur, Bildung sind Stichworte der Erklärung des rechten Erfolgs, in den USA wie in Europa. Und damit verbunden und als Motiv häufig zentral, die Ablehnung politischer und kultureller Eliten, die als Ausdruck all dessen gesehen werden, was sich mit der Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts verbindet und was für die meisten dieser Menschen mit Verunsicherungs- und Abstiegs Erfahrungen zu tun hat: eine neoliberal fundierte Form der kapitalistischen Globalisierung.

Die radikale Rechte in Europa und den USA bezieht sich vor allem auf den Teil der Bevölkerung, der sich nicht als Gewinner dieser Art der Globalisierung sieht. Und dieser Teil ist, auch wenn uns die tägliche Medienberieselung anderes suggerieren will, nicht klein, vielleicht nicht einmal minoritär. Er umfasst äußerst heterogene kulturelle und soziale Gruppen der Bevölkerung. Vom mittelständischen Familienunternehmer/in über Selbstständige und mittlere Angestellte zu abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen. Die Rechte bietet diesen heterogenen Anhängern und Anhängerinnen vor allem zwei Antworten

auf die Krise des neoliberalen Kapitalismus: Sie benennt politisch Verantwortliche und macht ein Lösungsangebot für die von der Krise Betroffenen. Verantwortlich sind die liberalen politischen und kulturellen Eliten, die die Globalisierung mit all ihren Begleiterscheinungen vorangetrieben haben. Die von diesen Eliten verkündete Alternativlosigkeit der Entwicklung wendet sich jetzt als Bumerang gegen diese selbst. Wer jede Alternative ausschließt befördert geradezu die Suche nach radikalen Änderungen durch diejenigen, die sich als Verlierer und Verliererinnen der Entwicklung sehen. Die aggressive Wendung gegen das Establishment (zu dem die rechten Führungsfiguren in vielen Fällen selbst gehören) hat eine Ursache in genau dieser immer wieder beschworenen Alternativlosigkeit der Entwicklung. Das Lösungsangebot besteht in einer nationalistischen, ethnischen, teils völkischen Definition der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum (ökonomisch und kulturell). Niemals wird von dieser Rechten über die Ausweitung des gesellschaftlichen Reichtums, über Fragen der Umverteilung von oben nach unten gesprochen. Hier steht die radikale Rechte ganz auf dem Boden des privatkapitalistischen Gesellschaftssystems und in Übereinstimmung mit den herrschenden Eliten. Auf die soziale Frage als Klassenfrage antwortet die Rechte mit der Ethnisierung der sozialen Frage und ist damit erfolgreich. Über die Frage einer bescheidenen sozialen und kulturellen Teilhabe soll nach Zugehörigkeit entschieden werden und die Rechte verspricht, den Teil der Bevölkerung, der partizipieren darf, möglichst klein zu halten. In Zeiten von Massenmigration, Fluchtbewegungen und globalen Arbeitsmärkten heißt das Abschottung vor Zuwanderung und Geflüchteten. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ethnozentrismus werden somit zum wichtigsten Versprechen dieser Rechten und garantieren ihren gegenwärtigen Erfolg. Die Linke hat – und das ist die bedrückendste Feststellung – diesem Konzept von Ausgrenzung und Rassismus nichts auch nur annähernd so Attraktives und vor allem in den Augen der Wählerinnen und Wähler der Rechten Erfolg versprechendes entgegenzusetzen.

Der historische Faschismus hatte in einer Krisenphase des Kapitalismus die das System gefährdende Klassenfrage in eine Rassenfrage umgedeutet und war damit erfolgreich im Sinne der Stabilisierung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse. Auf den ersten Blick könnte es so scheinen, als vollzöge sich gegenwärtig eine abgeschwächte Wiederholung dieses Prozesses. Doch bei genauerer Betrachtung sind die Unterschiede zur Kon-

stellation der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts enorm. Während damals die soziale Frage als Klassenfrage offen zu Tage lag und durch die subalternen Klassen und ihre Parteien auf die Tagesordnung gesetzt wurde, ist diese Frage heute nur vermittelt als Klassenfrage gegenwärtig. Der postfordistische Kapitalismus und die neoliberale Durchdringung aller gesellschaftlichen Verhältnisse haben zu einer weitgehenden Auflösung kollektiver Selbstwahrnehmung geführt, durch die die Anrufung gemeinsamer, sozial fundierter Interessen äußerst schwer geworden ist. Der Individualisierungsschub ist nicht nur ein Moment neoliberaler Ideologie, sondern macht sich an der Entwicklung des modernen Kapitalismus und den veränderten Strukturen der Arbeitswelt selbst fest. Die immer stärkere Aufspaltung der abhängig Beschäftigten in die verschiedenen Zonen der Arbeitsgesellschaft (Robert Castel), die Unterscheidung von prekären, gefährdeten und gesicherten Zonen in diesem Prozess, macht die Wahrnehmung und Artikulation kollektiver sozialer Interessen schwieriger. Für eine Linke, die genau hier ihr zentrales Feld hat, ergeben sich daraus nachhaltige Probleme.

Während es also der Linken, soweit sie die Thematisierung der sozialen Frage als Verteilungs- und letztlich als Machtfrage nicht völlig aufgegeben hat, kaum noch gelingt, kollektive soziale Interessen zu bündeln und zum Ausdruck zu bringen, gelingt dies der Rechten mit dem Thema Zugehörigkeit – vermittelt über Nation, Kultur und »Rasse« – nach wie vor. Was macht die Attraktivität von Nation, Kultur und »Rasse« gegenüber Klasse aus? Diese Frage muss die Linke beantworten, um die Klassenfrage selbst wieder attraktiv machen zu können. Dabei ist die rechte Mobilisierung über Nation, Kultur und »Rasse« heute an wichtigen Punkten von der Mobilisierung der Rechten in der Zwischenkriegszeit zu unterscheiden. Der biologistisch begründete Rassismus, der klar nach Höher- und Minderwertigkeit unterschied, wurde durch das Konzept des Ethnopluralismus ersetzt, der Biologie durch Kultur ausgetauscht und Unterschiede kulturell erklärt. Die aggressive »Ausmerzung« minderwertiger »Rassen« ist heute zu einem Schutz unterschiedlicher Kulturen in ihrer ursprünglichen Form geworden. Voraussetzung dafür sei es jedoch, die Vermischung von Kulturen möglichst zu vermeiden, vor allem dann, wenn es sich um vermeintlich völlig verschiedene und inkompatible Kulturen handelt. Was sich im historischen Faschismus als offensive Begründung imperialistischer Eroberung nach außen und

absoluter Feindmarkierung nach innen zeigte, stellt sich heute als defensiver Schutz und Erhalt der eigenen Kultur dar. Niemand soll beherrscht werden, nur möchte man gerne von fremden Einflüssen frei bleiben, was man schließlich auch den anderen zubilligt. Erhalten und ein Wesensmerkmal rechter Ideologie bleibt der Essenzialismus, der sich früher auf die »Rasse«, heute auf die Kultur bezieht. Der Nationalismus der Rechten tritt heute zumeist in defensiver Form auf und will nicht als Legitimation von Eroberung und imperialem Machtstreben verstanden werden. Trump, Le Pen und andere wenden sich gerade gegen den globalen Ordnungsanspruch, sei es der USA oder der EU. Nicht die faschistische Expansion steht im Zentrum ihres Nationalismus, sondern der Rückzug und die Abschottung des eigenen nationalen Rahmens.

In dieser Wandlung der Rechten liegt ein Grund, warum ihre Anhänger mit dem Verweis auf die Erfahrung des Faschismus nicht (mehr) abgeschreckt werden können und warum viele voller Überzeugung sich vom Verdacht des Rassismus distanzieren.

In Deutschland war der Bezug auf oder die unterstellte Nähe zum historischen Faschismus ein besonderes Hindernis für eine erfolgreiche und modernisierte radikale Rechte. Während sich in zahlreichen europäischen Nachbarländern spätestens seit Beginn der 2000er Jahre erfolgreiche Parteien der modernisierten radikalen Rechten etablierten, dauerte es in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2013, bis sich eine solche erfolgreiche Partei rechts der Union festsetzte. Ohne Zweifel steht die Alternative für Deutschland (AfD) in der Tradition der modernisierten radikalen Rechten, wie sie oben skizziert wurde. Als Neugründung hat sie ihre Wurzeln, anders etwa als der Front National (FN), nicht im historischen Faschismus. Die in der ersten Hälfte der 2000er Jahre beobachtbare Aneignung neoliberaler Ideologiemomente durch die modernisierte radikale Rechte stand auch bei der Gründung der AfD Pate. Die Vermischung dieser Elemente mit einer auf Ausgrenzung und

Ethnozentrismus basierenden Kritik der Globalisierung und einem Elitenbashing macht den gegenwärtigen Erfolg der AfD aus. Dabei scheint für die Anhängerinnen und Anhänger der Partei weniger das, was die AfD inhaltlich will als vielmehr das, wogegen sie steht, ihre Attraktivität auszumachen. Das macht die Auseinandersetzung mit der AfD besonders schwer, weil jede noch so stichhaltige Kritik an Inhalten und Argumenten der AfD am Kern dessen vorbeizieht, wofür sie mehrheitlich bisher gewählt wird. Den Anhängerinnen und Anhängern geht es weniger um eine »Alternative für« als um eine »Alternative gegen« etwas.

Insofern richtet sich die Frage, wie der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der AfD (und der radikalen Rechten generell) gestoppt werden kann, weniger auf die AfD als vielmehr auf die gesellschaftspolitischen Zustände, die die AfD hervorgebracht haben. Wenn der Aufstieg einer radikalen Rechten in Europa und den USA Ausdruck der Krise des gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsmodells ist, dann muss der Kampf gegen diese Rechte an diesem Gesellschaftsmodell ansetzen. Wer, wenn nicht eine radikale Linke, sollte diesen Kampf führen können? Aber der Zustand dieser Linken ist nicht so, dass sie dazu ohne Weiteres in der Lage wäre. Also gilt es, bescheidener auf die eigenen Möglichkeiten zu schauen, um auszuloten, welchen spezifischen Beitrag eine (radikale) Linke leisten kann, um den weiteren Aufstieg der Rechten und im Speziellen der AfD zu verhindern.

Dr. Gerd Wiegel,

Referent für Rechtsextremismus/Antifaschismus der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE;
Mitglied des Sprecherrates der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

1 Nachdruck der Einleitung: Gerd Wiegel: EIN AUFHALTSAMER AUFSTIEG. Alternativen zu AfD Co., PapyRossa Verlag, 2017

Die Saboteure der Aufklärung¹

**Nach über 430 Tagen endete der NSU-Prozess vor dem OLG München:
Bundesanwaltschaft, Verfassungsschutz und Gericht haben Merkels
»lückenlose Aufklärung« verhindert**

Obwohl der 6. Strafsenat, der Staatsschutzsenat, des Oberlandesgerichtes München, wo über fünf Jahre lang der NSU-Komplex in Form einer Anklage gegen fünf Beschuldigte verhandelt wurde, von Nazi-V-Leuten, Geheimdienstaktivitäten, irregulärer Aktenvernichtung und anderen Formen der Vertuschung nicht nur durch Verfassungsschutzbehörden wusste, hat er sich um die Jahresmitte 2015 offensichtlich entschieden, diesen Aufklärungsstrang, die Fragen also nach Duldung, Begünstigung und Ermöglichung mörderischen rechten Terrors durch eben diese Inlandsgeheimdienste zu kappen. Dieser recht abrupte Schwenk des Spruchkörpers und das Downgraden der Causa NSU von einem bizarren Geheimdienstskandal und dem staatlichen betreuten Aufwuchs eines viele Dutzend, wenn nicht Hunderte Unterstützer_innen umfassenden Netzwerkes hin zu einem überschaubaren Kriminalfall mit einem aus dem Ruder gelaufenen bewaffneten Arm einer Thüringer Nazi-Kameradschaft, bestehend aus exakt drei Personen und einer überschaubaren Zahl von Helfer_innen, ist bis heute nicht nachvollziehbar. Zu viele Fakten aus dem eigentlich geheimen Bereich des Agierens von Geheimdiensten im NSU-Komplex sind im Laufe der Zeit zutage gekommen, nicht durch Ermittlungen staatlicher Behörden jedoch, sondern im Wesentlichen durch unabhängige Recherchen investigativer Journalist_innen, durch Antifa-Arbeit oder – nota bene! – die Nebenklage im NSU-Prozess, als dass der Aspekt ohne Glaubwürdigkeitsverlust tatsächlich ausgeblendet werden könnte. Nichtsdestoweniger lehnte der Erkennende Senat unter dem Vorsitzenden Richter Manfred Götzl die überwiegend brillanten und die richtigen Fragen stellenden Beweisanträge des arbeitenden Teils der Nebenklagevertretung ab Herbst 2015 im Dutzend ab und erklärte deren Klärungsbegehren formelhaft für »tatsächlich ohne Bedeutung« für die Straf- und Schuldzumessung bei den Angeklagten. Das war umso verblüffender als die Relevanz dieser Beweisanträge für die Aufklärung des NSU-Komplexes und die Rolle der Angeklagten durchaus auf der

Hand lag und liegt. Beifang einer solchen Aufklärung wäre aber die Offenlegung einer tiefen Verstrickung staatlicher Stellen in die und eine Mitverantwortung des Staates an den Verbrechen des NSU gewesen, was im Sinne einer zu schützenden Staatsräson mit allen Mitteln zu verhindern war, denn – so wird der Zeuge Klaus-Dieter Fritsche, während der Mordphase des NSU Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), aus einer Zeugenbefragung vom 18.10.2012 vor dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zitiert: »Es dürfen keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterminieren«. Woher aber kam dieser Sinneswandel des Münchener Senats nach zweieinhalb Jahren Beweisaufnahme? Denn zuvor hatte sich Richter Götzl – sehr zum Leidwesen der Sitzungsvertreter_innen des anklagenden Generalbundesanwalts – durchaus auf Abwege begeben. Nach anfänglich häufigen polternden Zwischenrufen, man sei hier schließlich kein Untersuchungsausschuss, und allfälligem Pochen auf das strafprozessuale Beschleunigungsgebot, verstummte die Bundesanwaltschaft (BAW) für etwa zwei Jahre fast völlig, während derer das potentielle Netzwerk des NSU zumindest in Sachsen und Thüringen ausgeleuchtet werden sollte und fast das gesamte Hessische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) bis hinauf zum damaligen Präsidenten Irrgang vorgeladen wurde, um herauszufinden, welche Rolle sein Mitarbeiter, der V-Mann-Führer Andreas Temme, bei der Ermordung Halit Yozgats am 6. April 2006 in Kassel spielte, bei der er in dessen Internetcafé zugegen war. Nach der eher unambitionierten Befragung von rund 60 aktiven oder ehemaligen Angehörigen der thüringischen und sächsischen Hardcore-Nazi-Szene aus dem Umfeld des europäischen Netzwerkes »Blood & Honour« und fünfeinhalb Tagen nervtötender Vernehmung des als Zeugen geladenen Temme, der sich wand und bis zum Schluss herumdruckste, er habe von dem Mord nicht das Geringste mitbekommen, legte der »Hohe Senat« diese offenen Fragen ad acta.

Dabei gehört gerade die Causa Temme zu den empörendsten Vorgängen des an Skandalen nicht eben armen NSU-Komplexes. Nach der Ermordung Halit Yozgats mit zwei Kopfschüssen aus der »Signaturwaffe« Ceska 83 mutmaßlich durch die beide NSU-Haupttäter Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hatte sich Temme höchst verdächtig verhalten, sich weder bei seiner Dienststelle noch bei der Polizei gemeldet, obwohl ihm klar gewesen sein muss, dass man ihn ausfindig machen würde. Als er dann als Tatverdächtiger ermittelt und ein entsprechendes Ermittlungsverfahren eingeleitet worden war, gestand er scheinbarweise ein, was er nicht mehr leugnen konnte. Obwohl er zunächst angab, das Internetcafé der Familie Yozgat gar nicht zu kennen, musste er schließlich einräumen, dass er exakt zur Tatzeit dort in der viel befahrenen Holländischen Straße anwesend und in einen Erotik-Chat im Internet eingeloggt gewesen sei. Aber er blieb vor den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen (PUA) des Bundestages und des Hessischen Landtages und vor Gericht in München bei seiner Version, dass er von der Mordtat nicht das geringste mitbekommen habe, nicht visuell, nicht akustisch und auch nicht olfaktorisch. Bis heute konnte ihn nichts bewegen, diese offensichtliche Unwahrheit zu widerrufen und endlich zu erzählen, was denn wirklich geschehen war. Diese Halsstarrigkeit ist eigentlich nur so zu erklären, dass er sich der schützenden Hand seines Dienstherrn, des Staates Hessen, sicher sein kann. Der damalige Innenminister Hessens und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier hatte die Befragung der damaligen V-Leute Temmes untersagt und auch dafür gesorgt, dass das Ermittlungsverfahren gegen Temme schon bald ergebnislos eingestellt wurde. Und das, obwohl Temme noch kurz vor dem Mordanschlag ein Telefonat mit seinem V-Mann Benjamin Gärtner geführt hatte, das elf Minuten dauerte. Eine insgesamt ungläubwürdige Geschichte, die zunächst auch den Senat in München zu interessieren schien, wiewohl sich das Gericht andererseits bis zum Schluss nicht dazu durchringen konnte, die damaligen Verfahrensakten zu Temme dem Münchener Prozess-Aktenkorpus beizuziehen. Dank umfangreicher Recherchen der Nebenklagevertretung der Familie Yozgat, und sogar Fahrten nach Karlsruhe, um bei der BAW diese Akten einzusehen, konnten jedoch durchaus brisante Details zutage gefördert werden. So ließen die Anwälte innen etwa die Mitschnitte der Telefonüberwachung Temmes während der Zeit des laufenden Ermittlungsverfahrens gegen ihn neu transkribieren und hörten et-

wa in das Gespräch des damals Beschuldigten mit dem so genannten Geheimschutzbeauftragten des LfV Hessen hinein, der das Gespräch mit folgendem Satz eröffnete: »Ich sage ja jedem: Wenn er weiß, dass irgendwo sowas passiert, bitte nicht vorbeifahren«. Sätze wie dieser, die eigentlich nur so verstanden werden können, dass man im LfV schon vor der Tat vom Mordanschlag auf Halit Yozgat wusste, die aber erst Anfang 2015 ins Verfahren eingeführt wurden, veranlassten den Senat nicht, an der Sache dran zu bleiben. Im Gegenteil, mit der Ablehnung entsprechender Beweisanträge stellte das Gericht Temme ohne Not auch ein Glaubwürdigkeitszeugnis aus. Im Beschluss vom 12. Juli 2016 erklärte das Gericht, sich durch die mehrtägige Vernehmung »einen umfassenden persönlichen Eindruck von dem Zeugen« verschafft zu haben, dass aber auch bei einer »Gesamtbetrachtung sich keine Umstände [ergeben], die den Senat an der Glaubhaftigkeit der Angaben des Zeugen Temme zweifeln lassen«. Und das, obwohl später aus dem Hessischen PUA heraus noch eine Strafanzeige gegen Temme erstrastet wurde, weil er die Unwahrheit über sein Vorwissen zum NSU vor der Kassler Tat gesagt habe, und obwohl das Forscher_innenteam »Forensic Architecture« von der Goldsmith-University in London, das den Tathergang minutiös rekonstruiert hat, nachweist, dass Temmes Version der Ahnungslosigkeit nicht stimmen kann.

Aber die blutige Temme-Posse ist nur eine der zahllosen offenen Fragen bei der Aufklärung des NSU-Komplexes. Selbst handfeste Skandale vermochten es nicht, einen öffentlichen Aufschrei gegen diese Art von Geheimdienstarbeit hervorzurufen: Auch der zumindest merkwürdige Tod eines wichtigen Zeugen, der etwa zum Einfluss des Ku-Klux-Klans auf das Geschehen hätte aussagen können, blieb ohne Folgen für den Verfassungsschutz. V-Mann Thomas Richter, in seiner Heimatstadt Halle/Saale »HJ-Tommy« genannt und beim Geheimdienst als »Corelli« geführt, wird am 7. April 2014 tot in seiner Zeugenschutz-Wohnung bei Paderborn aufgefunden. Zwei Jahre später werden in einem Tresor im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ein Handy und mehrere bisher nicht ausgewertete Sim-Karten Corellis gefunden. Auch ein weiterer Zeuge verstarb auf ungeklärte Weise in Stuttgart, wo er in seinem Auto verbrannte. Ebenfalls im Frühjahr 2016 wurde bekannt durch Recherchen des Journalisten Dirk Laabs, dass es in Zwickau einen weiteren V-Mann des BfV gab, der mit dem »Trio« in Kontakt stand: Ralf »Manole« Marschner, der amtlich »Primus« hieß, soll in den Jahren 2000–2002 – zu einer

Zeit also, als die rassistische Mordserie schon begonnen hatte – das NSU-Mitglied Uwe Mundlos, vielleicht sogar auch Uwe Böhnhardt, unter falschem Namen in seinem Baugeschäft beschäftigt haben. Möglicherweise arbeitete auch Beate Zschäpe bei ihm in einem seiner neonazistischen Szeneläden. Die zahlreichen Enthüllungen dieser Art – zu nennen sind noch der ungeklärte Tat-Komplex von Heilbronn, die Rolle des V-Mannes »Piatto« in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, der schon 1998 auf die Untergetauchten, ihre Suche nach Waffen und bereits erfolgte Banküberfälle korrekt hingewiesen hatte, und etliche weitere »Ungereimtheiten« – blieben ohne nennenswerte Folgen für die Ämter.

Mit dem Beginn der Plädoyers der Nebenklage Mitte November 2017 schlug im NSU-Prozess in München noch einmal die Stunde der Wahrheit: Mit brillanten und aufeinander abgestimmten Schlussvorträgen fächerten die Vertreter_innen der Betroffenen und Überlebenden des NSU-Terrors noch einmal den ganzen Skandal auf, den der »NSU-Komplex« darstellt und zu dessen Aufarbeitung und Aufklärung der Mammutprozess nicht eben viel beigetragen hatte. 95 Betroffene der neonazistischen Verbrechen des NSU hatten sich der Anklage des Generalbundesanwalts gegen die fünf Angeklagten angeschlossen und einige wenige von ihnen meldeten sich in der Plädoyerphase auch selbst zu Wort, ein Recht, das sie nur als Nebenkläger_innen im Strafprozess haben. Das war keine Selbstverständlichkeit, denn die Enttäuschung gerade bei den Betroffenen ist groß, dass der Prozess es nicht vermocht hat, die wesentlichen Fragen, Ungereimtheiten und Leerstellen des NSU-Komplexes aufzuhellen. Doch der Staat wusste jede Menge, drangsalierte aber über Jahre die Opfer der Verbrechen mit rassistischen und kriminalisierenden Ermittlungen und ist bis heute dabei, die eigenen Tatbeiträge zu vertuschen und die Aufklärung zu behindern.

Die Bundesanwaltschaft hatte in ihrem achttägigen Plädoyer Mitte 2017 zwar hohe Strafen für zumindest drei der fünf Angeklagten, insbesondere eine lebenslange Freiheitsstrafe für Beate Zschäpe bei besonderer Schwere der Schuld und anschließende Sicherungsverwahrung sowie 12 Jahre wegen Beihilfehandlungen für Ralf Wohlleben und André Eminger gefordert und Eminger aus dem Gerichtssaal heraus festnehmen lassen. Im Kern aber war sie bei der Version geblieben, die schon in der Anklageschrift gestanden hatte und als seien im Verlauf des Prozesses nicht erhebliche Zweifel an ihrer These einer isolierten Drei-Personen-Zelle mit wenigen handverlesenen Helfern und an der Rolle des Staates und sei-

ner Behörden aufgekommen. Bundesanwalt Herbert Diemer wörtlich: »Es ist einfach nicht richtig, ... dass Fehler staatlicher Behörden und das Netzwerk nicht aufgeklärt worden seien: Fehler und Verstrickung staatlicher Behörden hat es nicht gegeben, sonst wären sie verfolgt worden.« Schon im Mai 2017 hatte Diemer mit der Gravität der staatlichen Behörde und in der ihm eigenen gepflegten Rüpelhaftigkeit jene als »sogenannte NSU-Experten« beschimpft, die »skandalträchtige Spekulationen« in die Welt setzten. In einer Art Vorwort zum Schlussvortrag der Bundesanwaltschaft Ende Juli legte er noch einmal nach und bezeichnete die Kritiker_innen der BAW, die seinen nicht mehr ganz frischen, aber für ihn unumstößlichen Schlussfolgerungen nicht folgen wollten, als »Irrlichter« und »Fliegengesumme im Ohr«. Dass die starren Thesen der Bundesanwaltschaft durch ständige Wiederholung nicht an Stichhaltigkeit gewinnen, sondern sogar vom Bundestagsuntersuchungsausschuss in Frage gestellt werden, stört Diemer und seine beiden Kolleg_innen im NSU-Verfahren offenbar wenig. Sie behaupten einfach und kontrafaktisch, dass die »Existenz von rechten Hintermännern an den Tatorten, die einige Rechtsanwältinnen ihren Mandanten offensichtlich versprochen hatten, ... sich bislang weder in den seit sechs Jahren laufenden Ermittlungen und der Hinweisbearbeitung, noch in der 360-tägigen Beweisaufnahme ..., noch in den breit angelegten Beweiserhebungen der zahlreichen Untersuchungsausschüsse bewahrheitet« hätte.

Das klang damals zwar erstmal gut, stimmt nur leider nicht: Der zweite NSU-Bundestagsuntersuchungsausschuss betonte im Abschlussbericht und auch in der Anhörung dazu im Bundestag genau das Gegenteil, dass nämlich die BAW durchaus nicht ausermittelt habe, was zu ermitteln gewesen wäre. Auf Seite 947 des 1.800 Seiten starken Berichts vom Juni vergangenen Jahres heißt es etwa, dass »der Zeitdruck, unter dem die Ermittlungen ... standen, mit dazu beitrug, das Ermittlungskonzept frühzeitig eng zu fassen. Zwar mag eine zügige Anklageerhebung nicht mit langwierigen Ermittlungen zu bundesweit agierenden Neonazi-Netzwerken vereinbar gewesen sein. Allerdings wäre nach Anklageerhebung eine breitere Ermittlungskonzeption möglich und aus Sicht des Ausschusses auch geboten gewesen. Schließlich stand und steht nicht fest, dass es keine weiteren strafbaren Unterstützungsleistungen gegeben hat.«

Es blieb dann den Nebenklagevertreter_innen in ihren Plädoyers überlassen, diese sturen und falschen Behauptungen noch einmal in aller Deutlichkeit zu widerlegen und vom »institutionellen Rassismus« als Ge-

neralbasis der Ermittlungsbehörden ausgehend, deren Verstrickung und die unheilvolle Rolle des Verfassungsschutz genannten Inlandsgeheimdienstes herauszuarbeiten. So hielt Nebenklageanwalt Sebastian Scharmer einen bemerkenswerten Folienvortrag über das Netz von V-Leuten, also Zuträgern des Staates aus der Nazi-Szene, welches das NSU-Kerntrio nachweislich engmaschig umgeben hat: In bizarrem Gegensatz zu Diermers Behauptungen lassen sich mindestens 40 solcher Spitzel in unmittelbarer Nähe von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe ausmachen. Und diese Erkenntnisse lassen sich zusammentragen, obwohl das Bundesamt für Verfassungsschutz und eine ganze Reihe der eigenständigen Landesämter redlich bemüht waren, entscheidende Nachweise und Akten systematisch zu vernichten oder Ermittlern, Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und dem Gericht selbst vorzuenthalten. In ihrem fulminanten Plädoyer zeichnete Nebenklageanwältin Antonia von der Behrens die Entwicklung des NSU und seines Netzwerks im »Untergrund« nach – der keiner war, die Untergetauchten bewegten sich lange Zeit frei und offen in der Chemnitzer Naziszene – und parallelisierte dieses Wissen mit dem, was »Sicherheitsbehörden« zu dieser Zeit unternahmen und von den Flüchtigen wussten. Sie kommt zu dem Schluss, »dass das Netzwerk des NSU groß und bundesweit war und dass von einem abgeschottet agierenden Trio ebenso wenig die Rede sein kann wie davon, dass die VS-Behörden keine Kenntnisse über Ursprung und Existenz des NSU hatten«. Trotz diesem Wissen hätten die Behörden nicht eingegriffen, um die Verbrechen zu verhindern, die vor ihren Augen vorbereitet und begangen wurden. Im Gegenteil, mehrere Nebenklageanwält_innen wiesen darauf hin, dass ohne staatliche Hilfe etwa über den Thüringer V-Mann Tino Brandt, dem für seine Spitzeldienste 200.000 DM und reichlich Spesen und technischer Support zuteil geworden waren, die dortige Naziszene nicht in der Weise hätte gedeihen können, so dass daraus zunächst der »Thüringer Heimatschutz« (THS) und dann eben der NSU haben entstehen können.

Warum aber lassen staatliche Stellen derartig monströse Strukturen entstehen? Die Frage nach einem Motiv für das Handeln der Sicherheitsbehörden sei unbeantwortet, so von der Behrens. Die dargestellten Vorgänge zeigten aber deutlich, »dass nichts für Fehler, sondern alles für gezieltes Handeln spricht«.

Die Frage, warum es eine Aufklärung des NSU-Komplexes gar nicht hat geben können, ist unterdessen schon Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung gewor-

den und führt weiter Fragende immer wieder zur zentralen Rolle der Bundesanwaltschaft. In der exzellenten Arbeit von Isabella Greif und Fiona Schmidt dazu wird diese wie folgt auf den Punkt gebracht: »Das Handeln der BAW [torpediert] die Aufklärung von Institutionellem Rassismus und staatlichen Verstrickungen im NSU-Komplex ... Die BAW nutzt ihre Möglichkeiten an Ermittlungen und Auskunftsrechten nur so weit aus, dass das Handeln staatlicher Behörden nicht in den Fokus gerät. Indem V-Personen und die Rolle der Verfassungsschutzbehörden unter Leitung der jeweiligen Innenministerien zum Schutze des Regierungshandelns der Strafverfolgung entzogen werden können, wird die Staatsräson über die Aufklärung von Straftaten gestellt. In diesem Sinne schränkt die BAW informationspolitisch nicht nur die Transparenz über ihre eigenen Ermittlungen und die Erkenntnisse anderer Behörden ein, sondern auch eine mediale, prozessuale und politische Öffentlichkeit.« Die BAW hatte von Anfang an die Aufgabe, den Staat und die geheimdienstliche Sphäre der Staatsräson vor dem Zugriff allzu Wissbegieriger zu schützen, um eben zu verhindern, dass »Regierungshandeln unterminiert« werde. Wenn es dazu die Verstrickung staatlicher Akteur_innen in rassistische Morde, Sprengstoffanschläge und weitere brutale Verbrechen, mindestens aber ihr Wissen darüber, herunterzuspielen, zu leugnen und zu vertuschen galt, so war das den Aufwand und vorübergehenden Glaubwürdigkeitsverlust wert: Dem Verfassungsschutz, so kann man zusammenfassen, konnte nichts Besseres als der NSU passieren. Er steht heute besser da denn je, hat mehr Geld, mehr Mitarbeiter_innen, mehr Kompetenzen und V-Leute genießen seit 2015 Straffreiheit bei noch mehr »szenetypischen« Delikten als bisher. Und der Imageschaden war, zumindest in den Leit- und Qualitätsmedien, trotz bis heute immer neuer skandalträchtiger Enthüllungen und haarsträubender Skandale, schon 2012 im Grunde vergessen.

Friedrich Burschel,

Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Idelogien der Ungleichwertigkeit, Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Mitglied des Sprecherrates der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE.

1 Dieser Beitrag erscheint in gekürzter Fassung auch in der Zeitung der Roten Hilfe e.V. »Die Rote Hilfe«.

»Linke Gewalt« als Politisches Konstrukt

Interview mit Friedrich Burschel

In der Themenreihe »Auf Augenhöhe« beschäftigt sich jup! mit unterschiedlichen Formen von Gewalt. Doch was meint »Gewalt« genau? Auch wenn ein Adjektiv vorangestellt wird, bringt das nicht mehr Klarheit in die Sache – ganz im Gegenteil. Der Begriff »Linke Gewalt« wurde und wird häufig von Rechten benutzt, um Resentiments, also Vorurteile, gegen die Linken zu schüren und sie in ein schlechtes Licht zu rücken. Es gilt also, genau hinzusehen, WER die Begriffe nutzt und IN WELCHEM KONTEXT sie verwendet werden. jup! setzt sich mit dem Begriff auseinander und hinterfragt ihn kritisch. Wir haben mit Friedrich Burschel von der Rosa-Luxemburg-Stiftung genau darüber gesprochen. Außerdem erklärt er im Interview, für was die politische Linke steht, was ihre Ziele und Ideen sind und wo man sich gegen Rechts engagieren kann.

jup!: Herr Burschel, Sie sind bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Referent zum Thema Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit. Was bedeutet das genau? Welche Aufgaben beinhaltet Ihre Arbeit?

Friedrich Burschel: In meiner Arbeit geht es darum, Entwicklungen im Bereich des organisierten Neonazismus zu beobachten und zu analysieren, sie in einen gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen – auch nicht nur bezogen auf Deutschland, sondern u.U. auch auf EU-Europa, Europa als Ganzes oder auch internationale Phänomene.

Derzeit erleben wir ja weltweit, dass autoritär-populistische, nationalistische, zum Teil gar faschistische Bewegungen derartigen Zulauf erleben. Sie werden nicht nur zu einer ernststen Gefahr für verletzte Gruppen und Minderheiten, sie sind sogar an Regierungen beteiligt, siehe Österreich, Ungarn, Polen und letztlich auch in den USA, in Russland oder auf den Philippinen. Der Schwerpunkt meiner Arbeit liegt aber auf Deutschland. Ich versuche ein funktionierendes Netzwerk aufzubauen und zu pflegen, das aus Wissenschaftler_innen, Journalist_innen, Leuten aus der Politischen Bildung, Akti-

vist_innen aus der Menschenrechts- oder Antifa-Arbeit und so genannten Multiplikator_innen besteht, also Leuten, die an verschiedenen Stellen und in verschiedenen Funktionen zu diesem Themenbereich arbeiten und die Ergebnisse dieser Arbeit verbreiten können. Wir erarbeiten gemeinsam Bildungsbausteine, Handreichungen, Unterrichtsmaterialien und leicht verständliche Themenhefte, die sich mit all den nicht schönen Phänomenen in diesem Feld beschäftigen. Es geht aber nicht nur um den organisierten Neonazismus und rechten Terror wie den des »NSU«, wo ich z. B. seit fünf Jahren den Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte vor dem Oberlandesgericht in München beobachte. Es geht auch um alle Formen von menschenfeindlichen Ideologien, die so genannte »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, institutionellen Rassismus im staatlichen Apparat, um den allgegenwärtigen Alltagsrassismus, es geht um Erscheinungen wie Pegida, um den Aufstieg der selbsternannten »Alternative für Deutschland« (AfD), der mit dem Erstarken neuer und alter faschistischer Strömungen und Gruppen wie den »Identitären«, der so genannten Neuen Rechten einhergeht, es geht um die so genannten Reichsbürger, um Antisemitismus, also Hass gegen Jüdinnen und Juden, um Hass auf Sinti und Roma, antimuslimischen Rassismus und alle Formen zum Teil gewalttätigen rassistischen Hasses.

In der Themenreihe »Auf Augenhöhe« geht es um verschiedene Formen von Gewalt.

Dabei ist Gewalt ein sehr weiter Begriff.

Was ist Ihre Definition davon?

Gewalt ist zunächst ein unbestimmter, wenn auch und zurecht mit negativen Assoziationen behafteter Begriff, der die Anwendung physischer Mittel und psychischen Zwangs zur Erreichung eines Ziels oder um ihrer selbst Willen bezeichnet. Das kann unmittelbarer Zwang sein, wie er zum Beispiel von der Polizei bei einer Festnahme angewendet wird, das kann ein kriegerischer Akt sein, der meist von einem Staat ausgeht oder sich im Bürgerkrieg gegen Gruppen innerhalb eines Landes richtet,

das kann Gewalt zwischen Personen oder Gruppen bis hin zu Mord und Totschlag sein, das kann organisierte, auch staatliche Gewalt gegen Menschen und Gruppen sein bis hin zum Pogrom und zum Massenmord und Genozid, wie ihn die Deutschen historisch im Nationalsozialismus mit der Shoah, also mit der industriellen Vernichtung der Europäischen Jüdinnen und Juden, auf die Spitze getrieben haben.

Aber es geht auch um subtilere Formen von Gewalt, die sich etwa in Benachteiligung und strukturellen Gegebenheiten äußern, die nicht gleich als Gewalt oder gewaltförmig wahrgenommen werden. Die jahrhundertlange Unterdrückung von Frauen, die Ausbeutung durch Arbeit, die oft rassistische Diskriminierung von Minderheiten, die Ausgrenzung von als »anders« stigmatisierten Menschen, von Homosexuellen zum Beispiel, oder – aktuell – von Geflüchteten gehören dazu. Das sind oft Formen, in denen physischer Zwang oder physische Gewalt nicht explizit zum Einsatz kommen, für die Betroffenen aber extreme Gewalterfahrungen bedeuten. Auch Sprache kann Gewalt sein, etwa wenn in Sozialen Medien Menschen angegriffen, diffamiert, beschimpft und bedroht werden. Nazis zum Beispiel, die bekanntlich auch vor jeder anderen Form physischer Gewalt nicht zurückschrecken, nennen diese verbale Gewalt den »Infokrieg« und setzen diese Form von Gewalt gezielt gegen politische Gegner_innen ein.

Gibt es Formen von Gewalt, die tolerabel sind oder aus verschiedenen Gründen toleriert werden?

Welche und warum?

Selbstverständlich würde sich jeder vernünftige Mensch eine ideale Welt ohne jede Gewalt wünschen. In der Realität gibt es aber Situationen, in denen Gewalt legitim und sogar notwendig sein kann: Das wohl schlagendste Beispiel dafür ist die Niederrichtung des nationalsozialistischen Mordregimes, wo »die ganze Welt«, insbesondere aber die Westalliierten und die sowjetische Rote Armee die Deutschen in ihrem Wahn gestoppt und damit einen Krieg beendet und weitere extreme rassistische Gewalt verhindert haben, die bereits mehr als 50 Millionen Menschen das Leben gekostet hatte. Auch Akte des Widerstands, Sabotageakte und Angriffe von Widerstandskämpfer_innen, Partisan_innen und KZ-Häftlingen gegen die Nazis waren legitim, jedes Mittel war gerechtfertigt, das gegen dieses mörderische und zutiefst unmenschliche Regime gerichtet war.

Aber auch die antikolonialen Kämpfe zur Befreiung von den imperialistischen Mächten können als legitim be-

trachtet werden und waren im historischen Kontext in ihrer Gewaltförmigkeit – wie man heute so schön sagt – meist alternativlos. Das gilt übrigens bis heute, wenn ich zum Beispiel an die Kämpfe von indigenen Mapuche in Argentinien und Chile nach Jahrhunderten der Unterdrückung denke, an Schwarzen Widerstand und die Kämpfe von Native Americans in Nordamerika, an den kurdischen Befreiungskampf und viele andere auch soziale Kämpfe und gegen Rassismus und Unterdrückung gerichtete Aktionen und Widerstände. Also ja, es gibt Formen legitimer Gewaltanwendung.

Es kommt aber darauf an, genau hinzusehen, wie es zu dieser Art von Gewalt kommt und wer sie wie begründet.

Was denken Sie, wenn Sie den Begriff »Linke Gewalt« hören, um den es auf dem nächsten Podium von »Auf Augenhöhe« gehen soll?

Die Benennung »linker Gewalt« ist meist ein Konstrukt, um andere Formen von Gewalt zu decken, um linke Kämpfe mit Nazi-Terror und rassistischer Gewalt gleichzusetzen und damit zu delegitimieren. Natürlich gibt es auch doofe Formen von Gewalt, die von Linken ausgeht, die ich aber definitiv nicht meine. Ich meine vor allem Formen von Notwehr und Nothilfe, wie sie ausgeübt wurden von jungen Antifaschist_innen und alternativen Jugendlichen oder als »Ausländer« ausgegrenzten Menschen, die sich in ihren Kommunen mit extremer Nazi-Gewalt meist schutzlos konfrontiert sahen oder sahen und von ihren Mitbürger_innen und der Polizei im Stich gelassen oder – im Gegenteil – noch als die Auslöser der Gewalt diffamiert werden. Betroffen sind aktuell nicht nur Linke und Antifas im ganzen Land, sondern vor allem Geflüchtete und ihre zivilgesellschaftlichen Unterstützer_innen: Die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken im Bundestag zu rassistischen Übergriffen, Angriffen und Anschlägen umfasst 145 Seiten. Allein für das Jahr 2016 sind über 2.500 solcher Gewalttaten im ganzen Land aufgelistet. Es kommt vor, dass sich die Betroffenen von einer feindseligen Bevölkerung umgeben sehen und die Staatsgewalt nicht gegen die Gewalttäter_innen vorgeht. Während die paar Aufrechten, die den Geflüchteten zur Seite stehen, diffamiert, isoliert und noch von derselben Polizei drangsaliert werden, gehen viele der Täter_innen, darunter häufig organisierte Nazis, straflos aus. Das ist eine Situation, in der gezielte und angemessene Formen von Gegengewalt aus Notwehr durchaus akzeptabel sein können, das ist meine persönliche Meinung!

Warum ist das Thema so sensibel?

Das Problem ist doch, wie wir gesehen haben, wer definiert, was Gewalt ist und ob sie legitim ist. Der deutsche Staat, der das Gewaltmonopol für sich beansprucht, erklärt alle Formen von Gewalt, außer seiner eigenen, für illegitim. So ein Anspruch muss nicht falsch sein und hat staatstheoretisch eine lange Geschichte. Dieser Anspruch, dass nur der Staat oder ein staatsförmiges Gebilde als Ordnungsgarant ein Recht haben soll, Gewalt anzuwenden, ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, vor allem wenn man den Menschen grundsätzlich nicht nur redliche und friedliche Ziele unterstellt. Nur, der Staat ist vielfach eben auch Partei und parteiisch, richtet seine Gewalt gegen die einen – hier vor allem gegen Linke, auch solche, die sich gezwungen sehen, legitime Formen von Gegengewalt z. B. gegen Naziterror anzuwenden –, lässt aber andere mit ihrer Gewalt gewähren. Wir haben das im Nachwendedeutschland erlebt, dafür stehen die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und Mannheim schlagwortartig, und wir erleben das aktuell in vielen Städten wie Würzen, Cottbus oder Bautzen wieder und wieder. Leider beansprucht der Staat nicht nur das Gewaltmonopol, sondern auch die Definition dessen, was als Gewalt zu betrachten ist. Wenn wir uns zum Beispiel die Proteste von Geflüchteten gegen ihre Abschiebung anschauen, wo mit extremer Polizeigewalt gegen Menschen in hoffnungsloser Lage vorgegangen wird, wie zuletzt in Donauwörth, Witzenhausen oder Ellwangen, und hinterher über die »Gewalttäter« berichtet wird und ein Bundesinnenminister vom »Mißbrauch des Gastrechts« schwadronieren kann, da geht mir der Hut hoch! Und die meisten Medien begleiten das nicht etwa kritisch, sondern werden Verlautbarungsorgane einer Staatsgewalt, die mit völlig unverhältnismäßiger Gewalt gegen Unbewaffnete und Menschen in einer verzweifelter Lage vorgehen. In nicht einem einzigen Bericht kommen die Betroffenen zu Wort. Aber wenn irgendwo der Pegida-Mob tobt und kraekelt, man dürfe seine Meinung nicht mehr sagen, sieht er sich einem Wald von Mikrofonen gegenüber.

Beim G20-Gipfel in Hamburg wurden die Proteste in ein schlechtes Licht gerückt. Woran lag das? Wie schätzen Sie die Wahrnehmung der Linken in der deutschen Bevölkerung ein? Wie wird diese Wahrnehmung gesteuert/beeinflusst und durch was? Was ist die Rolle des Staates dabei?

Also, jetzt wird die Sache noch ein bisschen komplizierter: Deutschland gehört zu den führenden Indust-

riestaaten dieser Welt und ist mit seiner Bevölkerung Nutznießer einer gigantischen und bereits Jahrhunderte währenden Ausbeutung auf Kosten von Menschen im sogenannten »globalen Süden«, wo Menschen versklavt, ausgebeutet, verschleppt, vertrieben und misshandelt werden, deren Rohstoffe und Bodenschätze rücksichtslos für das »schöne Leben« im »globalen Norden« geraubt und abtransportiert werden. Diesem äußersten Gewaltverhältnis sind Hunderte von Millionen Menschen in den zurückliegenden 500 Jahren zum Opfer gefallen und ihrer fundamentalen Rechte beraubt worden. Dieses Gewaltverhältnis heißt Kapitalismus und ist die Grundlage des geradezu absurden Überflusses und Wohlstandes, in dem Menschen hier leben. Diese Gewalt lässt sich aber in keiner Weise mit den gerne zitierten hehren Werten von Demokratie in Einklang bringen. Die westlichen Demokratien, die sich auch gerne als Hüter der Menschenrechte darstellen, beruhen auf mörderischer Ausbeutung und rücksichtslosem Raub auf Kosten des weit größeren Teils der Menschheit. Wenn wir also von diesem globalen Gewaltverhältnis ausgehen, bekommen die Proteste gegen den G20 als eine Versammlung der Führer_innen der Staaten, die von diesem kapitalistischen System profitieren, nochmal einen ganz anderen Sinn und können sich durchaus auf legitime Formen von Gegenwehr gegen die gewaltförmige Weltwirtschaftsordnung berufen. Dabei sage ich gar nicht, dass es nicht streckenweise zu Gewaltexzessen gekommen ist von Idioten, die die Gunst der Stunde für ihren Spaß an der Gewalt genutzt haben. Damit habe ich nichts am Hut. Aber Formen von Massenprotest, Blockaden, zivilem Ungehorsam und kollektivem Regelverstoß sind allemal gerechtfertigt gegen diese brutalen »Herr_innen der Welt«.

Und es hat, das ist dann ja auch später dokumentiert worden, Gewaltexzesse seitens der Polizei gegeben, die dem Gewaltmonopol des Staates hohnsprechen. Die Definitionsmacht über das Geschehen hatten indes die Polizei und der damalige Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz, die so taten, als sei der Staat in einem Notstand und dürfe mit allen Mittel »die Ordnung wieder herstellen«. Der großartige Protest von Zehntausenden wurde ausgeblendet und mit der Propaganda gegen »linke Gewalttäter« die Beurteilung des Geschehens dominiert. Dabei sind auch einige Medienvertreter_innen von der Polizei massiv an ihrer Arbeit gehindert oder sogar mißhandelt worden. Die meisten bürgerlichen Medien sind dabei jedoch ihrer Kontrollfunktion und ihren umfassenden und unvoreingenommenen Berichterstatte_in-

nenpflichten in keiner Weise nachgekommen. Ich kenne viele junge, auch sehr junge Leute, die in Hamburg mitprotestiert haben. Viele von ihnen haben die völlig inakzeptable Polizeigewalt beim G20-Gipfel als geradezu traumatisierende Entgrenzung und Missachtung ihrer staatsbürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte empfunden. Sie sind für mich der Maßstab für die Beurteilung dessen, wer dort Gewalt mit welcher Begründung angewendet hat.

Welche Positionen vertreten die linken Initiativen und welche Ziele verfolgen sie?

Eine linke Position stellt immer den Menschen in den Mittelpunkt und versucht auch bei der Frage nach Gewaltanwendung die humane Orientierung nicht zu verlieren. Es geht für Linke – auch nach bitteren historischen Irrwegen und Fehlern – stets um Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Emanzipation. Es geht um eine bessere Welt und eine gerechtere Welt(wirtschafts)ordnung, um eine Alternative zum alles verschlingenden und zermalmenden Kapitalismus. Auch um Menschenrechte und Menschenwürde, damit es nicht einfach nur leere Begriffe sind, die man bei Bedarf auch zur Rechtfertigung illegitimer Gewalt gebrauchen kann, etwa bei völkerrechtswidrigen Angriffskriegen wie im Kosovo 1999 und in Syrien vor ein paar Wochen.

Wie kann man Nazis die Stirn bieten?

Wo kann man sich gegen Rechts engagieren?

Organisiert Euch in der Antifa, geht zu Bürger_innenbündnissen gegen rechts, tretet den Gewerkschaften bei oder engagiert Euch meinetwegen auch parteipolitisch in den verschiedenen Initiativen gegen Rechts. Da gibt es zum Beispiel das tolle Projekt »Aufstehen gegen Rassismus«, das von den Jugendorganisationen der Linken (solid!), der Grünen (Grüne Jugend) und der SPD (Jusos) getragen wird. Mein Herz schlägt aber für eine antifaschistische Organisation mit allen Facetten dessen, was Antifas so tun. Dazu gehört auch politische Bildung, Recherche- und Archivarbeit, politische Intervention, Straßenprotest, Ziviler Ungehorsam und auch der beherzte und verantwortungsvolle Einsatz an der Seite von Schutzlosen und Verletzlichen, von Minderheiten und menschenrechtlich Engagierten, von Betroffenen rechter Gewalt und rechten Terrors. Antifaschist_innen

kämpfen gegen Rassismus und Sexismus, sind in ihrer Grundausrichtung antikapitalistisch, weil sie den Zusammenhang zwischen der herrschenden Ordnung und illegitimer Gewalt sehen. Antifa steht für kämpferische Solidarität, auch internationale Solidarität. Und Antifa arbeitet mit allen Mitteln gegen die staatliche Repression gegen linke Akteur_innen unter dem Siegel der »Extremismuskonzeption«, also der Gleichsetzung von rassistischem und rechtem Terror mit linken Kämpfen für eine sozialere und menschlichere Welt.

Hat sich der Konflikt zwischen Rechts und Links in den letzten Jahren verändert?

Ich hoffe, es ist bis hierher rüber gekommen, dass ich diese Frage nach der Auseinandersetzung zwischen »Linken« und »Rechten« für eine Propaganda-Konstellation halte, mit der Kämpfe gegen Faschismus und menschenfeindliche Ideologien an den Rand geschoben und mit dem Gegenstand dieser Kämpfe gleichgesetzt werden. Antifaschismus geht es um die Ganze, nicht nur um die organisierten Nazis im Lande und den applaudierenden Mob, denen wir entgegentreten, sondern um die Gewalt, die von den »friedlichen« Demokratien auf dem Globus ausgeht und die sie zu Mittäter_innen, Nutznießer_innen und Dulder_innen dieser, eben auch rassistischen und faschistischen Gewalt weltweit werden lässt. Oder was für Interessen der deutschen Komfort-Demokratie stecken hinter der Duldung des faschistischen Angriffskrieges der Türkei gegen die Kurd_innen in Nordsyrien, außer wirtschaftliche und der Wunsch, die Türkei möge »uns« auch weiter fliehende Menschen vom Hals halten?

[Dieses Interview zum Thema »Linke Gewalt« mit dem Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Friedrich Burschel, wurde auf dem Portal »Jugend und Politik« (<https://jup.berlin/linkeGewalt>) der Jugend- und Familienstiftung Berlin (jfsb) am 25.5.2018 veröffentlicht. Wir fragen uns noch heute, warum es nach 5 Tagen wieder aus dem Netz genommen wurde. jfsb-seitig hieß es offiziell, man sei mit dem Ergebnis der Diskussion so zufrieden gewesen, dass man noch am Tag einer abschließenden Podiumsdiskussion (die im Netz dokumentiert ist) bestimmte Debattenbeiträge des Dossiers zu »Linker Gewalt« aus dem Netz entfernte – #merksteselberoder

Partikularismus oder Universalismus?

Neuere Veröffentlichungen zur christlichen Rechten machen Kulturkämpfe innerhalb der Kirchen deutlich.¹

Rezensionsessay zu: Liana Bednarz: Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern. Droemer, München, April 2018; Lucius Teidelbaum: Die christliche Rechte in Deutschland. Strukturen, Feindbilder, Allianzen. Unrast, Münster, März 2018; Wolfgang Thielmann (Hrsg.): Alternative für Christen? Die AfD und ihr gespaltenes Verhältnis zur Religion. Neukirchener Verlagsgesellschaft. Neukirchen, 2017.

Gibt es Anlässe, Gründe, Überschneidungen, die Christen dazu bewegen könnten, die AfD ihrer vermeintlichen Nähe zum Christentum wegen zu wählen? Das ist das Thema neuer Bücher zum Komplex »christliche Rechte«. Lucius Teidelbaum findet, dass »das Wissen über Strukturen und Agenda der christlichen Rechten sehr gering« sei und es »Fehl einschätzungen über ihre Wirksamkeit« gebe. Der von Wolfgang Thielmann herausgegebene Band verfolgt das Ziel, »das Gespräch mit der AfD und deren Anhängern in den Reihen der evangelischen Kirche zu befördern«. Liane Bednarz sucht als konservative Christin die Abgrenzung zur Neuen Rechten, zum Völkischen und Nationalistischen in der AfD und will eine Debatte anstoßen, die zu einer »Selbstvergewisserung des Christlichen und des Konservatismus insgesamt führt«.

Deutungskämpfe

Lucius Teidelbaum bietet einen profunden Überblick über Themen, Überzeugungen und Feindbilder der christlichen Rechten. Die Darstellung rechtsklerikaler Strukturen, des parteipolitischen Engagements bis in Kleinstparteien hinein und der neueren Entwicklungen in einzelnen Landeskirchen runden das Bild ab. Es gibt auf derart knappem Raum keine bessere Einführung ins Thema als dieses Buch, zumal durchgängig Konflikte deutlich gemacht werden, um die innerhalb der Religionen bzw. Kirchen »heftige Macht- und Deutungskämpfe« ausgetragen werden. Mit dieser Perspektive stellt der Autor die Frage, ob Linke nicht auch in den Kirchen Bündnispartner finden und unterstützen könnten. Verzichten müssten sie dafür auf »vulgäre Religi-

onsfeindlichkeit, was aber nicht zwingend den Verzicht auf einen humorvollen Umgang mit Religion und eine grundsätzliche Religionskritik« bedeute. Ohne für Differenzen blind zu sein, gebe es bei einem Blick auf die bereits praktizierte Zusammenarbeit in der politischen Praxis mehr Gemeinsames als Trennendes: etwa beim Kampf für ein Verbot von Rüstungsexporten, für globale Gerechtigkeit, dem Engagement für Asylbewerber und Flüchtlinge, gegen Kinderarmut und Menschenfeindlichkeit. Übrigens käme die AfD nach den aktuellen Zahlen von Allensbach bei den kirchennahen Christen auf drei bis vier, bei kirchenfernen auf 16 und bei denen ohne christliche Konfession auf 23 Prozent der Stimmen. Die christliche Rechte eint der gemeinsame Bezug auf Werte wie die heterosexuelle Familie, Autoritarismus, tradierte Rollenbilder und Hierarchien. Diese Werte werden allerdings nur für eine spezielle Gruppe – wie Volk, Nation, Rasse oder Gläubige des je eigenen Bekenntnisses – angestrebt und gegen den Rest der Welt verteidigt, wozu dann auch innerkirchliche liberale und linke Positionen gehören. Daran wird auch der zentrale Konflikt innerhalb der Kirchen deutlich: Ist die Botschaft des Christentums exklusiv und partikularistisch oder ist sie prinzipiell jede und jeden einschließend und universalistisch? Der Umgang mit diesem Konflikt ist Thema der beiden anderen Bücher.

Der von Wolfgang Thielmann herausgegebene Band thematisiert in der Hälfte der Beiträge die Frage, wie mit Gemeindemitgliedern umgegangen werden kann, die Kandidaten, Mitglieder oder Wähler der AfD sind. Diese Form der Auseinandersetzung folgt dem Anliegen des EKD-Papiers »Konsens und Konflikt« vom August 2017. Klare Gegenpositionen kommen hier ebenso zu Wort wie Apologien und Zwischentöne. Von Interesse für die Frage, ob die freikirchlichen Protestanten der AfD näher stehen als die der Landeskirchen, ist der Beitrag von Peter Jörgensen. Der Begriff Freikirchen ist für ihn ein Containerbegriff, in dem von Altlutheranern, Zeugen Jehovas und Engelgläubigen bis zu Freireligiösen alles eingerechnet werden kann.

Der Band enthält auch das leicht gekürzte Berliner Kirchentagsgespräch mit der damaligen Vorsitzenden der »Christen in der AfD«, Anette Schultner – diese hat die AfD mittlerweile verlassen. »Die Wahrheit sagen« von Bischof Markus Dröge ist einer der wichtigsten Texte der Debatte. In der Tradition der Bekennenden Kirche sei, so Dröge, eine theologisch-politische Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus notwendig. Dessen »Funktionalisierung des christlichen Glaubens für eine aggressive rechtspopulistische Politik muss die Kritik der Kirchen in besonderer Weise herausfordern«, betont er.

Fremdeln mit Franziskus

Liane Bednarz gibt einen Überblick über die christliche Rechte. Auch sie geht von einer »Spaltung« des christlich-konservativen Milieus aus, auch wenn für den Rezensenten dabei unklar geblieben ist, was unter Konservatismus verstanden wird. Die Debatten um Sarrazin, Tebartz-van Elst und das Pontifikat von Papst Franziskus waren der Anlass für die christliche Rechte, sich von den Kirchenführungen abzusetzen. Hier zeigt sich, dass diese Rechte nur dann gegen hierarchische Autoritäten polemisiert, wenn diese nicht mehr ihren Vorstellungen entsprechen. Papsttreu war sie bei Johannes Paul II. und Benedikt XVI., radikalisiert hat sie sich aber seit Franziskus, vor allem wegen dessen Haltung gegenüber Geflüchteten. Während Teidelbaum generell auf die Darstellung der theologischen Unterschiede und Differenzen verzichtet, um so auch dem Leser ohne theologisches Vorwissen die Lektüre zu erleichtern, setzt Liane Bednarz an diesem Punkt an. Das ist durchweg fruchtbar, wie etwa an der Debatten um den Lebensschutz und den Islam deutlich gemacht werden kann.

Völkischer »Lebensschutz«

Alle Darstellungen zur christlichen Rechten gehen gemeinhin davon aus, dass die AfD für Christen eine Option sein kann, weil sie etwa als einzige Partei für einen »Lebensschutz für Embryos« eintritt. Deshalb wird die Lebensschutzbewegung auch als wichtiges Bindeglied zwischen der AfD und den christlichen Rechten gesehen. Bednarz geht aber über diesen Befund hinaus und weist darauf hin, dass die AfD diese Position im Grundsatzzprogramm damit begründet, dass sie den weiteren »ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur« eindämmen will, womit sie völkisch-nationalistisch, aber nicht christlich argumentiert.

Es ist, wie diese Debatte zeigt, problematisch, wenn politisch-moralische Streitfragen allein entlang an der Konfliktlinie religiös-säkular debattiert werden. Die Frage pro oder contra Abtreibung lässt sich nicht ausschließlich auf den Konflikt pro oder contra Religion verengen.

Aversion gegen den Islam

Konstitutiv für die christliche Rechte ist ohne Zweifel die Aversion gegen den Islam. Teidelbaum zitiert aus einem einschlägigen Manifest, nach dem der Islam »eine widergöttliche Lehre« sei. Bednarz erinnert auch an den Artikel zum Islam in der Nostra-aetate-Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils 1965 als einem »Musterbeispiel dafür, wie man am Wahrheitsanspruch der Bibel festhält, ohne dabei andere Religionen herabzuwürdigen«.

Von der Islamophobie bei rechten Christen nicht zu trennen ist daher ihre Instrumentalisierung der Christenverfolgungen. Dies beginnt mit diesem Tierhatz und Hinrichtungen im römischen Kolosseum assoziierenden Begriff. Teidelbaum und Bednarz geben einen sehr guten Überblick über die entsprechenden Netzwerke. Bednarz macht den instrumentellen Umgang unter anderem daran deutlich, dass rechte Christen sich nicht für die Verfolgung von Jesiden oder Muslimen interessieren. Auch der verstorbene Kardinal Lehmann hatte vor zehn Jahren schon darauf aufmerksam gemacht, dass christliche Befreiungstheologen von anderen Christen verfolgt und bedrängt wurden.

So verschieden also die Anliegen der Bücher sind, leisten sie dennoch alle auf ihre Weise einen Beitrag zur Aufklärung über die christliche Rechte. Die Konflikte, so zeigt sich, verlaufen nicht zwischen religiösen und säkularen, sondern zwischen universalistischen und partikularen Vorstellungen. Für letztere steht die christliche Rechte – gegen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit und damit die gegen die Menschenrechte generell.

Helge Meves,

arbeitet im Bereich Strategie und Grundsatzfragen der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE

1 Siehe: junge Welt 23.4.2018, S. 15.

Russischer Emigrantenfaschismus in Deutschland zwischen 1918–1933

Die im eurasischen Russland Anfang des 20. Jahrhunderts entstandenen Keim- und Frühformen des völkischen Faschismus konnten sich in der Sowjetunion nicht weiterentwickeln.¹ Ganz anders war die Situation hingegen in der russländischen Emigration in Europa, Asien, Amerika und Australien. Von den über zwei Mio. Flüchtlingen, die Russland nach dem Oktoberumsturz 1917 und bis zum Ende des Bürgerkrieges 1922 verließen, gehörten nicht nur 250.000 Soldaten und Offiziere der »weißen« Armeen, sondern auch Vertreter aller politische Strömungen und Parteien von den Schwarzen Hundert und Monarchisten über Rechtskonservative und Liberale bis hin zu Linken (Sozialrevolutionäre, Menschewiki, Anarchisten, Bolschewiki).² Nur eine Minderheit der russländischen Emigration, besonders Schwarzhunderter, Anhänger des Monarchismus, der kleinere Teil der Kosakenschaft und Offiziere der Zarenarmee organisierten sich in ihren Zufluchtsländern in faschistischen Bewegungen und Organisationen. Diese standen – ungeachtet ihrer ideologischen und politischen Zerstrittenheit – in teilweise enger Verbindung. Sie koordinierten nicht nur den politischen und militärischen Kampf gegen die UdSSR, arbeiteten mit rechtsextremen, antisemitischen und rassistischen Bewegungen vor allem in Deutschland, Japan und Italien zusammen und erwiesen sich seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges als Kollaborateure der faschistischen Großmächte.³

Hauptzentren des russischer Emigranten

Das größte Zentrum des »Russländischen Auslandes« in Asien war China, vor allem dessen nordöstliche Provinz Mandschurei/Mandschukuo, wo zwischen 1922–1932 etwa 120.000 bis 155.000 Bürger des ehemaligen Russischen Reiches lebten. Allein in der vorwiegend chinesisch besiedelten Hauptstadt Charbin/Harbin waren von 418.000 Einwohnern 55.000 Russen, davon 29.000 weiße Emigranten, unter ihnen 20.000 Angehörige der Zarenarmee. Weitere Emigrantenzentren in China waren Shanghai (1925 – 19.000, 1941: 30.000) und Tianjin (6.000).

Emigrierte Lehrkräfte und Studenten an den chinesischen Hochschulen in Charbin/Harbin, die im Russischen Klub RK (Russkij Klub) und in der Russische Studentischen Gesellschaft RSO (Russkoe studenčeskoe obščestvo) organisiert waren, gründeten 1925 nach dem Vorbild des italienischen Faschismus die Russische Faschistische Bewegung RFD/Russkoe Fašistskoje dviženie (Vorsitz von A. Pokrovskij, 500 Mitglieder). Sie wurde 1926 umbenannt in Russländische Faschistische Organisation RFO (Rossijska Fašistkaja Organizacija). Aus ihr formierte sich am 26. Mai 1931 die straff nach dem Führerprinzip organisierte Russländische Faschistische Partei RFP (Rossijska Fašistkaja Partija) mit Sitz in Charbin. Durch ihre Kollaboration mit dem Japanischen Kaiserreich entwickelte sich die RFP zur einflussreichsten faschistischen Emigrantenpartei in der von Japan 1932 (bis 1945) okkupierten Mandschurei. Die RFP organisierte in der japanischen Kwantungarmee eine militärische russische Spezialeinheit (Brigade Asano – 4.000 Mann) und das Kosakenkorps unter Generalleutnant Ataman Georgij M. Semjonov 1890–1945 (60.000 Mann)⁴ für Diversionen und Interventionen gegen die UdSSR. Den Parteivorsitz der RFP übernahm General Vladimir Kos'min, Generalsekretär und eigentlicher Führer wurde Konstantin V. Rodzajevskij (1907–1946)⁵. Die RFO vereinte sich 1934 zeitweilig mit der 1932 im US-Bundesstaat Connecticut von Anastasij A. Vonsjackij (1898–1965)⁶ gegründeten Allrussischen Faschistischen Organisation VFO zur Allrussischen Faschistischen Partei VFP (Vserossijskaja Fašistskaja Partija). Ihr Führer war bis zu seinem Parteiausschluss 1935 Vonsjackij. Danach übernahm der bisherige Generalsekretär Rodzajevskij die Führung. Die 1937 in Bund Russländischer Faschisten SRF (Sojuz Rossijskich Fašistov) umbenannte zahlenmäßig größte Organisation des russländischen Emigrantenfaschismus (23.000 Mitglieder, davon 6.000 im japanischen Satellitenstaat Mandschukuo) hatte 115 Filialen in 33 Ländern: Mandschukuo (6000), China, Mongolei, Japan (Tokio, Kobe), Korea, USA (bis 1942), Kanada, Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay, Australien, Frankreich, Italien,

Spanien, Schweiz, Deutschland, Estland, Finnland, Polen, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Marokko, Syrien, Ägypten u. a. Dem SRF gehörten auch nationale faschistische Exilorganisationen der Armenier, Georgier, Kalmücken und Tataren (Tatarischer Faschistischer Bund an); er arbeitete mit der Ukrainischen Faschistischen Partei zusammen. Nach dem sowjetisch-japanischen Neutralitätsvertrag (13. April 1941) wurde die Faschistenpartei erneut umbenannt in Bund der nationalen Arbeit SNTR (Sojuz Nacional'noj Raboty) mit Sitz in Shanghai unter Führung von Michail M. Spasovskij (1890–1971).⁷ Alle russländischen Emigrantenorganisationen im Herrschaftsbereich Japans wurden in einem von Tokio eingesetzten Kollaborationsorgan unter Leitung Rodzajevskijs in der Nationalen Vereinigung Russischer Emigranten im Kaiserreich Japan zusammengeschlossen. Im besetzten China gab es noch kleinere russische faschistische Splittergruppen.⁸

Nach seinem Bruch mit Rodzajevskij benannte Vonsjatskij die von ihm in den USA gegründete faschistische Bewegung (1932) um in Allrussische Nationalrevolutionäre Partei VNRP (Vserossijskaja National-revolucionaja Partija). Sie besaß nicht nur Filialen in den USA (New York, Los Angeles, San Francisco, Boston, Alaska – etwa 2.000 Mitglieder), sondern auch in Kanada, Lateinamerika (Argentinien, Brasilien, Uruguay), Afrika (Ägypten, Palästina, Marokko, Syrien) Deutschland (Berlin, Bremerhaven), Österreich, Belgien, Jugoslawien (Belgrad, Zagreb, Skopje) und China.⁹

In Europa bildete in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts Deutschland das Zentrum des »Russland jenseits der Grenzen« (Rossijskoe Zarubež'e). Hier lebten 250.000 Flüchtlinge und Emigranten. Ihre Zahl stieg 1920 auf 560.000 Personen, 1923 auf 600.000, (davon 360.000 in Berlin) und 1925 auf 650.000 (davon noch 150.000 Flüchtlinge). Mit der großen Wirtschaftskrise 1929–1932 und der Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 in Deutschland setzte die Massenabwanderung russischer Emigranten ein: im Frühjahr 1933 sank ihre Zahl auf 50.000 (davon 10.000 in Berlin), sie stieg aber 1935 wieder auf 80.000 und 1936 auf 100.000 an.¹⁰ In der Hauptstadt lebten sie vor allem in den Bezirken Charlottenburg (»Charlottengrad«), Schöneberg und Wilmersdorf.

Es folgten Frankreich (1925 – 400.000, 1939 – 70.000)¹¹, Bulgarien (1922: 36.000, davon 17.000 Militärs; 1939 – 27.000), Tschechoslowakei (1922 – 20.000, 1924 – 30.000), Jugoslawien (1921 – 28.000, davon 14.000 Militärs; 1939 – 25.000) und die Türkei (1920 – 147.000,

davon 70.000 Militärs, 1923 10.000, 1929 – nur noch 1.400).¹² Neben Deutschland befanden sich größere faschistische Emigrantenzentren auch in Frankreich¹³, Jugoslawien und Bulgarien.¹⁴ In der russländischen Diaspora Asiens, Europas und Amerikas entstanden in den 20er und 30er Jahren faschistische Bewegungen und Parteien, in denen schätzungsweise insgesamt 40.000 Emigranten organisiert waren¹⁵, also nur ein zahlenmäßig kleiner Teil der russländischen Emigranten.

Russländische Emigranten in der Weimarer Republik

Die Errichtung der faschistischen Diktatur im Januar 1933 in Deutschland war ausschlaggebend für die Auswanderung linker und liberaler Emigranten. Meist Anhänger des klerikal-völkischen Monarchismus und des nationalistischen Rechtskonservatismus blieben, denn das »deutschfreundliche rechte Emigrantenspektrum war bereit, mit jeder angebotenen Hilfe auch des negativ eingeschätzten nationalsozialistischen Deutschlands, den Kampf gegen das ohnehin als größtmögliches Übel angesehene Sowjetregime fortzusetzen.«¹⁶ Vor allem die faschistische Bewegung in Deutschland, die sogenannten deutschen Nationalsozialisten, erschienen ihnen als besonders kompromisslose Gegner des Bolschewismus. Wie Karl Schlögel vermerkt, wurde der »russische Rechtsextremismus und Antisemitismus hier zum Ferment einer Ideologiebildung, die mit dem Nationalsozialismus geschichtsmächtig wurde.«¹⁷ Schon in der Weimarer Republik war es diesen Kräften des russländischen Exils weitgehend problemlos möglich gewesen, sich zu organisieren und mit den Hitlerfaschisten zusammenzuarbeiten.

Die deutsche Regierung schuf schon Anfang 1923 eine einheitliche Emigrantenorganisation, die Beratung vereinigter russischer Einrichtungen und gesellschaftlicher Organisationen in Deutschland (Soveščanie ob-edinennych russkich učreždenii i obščestvennych organizacij v Germanii). Deren politische Aufgabe war, »die Kontrolle über die Tätigkeit der russischen antibolschewistischen Organisationen auszuüben und zu diesem Zweck zusammenzuschließen«¹⁸. Auf diese Weise konnten die verschiedenen politischen Institutionen und Organisationen (1922 – 35, 1923 – 47) der russländischen Diaspora von der deutschen Regierung schon in der Weimarer Republik nahezu vollständig kontrolliert und gesteuert werden. In der zentralen Emigrantenorganisation arbeiteten Vertreter der Organisation zur Verteidigung der Interessen russische Flüchtlinge (Baron Sergej D.

von Botkin, A. P. Veretnikov), des Roten Kreuzes (F. V. Šlimme, A. V. Bel'grad, Baron A. V. Vrangel') sowie sechzehn linke (S. A. Smirnov, Kogan) und siebzehn rechte Gruppen (Baron A. A. Krjuder-Struve, General S. N. Šul'man – Bund für gegenseitige Hilfe ehemaliger Offiziere der ehemaligen Russischen Armee und Flotte).¹⁹

Nur ein kleiner Teil der damaligen russischen Emigranten in Deutschland waren Anhänger des völkischen Antisemitismus und des militanten Antibolschewismus. Die Lüge vom »jüdischen Bolschewismus« und der »jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung«, die nach der Oktoberrevolution aufkam, wurde vornehmlich seit 1919 von deutsch-völkischen Organisationen und Wehrverbänden begierig aufgenommen und führte zu einer zeitweiligen engen Zusammenarbeit mit den nach Deutschland emigrierten prodeutschen russischen Monarchisten und völkischen Schwarzhundertern. Diese wiederum sahen ihrerseits im aufkommenden deutschen Faschismus, einen möglichen gleichberechtigten Partner und Verbündeten im Kampf gegen Sowjetrußland. Diesen Zusammenhang erkundeten u. a. die Historiker Walter Laquer (1965)²⁰, Karl Schlögel und Rafail Ganelin (1995)²¹, A. V. Okorokov (2002)²², Denis Jdanoff (2003)²³, Michael Kellogg (2005)²⁴, Johannes Baur (2008)²⁵ und O. K. Antropov (2011)²⁶. Das erste Zentrum dieser unheiligen Allianz von deutschen und russländischen Faschisten zwischen 1919–1923 war Bayern. Der Historiker Kurt Gossweiler wies umfassend nach, dass Bayern mit dem Untergang der Räterepublik 1919 nicht nur »zur Brutstätte«, sondern auch »zum Experimentierfeld des sich formierenden deutschen Faschismus« wurde und dass »nirgendwo der Antisemitismus in dieser Zeit schon so in Blüte (stand) wie in Bayern.«²⁷

Völkisch-faschistische Organisationen in Bayern.

Unter dem Einfluss des Unternehmers Dr. Ing. Paul Tafel, Führungsmitglied des Bayrischen Industriellenverbandes, des völkischen Alldeutschen Verbandes und des 1918 in Bayern gegründeten Germanenordens (Thule-Gesellschaft unter Rudolf Freiherr von Schottendorf – 1.500 Mitglieder), entstand am 5. Januar 1919 die Deutsche Arbeiterpartei DAP, die Anton Drexler, Schlosser in den Reichsbahnausbesserungswerken in München, leitete. Militärs des bayrischen Reichswehrkommandos (Gruppenkommando/Gruko 4 (ab März 1920 Reichswehrkommando VII unter Generalmajor Arnold von Möhl) wie Franz Ritter von Epp (1919 Freikorps 700 Mann, Schützenbrigade 21, Infan-

terieführer des Gruko 4), die Hauptleute Ernst Röhm (Feldzeugmeister – »Maschinengewehrkönig von Bayern«) und Karl Mayr (Chef der geheimdienstliche Nachrichtenabteilung des Gruko 4) formierten die DAP zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei NSDAP mit dem Reichswehr-V-Mann seit 1919, dem Gefreiten Adolf Hitler an der Spitze (Juli 1921). Dessen ehemaliger Regimentsfeldwebel Max Aman rückte 1921 zum Geschäftsführer der NSDAP auf. Diese verfügte mit Unterstützung vor allem von Röhm seitdem auch über eine militärische Formation, die Sturmabteilung SA mit 4.000 Mann, die in München seit Mai 1923 von Hauptmann Hermann Göring geführt wurde. »Alles in allem trug die Gründung der SA erheblich dazu bei, dass sich die NSDAP innerhalb kurzer Zeit – von 1921 bis 1923 – an die Spitze aller extrem-rechten Organisationen setzen konnte.«²⁸ Bereits 1922 schloss sich der Führer der Nürnberger Deutschsozialistischen Partei (DSP), der antisemitische Hetzer Julius Streicher, der NSDAP an. Die Naziartei hatte zu dieser Zeit bereits 35.000 Mitglieder, davon 10.000 allein in München.²⁹ Röhm vereinbarte zwischen Reichswehr und den als Wehrersatzverbände anerkannten rechtsextremen militaristischen Organisationen Reichsflagge (Vors. Hauptmann Adolf Heiß, Sitz Nürnberg, Röhm als bevollmächtigter Vertreter in München, 4.000 Mann), Bund Oberland (1921 aus dem größten bayrischen Freikorps Oberland entstanden, Vors. Friedrich Weber, Sitz München, 20.000 Mann), Vaterländischer Verein München (Vors. Eisengroßhändler Alfred Zeller, 30.000 Mann) und der SA (Göring, Sitz München, 4.000 Mann) im Februar 1923 eine Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände, aus dem der Deutsche Kampfbund³⁰ hervorging, der faktisch unter der politischen Leitung Hitlers stand. Dessen Führung (Ludendorff, Hitler, Hermann Kriebel, Weber, Hermann Göring, Max Erwin von Scheubner-Richter als Geschäftsführer) entschied am 7. November 1923, die Staatsmacht in München zu übernehmen und danach – ähnlich wie Mussolini mit seinem Marsch nach Rom – die Reichsregierung in Berlin zu stürzen. Der Ludendorff-Hitlerputsch am 8./9. November 1923 scheiterte. Einige Putschisten-Führer wie Göring, Hermann Esser, Gerhard Roßbach flohen in das benachbarte Österreich; Hitler, Röhm Wilhelm Frick (Leiter der Münchner Politischen Polizei, 1924 NSDAP-Fraktionsvorsitzender, 1933 Innenminister der Hitler-Regierung), Ernst Plöhn (Münchner Polizeipräsident), Kriebel u. a. wurden verhaftet.³¹ In der ersten Hälfte der 20er Jahre war Bayern, vor al-

lem München und Coburg auch das Zentrum rechtsextremer russländischen Monarchisten, die mit der frühen deutschen Nazibewegung zusammenwirkten. Die kleine russische Kolonie in München (etwa 1.600 Personen) bestand fast ausschließlich aus hochrangigen Offizieren und Adligen (Verband Russischer in Bayern lebender Grundbesitzer).

Die erste deutsch-russländische faschistische Organisation

In Bayern entstand die erste Verbindungsorganisation zwischen den deutschen und russländischen extremen Rechten – die deutsch-russische Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung WAV (1920–1924). Ihr gehörten 150 russische, ukrainische und baltendeutsche Emigranten aus dem ehemaligen Russischen Reich sowie deutsche Monarchisten und NSDAP-Funktionäre an. Gründer und Geschäftsführer dieser elitären völkisch-faschistischen Organisation war der Baltendeutsche Max Erwin von Scheubner-Richter (1884–1923)³². Bis zu seinem Tode 1923 organisierte er von russischen Emigranten (Großfürstin Viktoria Federovna in Coburg, Russische Kommerz-, Industrie- und Handelsverband in Paris u. a.) etwa eine halbe Million Goldmark für die NSDAP. Präsident des WAV wurde der bayrische Gutsbesitzer und Industrielle Freiherr Theodor II. von Cramer Klett (1874–1938)³³, der die völkischen Wehrverbände (darunter auch die SA) mit 300.000 Reichsmark finanzierte.³⁴ Die Vizepräsidentschaft übernahm einer der Protagonisten der faschistoiden russischen Schwarzhunderter und 1919 Chef der Westrussischen Emigrantenregierung in Berlin, General Vasilii Viktorovič Biskupskij (1878–1945)³⁵. Arno Schickedanz (1892–1945)³⁶, Rubonia-Corpsbruder aus der Rigaer Studienzeit, wurde sein persönlicher Sekretär. Weitere deutsche Nazis waren Mitglieder der WAV: Alfred Rosenberg (1893–1946)³⁷, Max Hildebert Boehm (1891–1968)³⁸, der damalige Geschäftsführer der NSDAP Max Aman (1891–1957)³⁹ und der baltendeutsche Adlige Otto von Kursell (1884–1967)⁴⁰.

Hauptziel der deutsch-russländischen Faschisten-Organisation war, die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg 1914–1918 und der weißen Konterrevolution im Interventionskrieg 1918–1920 gegen Sowjetrußland wettzumachen durch einen erneuten gemeinsamen ideologischen, politischen und vor allem militärischen Kreuzzug gegen den Sowjetstaat. Deshalb unterstützte diese rechtsextreme Organisation die prodeutsche monarchistische Bewegung um den Großfürst

Kirill Vladimirovič Romanov (1876–1938)⁴¹, der sich in Coburg bei seiner deutschen Verwandtschaft niedergelassen hatte, bei der Durchführung des Kongresses russischer Monarchisten aus Europa und den USA im bayrischen Bad Reichenhall vom 29. Mai bis 7. Juni 1921.⁴² An der Spitze des dort gewählten Obersten Monarchistischen Rates wurde einer der einflussreichsten Führer der völkisch-monarchistischen Schwarzhunderter, Nikolai Evgenevič Markov II (1866–1945)⁴³, gewählt. Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung organisierte durch Scheubner-Richter, General Ludendorff und Walter Nicolai für Kirill einen politischen Nachrichtendienst, der über die Geschehnisse in Sowjetrußland informierte. Seit Juli 1922 schickte Scheubner-Richter diese Berichte auch an die Leitung der NSDAP. Die WAV schleuste antibolschewistisches Propagandamaterial, vor allem die Verlautbarungen des zum Zarennachfolger gekürten Großfürsten Kirill Vladimirovič⁴⁴ Romanov (1876–1938), in die Sowjetunion. Die Wochenzeitschrift der Organisation Wirtschaftliche Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland, die Scheubner-Richter herausgab, war gewissermaßen die Hauptzentrale antikommunistischer, antisowjetischer und antisemitischer Propaganda. Zu den Mitarbeitern gehörten u. a. O. von Kursell (1923–1924 Schriftführer), der Geschäftsführer der NSDAP, Amann als zweiter Schriftführer und A. Schickedanz sowie die russischen Emigranten Grigorij Nemorovič Dančenko und Fedor Viktorovič Vinberg (Theodor von Winberg). Letzterer verbreitete schon 1919 das Fälscher-Dokument »Die Protokolle der Weisen von Zion«⁴⁵ und verfasste das antisemitische Pamphlet Der Kreuzweg Rußlands (München 1922). Vinberg gehört zu den »Vordenkern der Endlösung«⁴⁶.

Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung war ein wichtiger Geldbeschaffer für die frühe Nazibewegung. Finanzen flossen nicht nur aus dem Vermögen des Thronanwärters Kirill und seiner Frau sowie emigrierter russischer Industrieller und Bankiers dank der Aktionen von Scheubner-Richter und Biskupskij. Aufbau-Mitglied Boris L'vovič Brazol' (1885–1963)⁴⁷ organisierte ebenfalls von dem nordamerikanischen Industriellen und Antisemiten Henry Ford beachtliche Geldsummen. Mitglieder der WAV wie Sergej Taborickij und Petr Nikolaevič Popov (Pseudonym Šabelskij-Bork), ein Teilnehmer am Kornilov-Putsch 1917 und später Informant des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, sowie Biskupskij und Bauer organisierten Terrorakte und Auftragsmorde an emigrierten Liberalen (Vladimir Nabokov), Sozialrevo-

lutionären (Alexander Kerenskij) oder an Sozialdemokraten (Philipp Scheidemann). Die Führung der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung planten Feldzüge zur Zurückeroberung des Baltikums und der Ukraine vor. So versuchten Biskupskij und Scheubner-Richter 1921 mit den für die Ukraine (schon seit 1918) vorgesehenen Thronkandidaten Erzherzog Wilhelm Franz von Habsburg-Lothringen (1895–1948)⁴⁸ in Bayern ein Heer für eine Intervention gegen die Ukraine aufzustellen. Sie hatten dafür bereits 2 Millionen Reichsmark und 60.000 Schweizer Franken beschafft. Ebenso wurde mit Unterstützung der ehemaligen zaristischen Militär Glasenapp (1882–1951)⁴⁹ und Bermond-Avalov (1884–1974)⁵⁰ eine Intervention zur Rückeroberung des Baltikums vorbereitet.⁵¹ Nach Abschluss des Vertrages von Rapallo 1922 wurden diese Pläne weitgehend obsolet.

Nach dem Tod Scheubner-Richters während des Putsches am 9. November 1923 war diese frühe Phase des Zusammengehens russischer und deutscher Faschisten noch nicht ganz beendet. In Berlin gründeten weisgardistische Offiziere 1924 die paramilitärische Organisation Russische Abteilung RO (Russkij Otrjad), die von der SA militärisch geschult wurde und seit 1928 in ihr als Russische Hilfsabteilung integriert war. Generalleutnant Petr Vladimirovič Glasenapp, 1918–1919 Militärgouverneur des von der Freiwilligen Don-Armee besetzten Gebietes, seit 1920 Kommandeur der Nordwest-Armee, war als Emigrant in Deutschland Vorsitzender des Russischen Offiziersbundes mit Sitz in Ostpreußen (Königsberg). Er knüpfte auch Verbindungen mit der rechtsextremen deutschen Organisation Stahlhelm und leitet seit Juli 1923 die Russländische Antikommintern, deren Ziel es war, mit allen nationalistischen monarchistischen Organisationen in Deutschland im Kampf gegen das Sowjetsystem und die III. Internationale eng zusammenzuarbeiten.⁵² Die deutschen Antisemiten und Antikommunisten einschließlich der NSDAP bis 1924 waren zunächst keine rassistischen Russenfeinde, »im Gegenteil, fast alle – bis hin zum frühen Hitler – setzten zunächst auf eine gemeinsame deutsch-russische Befreiungsaktion und auf die Bildung einer Kontinentalachse als dem einzig möglichen und logischen Weg des Ausbruchs aus den »Fesseln von Versailles«. Erst als mit einem »nationalen Russland« nicht mehr zu rechnen war, konnte Hitler in »Mein Kampf« diese zentrale Hoffnungsperspektive der Antisemiten radikal umkehren und durch seine phantastischen Visionen vom »neuen Germanenzug« und »Lebensraum im Osten« substituieren.«⁵³ So blieben auch die weiteren Versu-

che einer eigenständigen faschistischen Bewegung innerhalb der russländischen Emigranten in Nazideutschland problematisch und widersprüchlich.

Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe

- 1 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Die Anfänge des russischen Faschismus. Völkisch-monarchistischen Bewegungen und Organisationen (Schwarzhunderter) von 1905 bis zur Oktoberrevolution 1917, in: Rundbrief BAG Antifaschismus der Partei Die LINKE, 2/2017, S. 26–29.
- 2 Die Schätzungen über die Zahl der schwanken von 2 bis 2,5 Mio. Flüchtlinge und Emigranten schwanken zwischen 2 und 2,5 Mio. Vgl. Karl Schlögel: Russische Emigration in Deutschland 1918–1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg, Berlin 1995, S. 11 und Fritz Mierau: Russen in Berlin. Literatur Malerei Theater Film, Leipzig 1991, S. 259. Nach den Angaben des Völkerbundes 1926 hatten nach der Revolution 1917 1.160.000 Menschen ihr Land verlassen, 1921–1931 kehrten 181.432 wieder in die Heimat zurück (allein 1921 121.843). Vgl. Michael Heller/Alexander Nekrich: Geschichte der Sowjetunion, Königstein/Ts. 1981, S. 135 und 142. Nach den Unterlagen des SFB Russlands verließen bis Anfang der 20er Jahre 2 Mio. Menschen Sowjetrussland, darunter 250.000 Militärs, fast die Hälfte davon diesen waren Angehörige der Vrangal-Armee; V. A. Ioncev/N. M. Lebedev /M. V. Nazarov/A. V. Okorokov: Èmigracija i repatriacija v Rossii, Moskva 2001, S. 43; Russkaja voennaja èmigracija 20-40-x gg., tom 3, Moskva 2002, S. 196; O. K. Antropov: Rossijskaja èmigracija v poiskach političeskogo ob-edinenija (1921–1939), Astrachan 2008, S. 24–27, S. 279–285.
- 3 Zum russländischen Emigrantenfaschismus vgl. I. Ju. Beljakova (Sostavitel'): Russkie zarubež'e i Vtoraja mirovaja vojna. IV Kulturologičeskie Čtenija »Russkaja èmigracija XX vek« (Moskva, 28–29 marta 2011 goda), Moskva 2013; K. Antropov: Tretji put' dlja Rossii. Revoljucionnye organizacii i dviženija rossijskoj èmigracii 1920–1930-x gg., Astrachan 2011; Karl-Heinz Gräfe: Die völkisch-faschistische und extrem-nationalistische Rechte in Russland, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, 24. Jg. (2012), Heft 1 und 2, S. 55–73; A. V. Okorokov; Fašizm i russkaja èmigracija (1920–1945 gg), Moskva 2002; Konstantin Rodzajevskij: Zaveščanie russkogo fašista, Moskva 2001.
- 4 Vgl. Andrej Martynov: Russkoe zarubeze i dviženii kollaboracii v gody Vtoroj mirovoj vojny: social'nye i psihologičeskie aspekty, in: Russkoje zarubež'e i Vtoraja mirovaja Vojna, S. 44, Anm. 3; E.N. Nazemceva: Poezdka general-lejtnanta A.S. Lukomskogo na Dal'nem Vostoke v 1924–1925 gg. I konsolidacija russkoj voennoj emigracija, in: Voenna-istoričeskij žurnal, Moskva 2013, Nr. 8, S. 64–70.
- 5 Konstantin Vladimirovič Rodzajevskij, Sohn eines adligen Staatsbeamten. Er floh nach Abschluss seiner Schulbildung im sowjetischen Blagovešensk in das benachbarte chinesische Charbin, studierte an der dortigen Juristischen Fakultät, wurde 1926–1931 Generalsekretär der Organisation Russischer Faschisten ORF, 1931–1934 Generalsekretär der Russländischen Faschistischen Partei RFP 1935 Vorsitzender der Allrussischen Faschistischen Partei VFP, seit 1937 Russländische Faschistische Bund RFS. Er war seit 1931 Kollaborateur Japans und koordinierte den politischen und militärischen Kampf gegen die UdSSR, seit 1943 verstärkt auch mit dem deutschen Naziregime. Er wurde 1946 in der UdSSR zum Tode verurteilt und hingerichtet. Versuche rechter Politiker 1997, diese faschistische Führungsgruppe zu rehabilitieren, wurden 1997 und 1999 vom Obersten Gericht der Russischen Föderation abgelehnt Sein antisemitisches Hauptwerk Die gegenwärtige Judaisierung der Welt oder die Jüdische Frage im 20. Jahrhundert erschien 1943 in Charbin und 2001 als

- Neuaufgabe in Russland (Konstantin Rodzaevskij: Zaveščanie ruskogo fašista, Moskva 2001, S. 17–394 und S. 505–509.
- 6 Der 1898 in Warschau als Sohn eines Gendarmen geborene Anastasij Andrejevič Vonsjakkij kämpfte als überzeugter Monarchist unter General Denikin in Südrussland gegen die Sowjetmacht, floh 1921 über die Türkei nach London und Paris und schließlich in die USA, wo er sich im Bundesstaat Connecticut auf dem Landsitz seiner Frau, einer reichen US-Bürgerin, niederließ. 1927 erhielt er die US-Staatsbürgerschaft und war 1930–1935 Leutnant der Reserve. 1931 trat er der völkischen russischen Emigrantengruppe Bruderschaft von General Krasnov bei. 1933 gründete er die Allrussische Faschistische Organisation VFO. Nach seiner Trennung von Rodzaevskij nannte er seine in den USA gegründete in Allrussische Nationalrevolutionäre Partei VNRP um. 1942 löste die Roosevelt-Regierung die Faschistenpartei auf und verurteilte ihren Anführer als deutschen Spion zu fünf Jahren Gefängnis, von Präsident Truman bereits im Februar 1946 entlassen.
 - 7 Spasovskij alias M. Grott emigrierte nach seinem Studium 1924 in die UdSSR nach Persien und 1940 nach China und war einer der führenden Ideologen des Bundes Russischer Faschisten in Charbin. 1949 floh er nach Formosa (Taiwan), 1955 übersiedelt er nach Österreich.
 - 8 Zu den faschistischen Organisationen russischer Emigranten zählten vor allem:
 - Bund nationaler Syndikalisten-Faschisten SNS/Sojuz nacional'nych Syndikalistov) seit 1925 (Vors. M. S. Sadajev, 500 Mitglieder),
 - Arbeiter-und-Bauern-Kosaken-Opposition russischer Faschisten (Vors. P. S. Kovkan),
 - Bund der Kosaken im Fernen Ostens (Vors. Grigori M. Semjonov),
 - Schwarze Faschisten,
 - Allrussische Völkische Partei der Nationalisten (Vors. General Ivan M. Zaicev, seit 1934 Kosakenritmeister N. A. Barsuko, in Shanghai mit Filialen in Charbin, Tianjin, Qingdao, Mukden, Dairen),
 - Zentrales Antikommunistisches Komitee in Nordchina (Vors. E. N. Pastuchov mit Sitz in Tianjin und Filialen in Peking, Kalgan, Qingdao und Yantai).-
 - 9 Zum russländischen Emigrantenfaschismus in China, Japan und Amerika Zum Faschismus vgl. O. K. Antropov: Tretij put' dlja Rossii. Revoljucionie organizacii i dvizenija rossijskoj emigracii 1920–1930-x gg., Astrachan 2011; Karl-Heinz Gräfe: Die völkisch-faschistische und extrem-nationalistische Rechte in Russland, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, 24. Jg. (2012), Heft 1 und 2, S. 55–73; A. V. Okorokov; Fašizm i ruskaja èmigrcija (1920–1945 gg, Moskva 2001),
 - 10 Zu der russländischen Emigration in Deutschland vgl. u. a. Walter Laquer: Deutschland und Russland, Berlin/Frankfurt a.M. 1965; Hans-Erich Volkmann: Die russische Emigration in Deutschland 1919–1929, Würzburg 1966; Dodenhoeft, Bettina: »Lasst mich nach Russland heim«. Russische Emigranten in Deutschland von 1918–1945, Frankfurt a. M. 1993; Amory Burchard/Ljudmilla Dawidowitsch: Das russische Berlin, Berlin 1994; Karl Schlögel (Herausgeber): Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917–1941, München 1994; Karl-Schlögel (Hrsg.): Russische Emigration in Deutschland 1918–1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg, Berlin 1995; Johannes Baur: Die russische Kolonie in München 1900–1945. Deutsch-Russische Beziehungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1998; Denis Jdanoff: Russische Faschisten. Der nationalsozialistische Flügel der russischen Emigration im Dritten Reich. Digitale Osteuropa-Bibliothek Geschichte 3 (2003); Michael Kellogg: The Russian Roots of Nazis. White Emigres and the making of National Socialism, Cambridge 2005; Johannes Baur: Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung. 1920/21–1924, in: Historisches Lexikon Bayerns/3. Juni 2008 (http://www.historischesLexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44867).
 - 11 Nach E. E. Sedova lebten in Frankreich vor dem Kriege 1939 175.000 Flüchtlinge und Emigranten aus Rußland. Vgl. I. Ju. Beljakova (Sostavitel'): Russkie zarubež'e i Vtoraja mirovaja vojna, S. 77.
 - 12 Vgl. M. V. Nazarov: Missija ruskogo èmigracii, S. 32; Džon Stefan.: Russkij fašizm. Tragedija i fars v èmigracii, S. 58.
 - 13 Die wichtigste russische Faschistenorganisationen war der Bund der Jungen Russländer SM (1925, Vors. Alexander Kazem Bek, 3.000 Mitglieder, 1934 umbenannt in Partei der Jungen Russländer PMR. 1929 entstand der Russländischer Reichsbund (seit 1934 Nikolaj N. Ruzskij, Sitz in Paris, Zeitung Imperskij Klič, 14 Filialen in Frankreich, Belgien, Süd- und Nordamerika, Australien, Naher Osten). Er vereinigte sich 1937–1938 zeitweilig mit dem Russischer Nationalbund der Kriegsteilnehmer RNSUV (1936) und dem Nationaler Arbeitsbund der Neuen Generation zum Nationalen Zentrum.
 - 14 Der 1924 Nationale Organisation Russischer Faschisten NORF Nacional'naja Organizacija Russkich Fašistov (Vors. General P. V. Čerskij) und der Nationale Bund der Russischen Jugend NSRM (Nacional'nyj Sojuz Ruskogo Molodezi) in Bulgarien sowie Bund der Russischen Nationalen Jugend SRNM in Jugoslawien vereinten sich 1930 zum Nationalen Bund der Russischen Jugend NSRM. Er wurde 1931 umbenannt in Nationaler Bund der Jungen Generation NSNP, 1936 erneut umbenannt in Nationaler Arbeitsbund der Neuen Generation NTSNP auch NTS. Vors.: V. M. Bajdalakov, Sekretär M. A. Georgijevskij, 3000 Mitglieder, Filialen in Frankreich, Belgien, Niederland, Deutschland, Polen, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Österreich, Jugoslawien, Bulgarien, Tschechoslowakei, China)
 - 15 Vgl. A. V. Okorokov; Fašizm i ruskaja èmigrcija (1920–1945 gg.), S. 27.
 - 16 Denis Jdanoff: Russische Faschisten, S. 51; vgl. Marc Raeff: Emigration – welche, wann, wo? Kontext der russischen Emigration in Deutschland, in: Karl-Schlögel (Hrsg.): Russische Emigration in Deutschland, S. 17–31.
 - 17 Karl Schlögel (Herausgeber): Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917–1941, München 1994, S. 17.
 - 18 Ruskaja voennaja emigracija 20–40-x gg., tom 2, S. 293.
 - 19 Vgl. ebenda, S. 293f. und 282f.
 - 20 Vgl. Walter Laquer: Deutschland, S. 104–134.
 - 21 Vgl. Karl Schlögel (Hrsg.): Russische Emigration, S. 201–208.
 - 22 A. V. Okorokov: Fašizm i ruskaja èmigrcija (1920–1945); ders.: Ruskaja èmigrcija. Političeskie, voenno-polizeičie i voinskie organizacii. 1920–1940 gg.
 - 23 Vgl. Denis Jdanoff: Russische Faschisten, S. 36–50.
 - 24 Vgl. Michael Kellogg: The Russian Roots of Nazism. White Émigré and the making of National Socialism. 1917–1945, Cambridge 2005.
 - 25 Vgl. Johannes Baur: Die russische Kolonie in München, ders.: Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung; ders. Russische Emigranten in Bayern 1918–1945., in: Historisches Lexikon Bayerns, URL:< http://www.historischesLexikon-bayern.de/artikel/artikel_44706>(19.12.2011).
 - 26 Vgl. O. K. Antropov: Tretij put' dlja Rossii.
 - 27 Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP. Zur Frühgeschichte des deutschen Faschismus 1919 bis 1924, Köln 2012, S. 91 und 97.
 - 28 Ebenda, S. 204.
 - 29 Vgl. ebenda, S. 214.
 - 30 Vgl. Konrad Heiden: Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee, Berlin 1932, S. 132ff.
 - 31 Vgl. Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP, S. 342ff. und 381ff; vgl. auch Harold J. Gordon: Der Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt/Main 1971.
 - 32 Ludwig Maximilian Erwin von Scheubner-Richter wurde 1884 in Russland) geboren. 1904–1906 Chemiestudium am Rigaer Polytechnikum, seit 1910 in München, 1914–1916 Kriegseinsatz als deutscher Staatsbürger in der Türkei – Vizekonsul in Erzerum, danach an der Westfront, 1918 an der deutschen Gesandtschaft im deutsch besetzten Riga und Leiter der Pressestelle der deutschen Besatzer im Baltikum, 1919 Leiter der deutschen Gesandtschaft des »Reichskommissars für die baltischen Provinzen« unter deutschen Sozialdemokraten August Winnig. Scheubner-Richter war für den Posten des Pressereferenten der geplanten Kapp-Regierung 1920 vorgesehen.

- Als aktiver Organisator des Hitler-Ludendorff-Putsches 1923 gehörte er zu den 15 sog. »Blutzeugen der Bewegung«, deren Namen 1933 auf einer Gedenktafel an der Feldherrnhalle in München angebracht wurden. Vgl. http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Max_Erwin_von_Scheubner-Richter&print vom 19.9.2012.
- 33 Der 1874 als Sohn eines deutschen Maschinenbauunternehmers und Finanzkapitalisten geborene Freiherr Theodor II. von Cramer Klett gehört als Präsident der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung zu den finanziellen Förderern der NSDAP. Er war Mitglied des Bayerischen Reichsrates und Päpstlicher Geheimkämmerer.
- 34 Vgl. Georg Franz-Willing: Die Hitlerbewegung, Der Ursprung 1919–1922, Hamburg/Berlin 1962, S. 191.
- 35 Vasilii Viktorovič Biskupuskij (1878–1945), Sohn des zaristischen Vizegouverneurs von Tomsk, Offizier und Geschäftsmann, im 1. Weltkrieg Regiments- und Brigadekommandeur, 1916 Generalmajor, Januar 1917 Kommandeur der 1. Brigade der 3. Kavallerie-Division, 1918 Befehlshaber der Streitkräfte des ukrainischen Ataman Skoropadskij, 1919 Chef der Russischen Westregierung in Berlin, Teilnehmer an den Putschen von Kapp (1920) und Hitler (1923), Mitbegründer und Stellvertreter der Organisation deutscher und russischer völkischer Nationalisten WAV, seit Mai 1936 Leiter der gleichgeschalteten reichsdeutschen Verwaltung für Angelegenheit russischer Emigranten UDRÉ (Upravlenie delami russkoj émigracii), Juni 1945 verstorben.
- 36 Nach Abschluss seines Chemiestudiums in Riga kämpfte Arno Schickedanz als Freiwilliger auf Seiten Deutschlands gegen Russland und war Mitarbeiter der Pressestelle Ober Ost VIII in Riga. 1923 nahm er am Hitler-Putsch teil, 1923–1933 war Leiter des Berliner Büros des Völkischen Beobachters. Er wurde nach 1933 einer der maßgeblichen Nazifunktionäre (seit 1933 Stabsleiter des Außenpolitischen Amtes Rosenbergs, seit 1941 Stabsleiter im Ostministeriums, 1943–1944 Stabsleiter beim Reichskommissar für die besetzten Gebiete Norwegens) und gehörte zu den führenden faschistischen Ideologen (1927 Das Judentum – eine Gegenrasse, 1928 Sozialparasitismus im Völkerleben). Ende April 1945 erschoss er sein Frau, seine achtjährige Tochter und sich selbst in Berlin. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Arno_Schickedanz vom 6. Juni 2012.
- 37 Alfred Rosenberg (1893–1946): Hauptideologie und Reichsleiter der NSDAP, 1933–1945 Leiter des Außenpolitischen Amtes (1933–1945) und Minister für die besetzten deutschen Ostgebiete, 1946 in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher gehängt.
- 38 Im ersten Weltkrieg gehörte Boehm zu den Aktivisten der deutschen völkischen Kulturpropaganda und »Grenzlandarbeit«, 1918 war er Mitarbeiter in der »Pressestelle Oberost VIII unter Scheubner-Richter. 1919 Mitbegründer des völkisch-nationalen Juniklubs. Während der Naziherrschaft gehörte der Professor für »Volkstheorie und Volkssoziologie« (Universität Jena) zu den führenden Ideologen der sog. Volkstumspolitik. 1951 gründete er die Nordostdeutsche Akademie (später Ost-Akademie) in Lüneburg (BRD) und befasste sich nunmehr mit der Geschichte und der Politik der Flucht und Zwangsaussiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg.
- 39 Max Aman wurde 1891 in München geboren. 1908–1911 schloss er dort die Handelsschule ab, 1914–1919 Offiziersstellvertreter im Bayerischen Reserve-Infanterie-Regiment, nach seinem Eintritt in die NSDAP (Mitglieds-Nr. 3) war er bis 1923 Geschäftsführer der Nazi-partei und des Parteiorgans Völkischer Beobachter. Wegen Teilnahme am Hitler-Putsch wurde A. zu viereinhalb Jahre Festungshaft in Landsberg verurteilt. 1924–1933 Stadtrat in München und Finanzberater Hitlers. Er organisiert aus dem 1925 gegründeten Franz-Eher-Verlag das faschistische Presse-Imperium (Völkischer Beobachter, Das Schwarze Korps). Wesentlich an der Herausgabe von Hitlers Mein Kampf beteiligt. Als Präsident der Reichspressekammer (1933) übernahm er den Vorsitz des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. 1936 SS-Obergruppenführer. 1948 zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, aber bereits 1953 wieder freigelassen. 1957 in München verstorben. Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Max_Amann_\(Politiker\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Max_Amann_(Politiker)) vom 19. September 2012.
- 40 Otto von Kursell wurde 1884 als Sohn eines baltendeutschen Beamten in St. Petersburg geboren. 1903–1905 Hochbaustudium in Riga und Mitglied der völkischen Studentenorganisation Rubonia. Studium der Architektur in Dresden (1905–1907) und der Bildenden Künste in München (1907–1911), 1916–1917 Leutnant in einer russischen Infanterieeinheit, 1918–1919 Mitarbeiter der Pressestelle der deutschen Besatzer im Baltikum (Armeeoberkommando VIII, Riga). Seit 1921 deutscher Staatsbürger. Mitglied der NSDAP und der SA (1923). Teilnahme am Hitler-Ludendorff-Putsch. Publiziert 1921 (mit Dietrich Eckart u. a.) das antisemitische Hetzbrochüre Totengräber Russlands (32 antisemitische Karikaturen über sowjetische Partei- und Staatsfunktionäre). 1933 Referent der Kunstabteilung im preußischen Kulturministerium und Direktor der Hochschule für Bildende Künste in Berlin Charlottenburg, 1934 Abteilungsleiter im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1936 SS-Obersturmführer und seit 1944 SA-Oberführer, Träger des Goldenen Parteiabzeichens und des Blutordens). Als Nazi- und Kriegsverbrecher wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland in Mühlberg und Buchenwald interniert (1945–1950) und kam danach frei. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_von_Kursell vom 7. Juni 2012.
- 41 Der Cousin des 1918 ermordeten Zaren Nikolaus II. floh Coburg, dem Sitz der Familie seiner Gattin Viktoria Fjodorovna. 1924 ernannte er sich in Paris zum Zaren Russlands im Exil, vor allem unterstützt durch die rechtsextreme Organisation den Bund Jungen Russländer (Sojuz Mladorossov). 1995 wurden seine sterblichen Überreste von Coburg nach St. Petersburg überführt und in der Peter-Paul-Kathedrale beigesetzt.
- 42 Vgl. M. V. Nazarov: Missija russkoj émigracii, S. 109.
- 43 Nikolaj Evgenevič Markov II. (1866–1945), Gutsbesitzer aus dem Gouvernement Kursk und Duma-Abgeordneter. Er war einer der Gründer des Bundes des Russischen Volkes (SNR) 1905 und Vertreter seines radikalsten Flügels. M. erhielt vom Innenministerium die Genehmigung zur massenhaften Verbreitung des antisemitischen Fälscher-Dokumentes »Protokolle der Weisen von Zion«. 1911 trennte er sich von der Gesamtorganisation SNR. Als Duma-Abgeordneter gehört er zu den radikalen Antisemiten und forderte die physische Vernichtung der Juden. Während des Bürgerkrieges 1918–1920 kämpfte M. in der weißen Judenitč-Armee. 1921 emigrierte er nach Deutschland und wurde auf dem Allrussischen Kongress der Monarchisten in Bad Reichenhall zum Vorsitzenden des Hohen Monarchistischen Rates (bis 1927) gewählt. 1933 trat der Antikommunist und Antisemit in den Dienst des Naziregimes. 1935 erschien in Erfurt sein antisemitisches Machwerk »Der Kampf der dunklen Mächte«.
- 44 Kyrill heiratete 1905 die Tochter von Herzog Alfred von Sachsen-Coburg, Prinzessin Victoria Melita von Sachsen-Coburg und Gotha. Erst nach der Oktoberrevolution floh K. zu seinen deutschen Verwandten. 1924 ernannte er sich in Paris zum Kaiser Russlands im Exil. Zu seinen Anhänger zählte die faschistische russländische Emigrantenpartei Jungen Russen (Mladorossyj) unter Kassem-Bek. Nach seinem Tode 1938 wurde K. in Coburg bestattet. Bestattet. 1995 erfolgte die Überführung seiner sterblichen Überreste nach St. Petersburg (Peter- und Paul-Kathedrale).
- 45 Zur Publikationsgeschichte des Fälscher-Dokumentes vgl. Norman Cohn: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos der jüdischen Weltverschwörung, Baden-Baden/Zürich 1997.
- 46 Walter Laqueur, Der Schoss ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten, München 1993, S. 64.
- 47 Der in Poltava geboren Sohn eines Arztes wurde nach Abschluss seines Jura-Studiums Beamter im Justizministerium Russlands. Er war seit 1911 aktiv an der Inszenierung des antisemitischen Bejlj-Schauprozesses beteiligt, Nach der Oktoberrevolution 1917 emigrierte Brazol' in die USA und wurde ein einflussreicher Staatsbeamter. Er verbrachte mit Unterstützung von Henry Ford die Protokolle der Weißen von Zion und von ihm selbst produzierte Fälscher-Dokumente über eine angebliche jüdisch-bolschewistische Verschwörung des USA-Bankier Jacob Henry Schiff (1847–1920).

- 48 Erzherzog Wilhelm Franz von Habsburg-Lothringen erhielt von Kaiser der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie den Auftrag, einen ukrainischen Satellitenstaat aus dem von Österreich besetzten westlichen ukrainischen Landesteil (Galizien) aufzubauen. Er führte eine militärische Spezialeinheit mit 4.000 Mann (darunter die sog. Ukrainische Legion, später Ukrainische Sitscher Schützen). Der ukrainisch sprechende Erzherzog unter dem Namen Vasil Vyshyvanyiyn (der Bestrickte, ob seiner ukrainischen Folklore-Tracht) war im Ki-ewer Verteidigungsministerium der bürgerlichen Westukrainischen Republik für Außenbeziehungen zuständig. 1920 verließ er die Ukraine und gründete in München eine Zentralstelle für die Aufstellung einer Freiwilligen Befreiungsarmee. Bis 1941 hatte er enge Verbindung zum Nazipolitiker Alfred Rosenberg, danach spionierte er für Großbritannien und Frankreich gegen die UdSSR. Nach dem Krieg wurde er vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und im Mai 1948 in Kiev zu 25 Jahren Haft verurteilt. Er starb im August 1948 in einem Krankenhausgefängnisse in Kiev an Lungentuberkulose. Ukrainische Nationalisten und Rechtsextremisten verehren Wilhelm von Habsburg noch heute als Vorkämpfer und Helden der Unabhängigkeit der Ukraine. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Franz_von_Habsburg-Lothringen vom 22.9.2012.
- 49 Petr Vladimirovič Glasenapp war 1918–1919 Militärgouverneur des von der Freiwilligen Don-Armee besetzten Gebietes, seit 1920 Kommandeur der Nordwest-Armee. Als Vorsitzender des Russischen Offiziersbundes mit Sitz in Ostpreußen (Königsberg) knüpfte Verbindungen mit der rechtsextremen deutschen Organisation Stahlhelm und leitet seit Juli 1923 die Russländische Antikomintern.
- 50 Pavel Michailovič Bermond-Avalov, russischer Oberst, trat 1916 für einen Frieden mit Deutschland ein und kämpfte 1919 mit seiner Russischen Westarmee (15.000 Mann) gemeinsam mit den deutschen Freikorpsverbänden (Generalkommando Baltikum) unter General von der Goltz (40.000 Mann) gegen Sowjetrussland und die Litauisch-belorussische Sowjetrepublik Der selbsternannte Fürst und Generalmajor (1919) lebte nach 1919 in Deutschland. Er gehörte zu den wichtigsten Aktivisten für den Aufbau der faschistischen Bewegung in der russländischen Emigration Deutschlands. 1941 emigrierte er in die USA, wo er 1974 verstarb.
- 51 Vgl. Michael Kellog: *The Roots of Nazism*, S. 171, 179, 181 und 189.
- 52 Vgl. O. K. Antropov: *Rossijskaja émigracija*, S. 311–315.
- 53 Gerd Koenen: *Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945*, München 2005, S. 276. Zu diesem Strategiewechsel der NSDAP vgl. ebenda S. 388–420.

Clara Zetkin. Die Briefe 1914 bis 1933

Marga Voigt (Hrsg.), Clara Zetkin. Die Briefe 1914 bis 1933.

Band 1: Die Kriegsbriefe (1914–1918), Karl Dietz Verlag Berlin 2016, 560 S.

Marga Voigt hat, gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit 200 Kriegsbriefen und 10 Dokumenten aus der Feder Clara Zetkins der Öffentlichkeit eine wichtige Quelle zugänglich gemacht. Die Kriegsbriefe sind der erste Band einer Briefausgabe von 1.000 Korrespondenzen bis zum Todesjahr der Verfasserin 1933. Und auch die partiell vor Jahrzehnten in verschiedenen ausgewählten inhaltlichen Zusammenhängen herausgegebene Publizistik der unbestrittenen Gallionsfigur der Frauenbewegung ist noch lange nicht erschlossen und verdient vollständige Rezeption, selbst wenn relevante Schriften, so auch Briefe, schon bekannt sind. Marga Voigt verweist darauf in ihren Vor- und Nachbemerkungen wie auch auf die existierenden Zetkin-Biografien und die Forschungen zur Sozialismusgeschichte in diesem Kontext.

Brief- und Werkausgaben haben als authentische Quellen der Geistesgeschichte hohen Erkenntniswert. Sieht man einmal von den antiquierten ideologischen Grabenkämpfen des 20. Jahrhunderts ab und blickt auf den inneren Zusammenhang des neuzeitlichen Ringens um das Verständnis der Dialektik von Natur, Gesellschaft und Individuum in ihrer Geschichtlichkeit von der Reformation über die Aufklärung bis zu den philosophisch, ökonomisch und sozialwissenschaftlich begründeten revolutionären Bewegungen, dann dürfte der Gewinn auch für diejenigen nicht zu übersehen sein, die die Ideologiegeschichte mit Luther, Kant, Schopenhauer und Nietzsche als beendet betrachten. Dennoch dreht sich jeder Erkenntnisfortschritt allein um die Erkenntnis des Weltganzen in seinem Gesamtzusammenhang. Auch dieser Briefband lässt das erkennen. Clara Zetkins Brief an Bertha Thalheimer vom 11.11.1914 greift abseits von den existentiellen Fragen des drei Monate alten Weltkrieges erkenntnistheoretische Probleme auf. Die 31-Jährige, die am Stuttgarter Polytechnikum methodische Anleitung zur Welterkenntnis suchte, tröstet sie mit dem Hinweis, sich auf das Handwerk der Wissensaneignung zu konzentrieren: »Einheitliche Auffassung können Sie heute nur finden beim »Modernen Marxismus

und religiösen Mystizismus. Dazwischen gibt's nur eklektisches Flickwerk.« (37f.) Und geradezu bewegend ist ihr Brief an Kurt Eisner vom 27.6.1918. Fünf Monate vor Kriegsende reklamiert dieser Brief mit höchstem moralischem Anspruch das Menschheitsbewusstsein für die Linke. Die »ewige« Wahrheit universaler klassenmäßig bürgerlich begrenzter Freiheitsrechte hat dem nichts entgegenzusetzen. Allein hier war die Bruchkante des zweiten ideologischen Schismas der abendländischen Welt, die die politisch-ideologische Richtung der europäischen Linken zum heute noch achtungsgebietenden Kulturträger machte, auch wenn ihr unter dem initiierten Mainstream die Öffentlichkeit wegbrach. Es ist die Bruchkante Erkenntnis der materiellen Wurzeln des Weltkrieges, der Notwendigkeit der Massenaufklärung und der konsequenteste Kampf für eine gesellschaftliche Alternative außerhalb populistisch verbrämter elitärer, religiöser, nationaler oder rassistischer Egoismen. Clara Zetkins Rolle als Nummer 1 der Frauen-Internationale offenbarte dieser Krieg, der die Frauen in die bisherige Männer-Domäne stellte und die »verfeindeten« Männer-Sozialisten in den Schatten ihrer politischen Initiative, der Berner Konferenz im März 1915. Aber auch ihre individuelle Position stellte Clara Zetkin als gebildete Politikerin in eine Reihe mit ihren engsten geistig verwandten Gefährten. Bereits der zweite Brief dieses Bandes an Rosa Luxemburg und Franz Mehring vom 5.8.1914, in dem sie den beiden eine Absage erteilte, sich öffentlich von den Kriegskreditbewilligern ihrer Partei zu distanzieren, ist die Erhebung aus der bisherigen scheinbar bedingungslosen Gefolgschaft gegenüber ihrer am nächsten stehenden Freundin. Clara Zetkins Kriegsbriefe spiegeln ihren Anteil am Zusammenhalt der Fraueninternationale, ihr Eingreifen in die württembergischen Parteiverhältnisse, ihr Ringen um den Gesamtüberblick über die historischen Ereignisse, ihre Kommunikation mit Freunden über den Kriegsalltag, die damit verbundenen Ängste, Zweifel aber auch Zuversicht. In knappen Einzelpassagen werden Zeitkolorit, Haltung aber auch Politik- und Gesellschaftsverständnis erkenn-

bar. Die Rede ist vom »reißenden Schmutzstrom des beschränkten Chauvinismus« und der »innere(n) Hohlheit recht vieler Redakteure und führender Genossen« (24). Der Weltkrieg wird charakterisiert als das »furchtbarste Verbrechen an der Menschheit, dessen sich der kapitalistische Imperialismus schuldig macht« (30). Das war die Logik des Denkens und Handelns des linken Flügels der internationalen Sozialdemokratie von der Atlantikküste bis zum Finnischen Meerbusen und zur Schwarzmeerküste. Und es war kein Zufall, dass vier nationale Parteifractionen mit ihrer Kriegsverweigerung das sog. »August-Erlebnis« 1914 relativierten und ein historisches Beispiel gaben. Allein die gegensätzliche Beurteilung des Charakters dieses Krieges und die gegensätzliche Auffassung von den Notwendigkeiten seiner Beendigung, erstmals 1907 vom Stuttgarter Weltkongress der II. Internationale unmissverständlich und auf den nachfolgenden Kongressen in Kopenhagen und Basel bekräftigt, war der Grund für das »Große Schisma« des Sozialismus. Das war auch der letztendliche Grund, weshalb Clara Zetkin am 5.4.1917 hoffnungsvoll die »gewaltige Volkstat in Russland« (297) begrüßte und am 9.2.1918 gegenüber Mathilde Jacob bekannte: »Seit der Erhebung der Bolschewiki, glaube ich an das Leben.« (378) Mehr sagen die Briefe zu den Ereignissen im Osten nicht aus. Clara Zetkins erste konkretere Stellungnahme zur Revolution der Bolschewiki inspirierte die sie »wie ein Blitz aus heiterem Himmel« treffende Amtsniederlegung ihrer Freundin Helen Ankersmit im Gefolge parteitaktischer Differenzen. In diesem Zusammenhang gab sie, den Bedenken ihrer Freundin widersprechend, nicht nur ein meisterhaftes Beispiel undogmatischer prinzipieller parteitaktischer wie auch methodischer Charakterisierung der holländischen Parteiführung, sondern auch der Kritiker der Bolschewiki in Persona Karl Kautskys. Indem sie diesem vorhielt, »westeuropäische Entwicklungsschemas« mechanisch auf völlig andere Verhältnisse zu übertragen und damit das Wesen historischer Transformationen zu verkennen (386), erinnert dies an die heutigen untauglichen Versuche des Westens, die Demokratie in außereuropäische Kulturen zu exportieren, ohne die historischen Voraussetzungen zu berücksichtigen. Das war der geschichtsphilosophische, keineswegs parteitaktische Kern der Einwände Clara Zetkins gegen die

voreilige Kritik der sozialdemokratischen Kriegskreditwilliger an dem Versuch der Bolschewiki, unter den konkreten russischen Verhältnissen, den Krieg zu beenden und eine Militärdiktatur zu vermeiden. Den tiefen Sinn dahinter sah sie in der Ergänzung der am 4. August 1914 vollzogenen Verabschiedung vom originären sozialdemokratischen Standpunkt durch die Absage an den revolutionären Frieden. Darin unterschied sich die Bolschewiki-Kritik Clara Zetkins und Rosa Luxemburgs von der rechten und gemäßigten. Beide hängten das historische Versagen der westlichen Sozialisten höher als die historischen Fehler der Bolschewiki. Die historische Hauptverantwortung für die russische Misere und deren Folgen verwiesen beide begründet an die sozialdemokratische Rechte im Westen.

Diese Zusammenhänge hätten in einem fundierten Vortrag erörtert werden können. Demgegenüber wurde der Briefband 1 am Ende mit acht Pressebeiträgen von Karl Kautsky (2), Franz Mehring, Julius Martow, Rudolf Breitscheid, Heinrich Ströbel, Wilhelm Düwell und Edwin Hoernle überfrachtet, die die verschiedenen Ansichten der Parteirichtungen zum Demokratiedefizit der Bolschewiki-Revolution reflektieren. Davon abgesehen, dass mit Ausnahme Franz Mehrings und Edwin Hoernles diese Stellungnahme ebenso wenig unbekannt sind wie Clara Zetkins September-Brief an die USPD-Konferenz 1918, in dem sie die Parteiposition zu den Bolschewiki einer ausführlichen Analyse unterzieht, wirft Jörn Schüttrumpfs Anhang-Beitrag »Auf dem Weg zu den Bolschewiki« als Kommentar dazu die Frage nach dem Zweck dieser Band-Konstruktion auf. Am Ende bleibt die simple Aussage, das während des Krieges legal erscheinende linke Presseorgan »Der Sozialdemokrat. Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart (USPD)« sei vom SED-Parteiarchiv aus ideologischen Gründen unterschlagen worden. Da diese Vermutung weder in den »Kriegsbriefen« Clara Zetkins noch durch den Anhang zu diesem Briefband plausibel wird, darf an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass Quellenbeschaffung unter den von Schüttrumpf beanstandeten Verhältnissen nicht zuletzt aus Devisengründen mitunter abenteuerlich war – wohl auch ein Grund für mangelnde Transparenz.

Dr. Hartmut Henicke

Juden als Zwangsarbeiter in Brandenburg. Das Beispiel Garzau

**Erika und Gerhard Schwarz: Das Rittergut Garzau und jüdische Zwangsarbeit,
Hentrich & Hentrich, Berlin 2017**

Nachdrücklich zu empfehlen ist diese heimatgeschichtliche Publikation im besten Sinne. Vorgelegt wird eine lokalgeschichtliche Studie über einen Ort in Brandenburg, die weit mehr als eine Darstellung der Entrechtung von Juden durch die Nationalsozialisten ist.

Erika und Gerhard Schwarz gelingt eine überzeugende Präsentation ihres Gegenstandes. Lokales wird umfassend dokumentiert und es werden Bezüge zur allgemeinen Zeitgeschichte hergeteilt, ohne dass sich letztere in den Vordergrund drängen. Für alle Interessierten gibt es zudem zur Orientierung eine Gesamtdarstellung der Geschichte der NS-Zwangsarbeit von Juden in der Provinz Brandenburg.¹ Auf eine Reihe von lokalen Darstellungen kann ebenfalls verwiesen werden.

Und: Betroffene Juden, die als Überlebende der zahlreichen Lager in Brandenburg berichten, vermitteln in sogenannten Zeitzeugenberichten ein zwiespältiges Bild ihrer Erlebnisse. Jürgen Israel Löwenstein aus Berlin-Mitte zählte im Gespräch allein sechs Orte auf, an denen er vor seiner Deportation nach Auschwitz zwangsweise arbeitete.²

Bekannt ist auch das Schicksal der Berlinerin Clara Grunwald die vom Hacharah-Lager Neuendorf im Sande bei Fürstenwalde aus freiwillig und ganz bewusst gemeinsam mit ihren jungen Schützlingen den Weg in die Deportation antrat, obwohl sie selbst vielleicht im Alters-KZ Theresienstadt hätte überleben können.³

Schließlich erhielt ich einen Hinweis von Herrn Herwig Schirmer, Ende der 80er Jahre Senatsdirektor in der Hansestadt Bremen. Bei einer Gedenkfeier der Stadt für Überlebende aus dem KZ Bergen-Belsen hatte er Frieda Gottesmann kennengelernt. Frieda Gottesmann wurde am 15. April 1945 aus dem KZ Bergen-Belsen befreit. Zuvor war sie im September 1939 mit ihren Eltern und drei Geschwistern in das Ghetto Lodz (Litzmannstadt) verschleppt worden. Bei einer Selektion wurde sie von ihrer Familie getrennt. Nur sie überlebte.

1996 begann ein Briefwechsel zwischen Frau Gottesmann und mir. Damals lebte sie in Israel. Bei einem Besuch in Berlin 1999 lernte ich Frau Gottesmann persönlich kennen. Sie erzählte von ihrer Schule in der Auguststraße. Die Mädchen aus den oberen Klassen durften in den großen Pause auf dem begrünten Dach der Schule spazieren gehen. Sie zeigte mir auch ein Klassenfoto. Die Namen fast aller Mitschülerinnen und ihrer Lehrerin Fräulein Jacobs konnte sie auch nach vielen Jahren noch nennen. Meine Briefe schickte ich nach Israel, in den Kibuz Dowal. Frau Gottesmann arbeitete dort täglich in der Gemeinschaftsküche

Nach getaner Arbeit, die ihr mit über 70 Jahren bestimmt nicht leicht fiel, erledigte sie ihrer umfangreiche Korrespondenz, vor allem mit Menschen in Deutschland. Dieses Schreiben wurde ihr zur liebsten Beschäftigung. Einem ihrer Briefe lagen Fotos von Gedenksteinen für die in Bergen-Belsen ermordeten Menschen bei. Auf großen Sterinquadern standen nur unvorstellbar hohe Zahlen. Frieda Gottesmann fragte in einem Brief, was das soll. Hatten die Ermordeten keine Namen? Keine Heimatadresse? Sie fand diese Form der Erinnerung unangemessen.

An die Briefe von Frieda Gottesmann mußte ich denken, als ich im Buch von Erika und Gerhard Schwarz ein ganzes Kapitel mit Recherchen zu den Biografien der jüdischen Zwangsarbeiter in Garzau las. »In memoriam« war dieses Kapitel überschrieben. Als Historiker weiß ich, wie viel Mühe sich hinter solchen biografischen Recherchen verbirgt. Ausdrücklich empfehle ich zur Nachahmung, den Juden einen Namen zu geben und Außenstehende über ihr Schicksal zu informieren.

Kurzbiografien jüdischer Gutsarbeiter werden vorgeschellt. Besonders ausführlich wird über die Familie von Werner Klopstock berichtet.

Hermann Simon, der Gründungsdirektor der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, bezeichnet in seinem Geleitwort zu dem Buch diese Passagen als »wichtigstes Kapitel«. (S. 8)

Das sehr anspruchsvoll gestaltete Buch von Erika und Gerhard Schwarz, erschien im Verlag Hentrich & Hentrich, es weist einige Besonderheiten auf. Diese herausgearbeitet zu haben gehört zu den Verdiensten der Autoren.

Der jüdische Dienstherr der Zwangsarbeiter Rittergutsbesitzer Hans von Rohrscheidt, mußte sich ab 1933 den Vorschriften für Zwangsarbeit anpassen. Er hatte ert jüdischen Vorfahren und mußte deshalb besonders sensibel reagieren. Das Rittergut Garzau war kein Zwangsarbeiterlager wie andere, es stand von Anfang an unter besonderer Aufsicht der Gestapo. Die ökonomischen Zwänge nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik bestimmten den Alltag der jüdischen Zwangsarbeiter wie des Gutsbesitzers, der konservativ eingestellt und Mitglied der DNVP war. Diese Grundhaltung war allseits bekannt.

Nach 1945 wurde Hans von Rohrscheidt enteignet, blieb aber in Garzau bis zu seinem Tode 1963.

Bleibt neben der Empfehlung, dieses Buch zu lesen und ihm in einer Privatbibliothek zu brandenburgischer Heimatgeschichte einen Ehrenplatz zu geben

Erika und Gerhard Schwarz: Das Rittergut Garzau und jüdische Zwangsarbeit, Hentrich&Hentrich, Berlin 2017.

Dr. Horst Helas

Mitglied des Sprecherrates der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

-
- 1 Siehe: Monika Nakath (Hrsg.): Aktenkundig: »Jude«! Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg 1933–1945. Vertreibung – Ermordung – Erinnerung, Berlin 2010.
 - 2 Siehe: Horst Helas: Juden in Berlin-Mitte. Biografien Orte Begegnungen, Berlin 2001, 2. ergänzte und durchgesehene Auflage, Berlin 2001, S. 212–219.
 - 3 Siehe: »Und doch gefällt mir das Leben.« Die Briefe der Clara Grunwald 1941 bis 1943, Berlin 2016.

Das »andere Deutschland« oder »die unbekannte DDR«? Siegfried Prokop wagt einen differenzierten Blick von links auf den zweiten deutschen Staat.¹

Siegfried Prokop: Die DDR hat´s nie gegeben. Studien zur Geschichte der DDR. Edition Bodoni, Neuruppin/Buskow 2017, 307 S., 20 Euro.

Wer seinem Buch den Titel »Die DDR hat´s nie gegeben« verleiht, der will gewiss eine provokante Auseinandersetzung um Geschichtsbilder und um Geschichtspolitik führen. Und die ist 28 Jahre nach dem Fall der Mauer wirklich und unabweisbar nötig. So dominierten während der Zeit des »kalten Krieges« die die staatliche Existenz eines zweiten deutschen Staates, der DDR, leugnenden und auf prinzipielle Ablehnung bedachten Bezeichnungen wie »Ostzone«, »SBZ«, »Pankow« oder aus Bundeskanzler Kiesingers (CDU) Mund »Phänomen«, um dem Alleinvertretungsanspruch des Bonner Weststaates in seinem Innern Geltung zu verschaffen. Dem entsprach bekanntlich die von Walter Hallstein entwickelte und nach ihm benannte außenpolitische »Hallstein-Doktrin«, nach welcher ein Staat, der die DDR diplomatisch anerkannte, mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die BRD bestraft werden müsse, da eine Anerkennung der DDR im Denken der Adenauerschen Politik der Stärke als ein unfreundlicher Akt gegen die BRD anzusehen sei. In diesem Kontext der Restauration und des kalten Krieges hat es die DDR tatsächlich für viele damalige Zeitgenossen und Politiker nicht gegeben. Die kommunistische Partei der alten BRD wiederum, die DKP, verweigerte sich lange beharrlich einer kritischen Auseinandersetzung mit der DDR und ihren Widersprüchen und Konflikten und machte eine marxistisch orientierte und gleichzeitig kritische DDR-Analyse damit nicht leichter.

Nach der vollzogenen Einheit Deutschlands durch die Eingliederung der wieder geschaffenen Länder der DDR gemäß Artikel 23 GG am 3. Oktober 1990 leugnet zwar niemand mehr ernsthaft die 41jährige Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, das offizielle Geschichtsbild aber wird konfiguriert durch die

Leitbegriffe »Unrechtsstaat« und »Diktatur« sowie die Mangelwirtschaft, ergänzt um die Machenschaften der Staatssicherheit, und mündet ein in die Deutung, die DDR sei von Anfang an nicht existenzfähig gewesen, so dass man ihre Geschichte vor allem von ihrem Ende her zu verstehen habe. Dass eine solche Betrachtungsweise vor allem politisch bedingt ist und die Siegerpose der kalten Kriegs-Gewinnler repräsentiert, muss hier wohl kaum näher erläutert werden. Sie greift zu kurz und ist schlicht unhistorisch.

Dagegen wendet sich Siegfried Prokop in seinen 23 Texten aus den vergangenen 20 Jahren vehement. Der Titel ist einem Graffiti entlehnt, das in Berlin-Mitte an der Spree vorgefunden wurde. Der Autor selbst lehrte Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, nahm Gastprofessuren in Paris, Moskau und Montreal wahr und wirkte als Vorsitzender der Alternativen Enquete-Kommission »Deutsche Zeitgeschichte«. Insofern stellt dieses Buch als Textsammlung auch sein Wirken im Ringen um eine nicht auf die repressive Seite der DDR reduzierte Geschichtsbetrachtung heraus. Demgemäß enthalten seine Studien und Vorträge viele Elemente einer auf Differenzierung, politische Konfliktbetrachtung und Detailkenntnis setzenden Herangehensweise, die in der Tat Prozesse innerhalb der DDR rekonstruieren, die einem dichotomischen DDR-Bild zuwiderlaufen. Gleichzeitig versucht Prokop, Ansatzpunkte für eine den Anforderungen einer demokratischen sozialistischen Politik und Vision entsprechenden Debatte zutage zu fördern. Dabei geht der Autor kritisch mit allen Protagonisten der DDR-Geschichte um, es gibt weder prinzipielle Loyalitäten noch Aburteilungen, Stalin, Ulbricht, Honecker und Andere werden an ihrem jeweiligen politischen Handeln gemessen und nicht voreingenommen bewertet.

In seiner Einführung gliedert Prokop die DDR-Geschichte in vier Perioden. Erstens in die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone bis zur Staatsgründung am 7. Oktober 1949, dann auf sie folgend die Ära Ulbricht von 1949–1970. Nach Ulbrichts Absetzung trat die DDR in die Ära Honecker (1971–1989) ein, um nach der »Wende« in die Periode des demokratischen Aufbruchs überzugehen, die mit dem 3. Oktober 1990 beendet wurde. Die meisten hier einbezogenen Texte sind der Auseinandersetzung mit der Ära Ulbricht zuzuordnen. Im Folgenden sollen Beispieltexte zu allen vier benannten Perioden angeführt werden.

»Die vier Mächte und die deutsche Frage« aus dem Jahr 1999 konstituiert die analytische und deutende Basis der Gedankengänge Prokops. So stellt er fest, dass mit dem Ende des Hitlerfaschismus auch das Reich als der Kommunikationsraum für Klassenkämpfe und politische Auseinandersetzungen untergegangen war: »Das Reich bot das Feld, auf dem gegensätzliche politische und soziale Kräfte, vor allem das Bürgertum und das Proletariat, ihre Auseinandersetzungen austrugen«. Dabei sei der einheitliche, seit 1871 bestehende Nationalstaat von der Linken nie in Frage gestellt worden. (S. 21) Doch nach der Niederlage des Faschismus im II. Weltkrieg und der gescheiterten Selbstbefreiung der Deutschen sei ein Vakuum entstanden, dass in beiden späteren Staaten unterschiedlich gefüllt wurde, was in den Jahren 1945–1949 vor der »doppelten Staatsgründung« grundgelegt wurde: »Nicht wenige Deutsche erlagen der Versuchung, sich mit nihilistischer nationaler Selbstverleugnung in einen nebulösen Kosmopolitismus oder in ein zunächst nicht näher definiertes Europäertum zu flüchten. Lediglich aus dem Kampf des »anderen Deutschlands« gegen den Hitlerismus ließ sich ein würdiger Patriotismus begründen, der nicht im Widerspruch zu internationalem Denken stand.« (S. 22) So sehr diese Feststellung auch Hand und Fuß besitzt, irritiert doch ein wenig die sicherlich völlig unbewusste partielle verbale Anlehnung an Ausführungen Armin Mohlers oder Bernhard Willms, beides Nationalkonservative der »Bonner Republik«. Als mitentscheidend für den weiteren Fortgang der politischen Grundrichtung hin auf die Spaltung Deutschlands ermittelt P. die Regelung der Reparationsfrage auf der Potsdamer Konferenz. Da letztlich Reparationsgebiete festgelegt wurden, die primär den Besatzungszonen entsprachen, waren die sowjetischen und polnischen Reparationsforderungen größtenteils aus der sowjetischen Besatzungszo-

ne zu entnehmen, die ökonomisch den westlichen Zonen unterlegen war. Dadurch geriet die spätere DDR a priori in einen wirtschaftlichen Rückstand, den sie nie wettzumachen vermochte bzw. mit ihrer Umsteuerung der Industriepolitik auf die Stärkung der Schwerindustrie seit 1952 schnell – am 17. Juni 1953 – mit schweren Legitimationsverlusten und Unruhen bezahlte. Dass diese Reparationsfestlegung auf diese Weise getroffen wurde, führt P. auf strategische Fehleinschätzungen Stalins zurück. Als Gegenleistung für die Zustimmung der Westalliierten zur Grenzfestlegung der deutsch-polnischen Grenze zwischen Swinemünde und der Lausitzer Neiße gemäß Stalins Forderung habe dieser in die Schaffung von Reparationsgebieten eingewilligt, die die Westzonen bevorteilten und so die Spaltungsentwicklungen über die »Bizone« von 1947, die Währungsreform von 1948 mit anschließender Berlin-Blockade und Luftbrücke (1948/49) bis hin zur Trizone 1949 und der Gründung der BRD am 23. Mai 1949 vorstrukturierten. (S. 46–47, 58–61) Kritische Debatten über Stalins Hegemonialpolitik in Ostmittel- und Osteuropa habe es in der DDR gegeben, führt P. an und nennt dabei Anton Ackermann, Wolfgang Harich und Fritz Behrens. Doch Ansätze zu einer politischen Veränderung im Sinne von mehr Unabhängigkeit der Länder des RGW bzw. Warschauer Vertrages von der vorgegebenen Vorbildfunktion der UdSSR bzw. einer eigenen Perspektivsetzung auf dem Weg zum Sozialismus seien spätestens zu Zeiten Chruschtschows unterbunden worden. (S. 60/61) Dennoch zeigten spätere Diskussionen innerhalb des Kulturbundes der DDR, den »Klubs der Intelligenz« oder im »Forschungsrat der DDR« in den fünfziger und frühen sechziger Jahren, »dass in einer spezifischen Phase Gremien in der DDR eine Rolle spielten, die nicht der Logik des sowjetischen Modells unterlagen.« (S. 82) Insgesamt aber sei es beiden deutschen Staaten, von denen die DDR ein von der Sowjetunion eher widerwillig ins Leben gerufenes Kind gewesen sei, nicht möglich gewesen, den von den Besatzungsmächten vorgegebenen Handlungsrahmen im Kontext von kaltem Krieg und Systemauseinandersetzung zu überschreiten; bestenfalls habe man ihn mehr oder weniger gut im eigenen Interesse ausnutzen können. (S. 94) Dies nimmt P. auch für die Rolle der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 in Anspruch, auf der »der beschleunigte Aufbau des Sozialismus« beschlossen wurde, was die Konfliktlage in der DDR verschärfte und zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 führte. SED-Führung und DDR-Regierung hätten diesen Kurswechsel allerdings mitgetragen und

könnten nicht aus der Verantwortung für diese Staatskrise entlassen werden. (S. 157)

Die zweite Hälfte der Ära Honecker stand zweifellos unter den Sternen einer politischen und wirtschaftlichen Krise, verursacht durch die Erhöhung der Rohstoffpreise, die Vernachlässigung der Landwirtschaft und der Konsumgüterproduktion sowie durch Wettrüstung, symbolisiert durch die atomare »NATO-Nachrüstung« und die Stationierung der SS-20-Raketen in der DDR. Infolge des massiven ökonomischen Druckes durch die Überrüstung auf die Wirtschaft der UdSSR habe diese ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Bündnispartnern vernachlässigt und zu deren Krisenentwicklung, in Polen und der DDR besonders spürbar, beigetragen. P. schlussfolgert: »Unter diesen Bedingungen wäre eine Neubestimmung außenpolitischer Grundkonstanten der DDR erforderlich gewesen; ein Paradigmenwechsel von der Sowjetunion weg. Erforderlich wäre ein prinzipiell neues Verhältnis zur Bundesrepublik gewesen, was eine Modifizierung der bisherigen Positionen in der nationalen Frage erforderlich gemacht hätte.« (S. 246) Wie ein roter Faden zieht sich die Suche nach Koordinaten eines »deutschen Weges zum Sozialismus« durch seine Arbeiten, beginnend bei Anton Ackermann und sich fortsetzend über Rudolf Herrnstadt, Fritz Behrens und Wolfgang Harich. Als sich im Zuge der Raketenkrise Erich Honecker anschickte, mit Helmut Schmidt und später mit Franz Josef Strauß und Helmut Kohl eigene außenpolitische Akzente über die deutsch-deutsche Grenze hinweg zu setzen, rief dies das Misstrauen Moskaus hervor. (S. 250) Doch während sich in den achtziger Jahren die außenpolitische Entspannung durchsetzte und verbesserte ökonomische Rahmenbedingungen

erlaubte, hielten die DDR-Regierung und die SED an der ökonomisch kostspieligen Politik der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« fest, die immer häufiger kreditfinanziert werden musste. Vor den Folgen der Krise, also Stagnation, Unmut, Massenflucht und Legitimationsverlust, verschloss die DDR-Führung die Augen. Dass so das Machtmonopol der SED verfiel und weder Egon Krenz noch Hans Modrow eine realistische Chance besaßen, die Existenz der DDR als erneuertes demokratisch-sozialistisches Staatswesen zu retten, ist bekannt. Im Schlusstext bezieht sich P. erneut auf Fritz Behrens, den er aufmerksam zu studieren empfiehlt und dessen Position er referiert, dass es sich bei der DDR im eigentlichen Sinne noch nicht um eine sozialistische Gesellschaft handelte, sondern um eine »neue – und wahrscheinlich letzte – Variante der alten bürgerlichen Gesellschaft«. (S. 300) So gesehen hat es die DDR, so wie sich selbst gern offiziell sah, womöglich tatsächlich nicht gegeben. Und so bleibt vieles an Prokops Analysen und Deutungen anregend und zur Prüfung aufrufend, Widerspruch erregend und erhellend. Es ist ein Buch, über das Linke kontrovers diskutieren sollten. Der Blick in die Feinheiten des zweiten deutschen Staates und auf die Analysen eigenständiger Denker und Diskurse kann helfen, genauer zu definieren, wie eine solidarische, demokratische und sozialistische Gesellschaft der Zukunft anvisiert werden könnte.

Dr. Holger Czitrich-Stahl

¹ Dieser Text wurde zuerst veröffentlicht in: Sozialismus, 10/2017, S. 64–65.

Warten wir die Zukunft ab.

Hartmut König. Warten wir die Zukunft ab. Autobiografie, Verlag Neues Leben, Berlin 2017

Es ist eigentlich eine Zumutung, über 500 Seiten vorzulegen. Dennoch, aus reiner Neugier habe ich das Buch gleich von Deckel zu Deckel gelesen.

Und ich sah meinen guten Bekannten Peter Fischer in seinem Urteil bestätigt. Für ein Buch über die DDR ist es noch viel zu zeitig, auch wenn Hartmut König und ich beide schon über 70 Jahre alt sind. Ich habe dem Verleger Frank Schumann versprochen, ich lasse es. Von mir wird er nicht mit Memoiren behelligt. Vorerst.

Dabei hätte ich zur Autobiografie von Hartmut König manches zu sagen: Zustimmung und Widerspruch zu beschriebenen Ereignissen, andere oder ähnliche Urteile über Personen, aufschlussreiche, ergänzende Erinnerungen. Nicht so spektakulär wie Udo Lindbergs Toilettenerlebnisse. Aber ich kenne die Toilette wie auch andere Räumlichkeiten im früheren Gästehaus des Zentralrats der FDJ in der Pistoriusstraße in Berlin-Weißensee.

Und natürlich habe ich eine andere Perspektive. Ich kann nicht Gitarre spielen und habe »nur« im Saal gesessen, wenn Hartmut und andere gesungen haben, oft Eigenes. Ich war ein dankbarer und engagierter Zuhörer. »Sag mir, wo Du stehst und welchen Weg Du gehst!« Dieser Aufforderung bin ich viele Jahre gefolgt, zumeist ohne viel nachzudenken. Eben klassenmäßig – was das immer gerade bedeutete oder wieviel Widersprüchliches dahinter steckte.

Ab September 1961 war ich in Berlin Schüler der Käthe Kollwitz-Oberschule. Heftig stritten wir über den Bau der Berliner Mauer, die Antifaschistischer Schutzwall genannt wurde. Zweifel daran, ob diese Bezeichnung zutreffend war, äußerte ich erst viel später und dann auch öffentlich auf einem DDR-Historiker-Kongreß. 1961 hielt ich – wie andere auch – den Ausschluss von Mitschülern aus der FDJ für folgerichtig oder respektierte ihren Austritt aus dem sozialistischen Jugendverband.

Geprägt hat meine Schulzeit auch die Entstehung des Oktoberklubs, der ursprünglich Hootenanny-Klub hieß. Der spätere Schlagersänger Jürgen Walther von der benachbarten Schliemann-Oberschule hieß da noch Jürgen Pippig.

Das jährliche Festival des Politischen Liedes war in späteren Jahren eine feste Größe in meinem Freizeitkalender. Praktische internationalistische Solidarität konnten wir bei solchen Veranstaltungen nachvollziehen. Die ausländischen Sänger erweiterten unseren Gesichtskreis. Solidarität war anfassbar.

Führende FDJ-Funktionäre hatten 1964 die Bezeichnung »Deutschlandtreffen« und den Namen des neuen Jugendsenders DT 64 für unpassend gehalten. Die vielen schwer kontrollierbaren (!) politischen Diskussionen auf der Straße wurden mißtrauisch beäugt. Gerade sie gefielen uns.

Auch zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1973 in Berlin war das noch so. Ich wirkte daran mit, mir bis dahin völlig unbekanntem FDJlern dabei zu helfen, dass ihre Diskussionsbeiträge für die zahlreichen Konferenzen und Seminare ihre Natürlichkeit erhielten, insgesamt aber in die »richtige Richtung« gingen.

Stichwort: Biermann. In meiner Schulzeit waren in Berlin auch das Aufkommen von »Beat-Gruppen« und die Lyrikbewegung populär. Der Name MOKKAMILCHEISBAR war dafür eine Adresse wie auch die Lyrikabende im AUDIMAX der Humboldt-Universität. Hartmut König schrieb darüber und hatte an beiden seinen Anteil.

Während meiner Studienzeit (1965 bis 1969) an der Karl-Marx-Universität und meiner anschließenden Tätigkeit als hauptamtlicher FDJ-Funktionär an der Uni begegnete mir Hartmut König als bekannter Vertreter der Singegewegung und als Journalistik-Student, der vom »Neuen Deutschland« delegiert worden war. Er war sich seiner Bekanntheit bewußt, ohne damit zu kokettieren. Damals hatten wir unterschiedliche Schlüsselerlebnisse des Umgangs der DDR mit »ihren« Künstlern. Der Abriß der Uni-Kirche sowie der Alten Uni mit dem Hörsaal 30 bedauerte ich ohne zu den Protestierenden zu gehören. Diskussionen darüber, welche Personen auf dem repräsentativen Gemälde von Werner Tübke die Elite der Karl-Marx-Universität repräsentieren sollten, waren mir eher peinlich. Erleichtert war ich über die Entscheidung, dass »führende« FDJ-Funktionäre der Uni (wie ich damals) nicht abgebildet werden sollten.

In angenehmer Erinnerung habe ich die Debatten im Sekretariat der SED-Kreisleitung der Uni um das Studenten-Kabarett »Die Akademiker«. Die flexiblen Positionen von Dietmar Keller habe ich dort gern unterstützt.

Im September 1973 wurde ich – wie in einem Kaderperspektivplan vorgesehen – Mitarbeiter im Zentralrat der FDJ und blieb es bis Sommer 1981, zuerst in der Abteilung Studenten und dann der Abteilung Propaganda. Meine Arbeitsaufgaben waren dort nicht nur von Routine geprägt, sondern hatten auch exklusiven Charakter, was ich gern genutzt habe.

Mitarbeiter der Abteilung Studenten kamen mehr als die anderer Bereiche in die Lage, die FDJ international mit zu repräsentieren. Schließlich gab es nicht nur den Weltbund der Demokratischen Jugend sondern auch den Internationalen Studentenbund.

In der Abteilung Studenten war ich unter anderem für die FDJ-Arbeit an den Kunsthochschulen mit verantwortlich. Ich lernte führende Künstler der DDR kennen die diese Hochschulen als Rektoren prägten und ihr Gewicht qua Amt auch in der Öffentlichkeit repräsentierten. Beispielsweise erlebte ich heftige Debatten dieser Rektoren untereinander darüber, ob die Mitglieder des FDJ-Sinfonieorchesters bei ihren Konzerten alle im FDJ-Hemd im Orchester Platz nehmen sollten, unabhängig davon, ob sie Mitglieder der sozialistischen Jugendorganisation waren oder deren Grundsätze billigten. Für manche Rektoren war das eine Selbstverständlichkeit, über die es nichts zu diskutieren gab. Staatsräson eben. Ich kam nicht wie Hartmut König in Situationen, mich bis heute für naßforsche Urteile über Künstler wie Erwin Strittmatter, Heiner Müller oder Volker Braun schämen zu müssen. Mein Feld waren da »politische« Urteile über herausragende Wissenschaftler in der DDR mit und ohne Parteibuch der SED.

Und dann war da noch das große Feld der Erinnerung an die geschichtlichen Traditionen der FDJ. Von Karl Liebknecht begründet repräsentierte vor allem Ernst Thälmann den ruhmreichen Weg der revolutionären Jugendbewegung in Deutschland. Erich Honecker ermunterte den Jugendverband, diese Traditionen zu achten und unter den Mitgliedern der FDJ immer sorgsam zu pflegen. Mit meinen Mitarbeitern im Zentralrat kam ich in persönlichen Kontakt mit Menschen wie Martha Globig, Erich Jungmann, Herta und Gabo Lewin, Sophie und

Ewald Kaiser, Lea Grosse und anderen. Auch Irma Thälmann und Lotte Ulbricht akzeptierten uns als Vertreter des Jugendverbandes.

Diese Seite unserer Arbeit brachte uns im Zentralrat der FDJ Anerkennung ein. Schließlich schärfte das auch unseren Blick auf die Unzulänglichkeiten der deutschen und der internationalen Jugendbewegung in den Auseinandersetzungen zwischen den Weltkriegen. Wie die von uns betreuten Arbeiterjugendveteranen wußten wir auch um Fehler und Defizite in der Vergangenheit. Und: wie damals üblich, wurde darüber nicht offen gesprochen, weder mit den Veteranen noch untereinander. Stalinismus war für uns ein Fremdwort.

Menschen prägten die Zeiten und beeinflussten auch meinen bisherigen Lebensweg. Ganz unterschiedliche, vor allem positive Erinnerungen habe ich an SED-Funktionäre wie Hans-Joachim Hoffmann und Dietmar Keller. In meiner FDJ-Zeit prägten Wolfgang Herger und Günter Schneider wesentlich mein Tun und Lassen.

Schonungslose Selbstkritik ist hilfreich und das weitgehend unabhängig vom Urteil notorischer Kommunistenhasser. Auch angeblich gutgemeinte Kritik von Leuten, die sich auch »links« verorten, gilt es mit Gelassenheit zu begegnen. Die Beschimpfung als Nestbeschmutzer wie den nicht wirklich gutgemeinten Rat, immer daran zu denken, ob das eigene Urteil nicht dem »politischen Gegner« nutzt oder der Hinweis, »alles im größeren Zusammenhang zu sehen«, mit all dem kann man souverän leben. Unterschiedliche Sichten auf Gewesenes sind legitim und oft auch produktiv.

Hartmut Königs Buch streift sehr verschiedene, unterschiedliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Der Titel der Autobiografie »Warten wir die Zukunft ab« macht ein Angebot, mit allzu raschen scheinbar endgültigen Urteilen vorsichtig zu sein. Die Binsenweisheit, Geschichte sei immer offen und man sollte Alternativen zur Wirklichkeit immer mitdenken, ist als Arbeits- wie Lebensmaxime bedenkenswert.

Nicht vom Umfang abschrecken lassen, das Buch selbst lesen und weiterempfehlen.

Dr. Horst Helas

Jürgen Israel Löwenstein (1925–2018)



Jürgen Löwenstein als Jüngling
Quelle: Bildarchiv Horst Helas

Ende 1989, als auch viele Gesellschaftswissenschaftler, die sich in der DDR langfristig mit ihren Forschungsprojekten eingerichtet hatten, plötzlich ohne Arbeit waren, wurden bislang wenig vertraute Begriffe wie »ABM« zum Rettungsanker auf der Suche nach einer neuen dauerhaften Beschäftigung, bei der die bisherigen Erfahrungen weiter genutzt werden konnten. Unter den Dächern oft neugegründeter Vereine wurden ABM-Projekte genehmigt, die eine Perspektive verhiessen.

Im Rückblick – und dies nicht nur für Historiker – wurde durch die ABM-Inflation im Osten Deutschlands ein durch Massenarbeitslosigkeit drohendes gesellschaftliches Konfliktpotential aufgefangen, sozialer Zündstoff gemindert.

Bei der Themensuche geriet unter anderem die Geschichte der Juden in Deutschland mit in das Zentrum der Überlegungen. Unter dem Dach des Vereins zur

Vorbereitung einer Stiftung Scheunenviertel Berlin e. V. wurde 1994 ein Projekt beantragt und genehmigt, die Geschichte der Juden im Zentrum Berlins (im wesentlichen des späteren Stadtbezirks Berlin-Mitte) näher zu analysieren. Dabei spielten die Ortsbestimmungen »Scheunenviertel« und »Grenadierstraße« eine zentrale Rolle. Erste allgemeine Recherchen führten dazu, sich bei den Untersuchungen auf diese geografische Lokalisierung und auf Studien zu Lebenswegen jüdischer Familien, die in diesem Kiez zeitweilig ein Zuhause gefunden hatten, zu konzentrieren.

Quellensuche in Archiven und Bibliotheken bestimmten den Arbeitsalltag. Und die Projektbeteiligten versuchten, mit Überlebenden des Holocaust in Kontakt zu kommen. Eine erste überraschende Erfahrung war, dass sich viele Frauen und Männer auf unseren Aufruf meldeten und bereitwillig vom früheren Leben ihrer Familien im Berliner Zentrum erzählten. Wir gewannen den Eindruck, dass es diesen Menschen wichtig war, an früher zu erinnern.

Jürgen Löwenstein lernten wir 1995 persönlich in Berlin kennen. Er erzählte uns von seiner Kindheit im »Scheunenviertel«, vom Schüleralltag in den Jahren der Weimarer Republik. Ab 1933 lernte er in Vorbereitung einer erhofften Ausreise nach Palästina viele kleine Orte in der Umgebung Berlins kennen. Sogenannte Hachscharah-Lager dienten der Vorbereitung auf bislang ungewohnte landwirtschaftliche Tätigkeiten. Diese Orte wurden schließlich oft Zwangsarbeiterlager, die unter direkter Kontrolle der Gestapo standen.

Jürgen Löwenstein wurde aus einem solchen Lager in Paderborn über Berlin im März 1943 nach Auschwitz deportiert. 1945 wurde er befreit und lebte seither in Israel. Ab dieser Zeit nannte er sich Jürgen Israel Löwenstein. Wir waren nicht die ersten, denen Jürgen von seiner Kindheit in Berlin und den Erlebnissen in Auschwitz berichtete. Die Liste der Aktivitäten des »Zeitzeugen« Jürgen Löwenstein ist beeindruckend lang und hat uns ermuntert, auch selbst immer wieder an jene Zeit zu erinnern.

Aus der Chronik des Wirkens von Jürgen Israel Löwenstein hier einige Beispiele.

Jürgen Löwenstein hat immer wieder besonders bereitwillig jungen Menschen aus seinem Leben berichtet. Im Sommer 2004 fuhr er beispielsweise gemeinsam mit Schülern der Alfred-Haushofer-Oberschule aus Berlin-Reinickendorf nach Auschwitz. Ein Film entstand. Die Schüler erlebten vor Ort und gemeinsam mit ihm, wie es ist, Geschichte »anfassen zu können«.

Es gibt zahlreiche weitere Beiträge, in denen man die Stimme von Jürgen Löwenstein hören kann. So verdankt der ursprünglich für BBC 1996 produzierte Dokumentarfilm mit Erinnerungen ehemaliger Schüler an ihr letztes Schuljahr in Berlin (1942) Steven Spielberg seine Fertigstellung. »Lost Children of Berlin«, so der Titel dieses Films, den Jürgen auf Einladung Spielbergs in den USA vorstellte. In seiner neuen Heimat Israel erzählte Jürgen gern von Berlin, wenn man ihn nach dieser Zeit fragte. Im Jahre 1961, zur Zeit des Prozesses gegen Adolf Eichmann in Tel Aviv, waren seine Erinnerungen an Berlin besonders gefragt. Allzeit verfolgte Jürgen das politische Geschehen in Deutschland. Gern gab er seine

Zustimmung zu ungewöhnlichen Aktionen. So fand es seine Zustimmung, dass seine Erinnerungen an die weimarer Zeit und die Nazizeit auf großen Plakaten auch im Straßenraum in Berlin öffentlich sichtbar gemacht wurden. Antifaschisten protestierten damit nachdrücklich gegen die Tatsache, dass ausgerechnet in der Rosa-Luxemburg-Straße ein Laden mit Nazklamotten der Marke »Thor Steinar« auf sich aufmerksam machte.

Wenn er in Berlin war, besuchte Jürgen gemeinsam mit Einheimischen oder Touristen die ehemalige Grenadierstraße, seine letzte Wohnadresse in Berlin. 2002 wurden hier drei »Stolpersteine« feierlich eingeweiht, die an seine Großmutter und seine Eltern erinnerten, die in Vernichtungslagern umkamen.

Läßt man die verschiedenen Meinungsäußerungen Jürgen Löwensteins Revue passieren, so fällt auf, es sind Erlebnisberichte, keine Phantasieprodukte über frühere Zeiten. Das macht jeden einzelnen dieser Texte und sie alle in der Summe so sympathisch.

Dr. Horst Helas

Der lange Weg zur Gerechtigkeit.

**Siegfried Grundmann: Der lange Weg bis zur Rückgabe und Entschädigung.
Albert Einsteins von den Nazis konfisziertes Eigentum.
Springer Verlag 2017, 165 S.**

Siegfried Grundmann hat sich der Mühe unterzogen, den langwierigen Prozess zur Entschädigung bzw. Rückgabe des vom NS-Regime konfiszierten Eigentums von Albert Einstein und seiner Familie detailliert zu beschreiben.

Im Vorwort geht der Autor darauf ein, dass das gesamte Eigentum der Familie von den Nazis geraubt wurde. Zurecht stellt S. Grundmann fest, dass die Befreiung Deutschlands vom NS-Regime den Weg für die sofortige Rückgabe oder Entschädigung an Albert Einstein bzw. an die Familie frei gemacht hätte. Es dauerte aber Jahrzehnte ehe es zu einer Entschädigung Einsteins kam. Die beiden deutschen Staaten taten sich schwer, von den Nazis geraubtes Eigentum zurückzugeben oder eine angemessene Entschädigung zu zahlen.

Ausführlich skizziert S. Grundmann das infame Vorgehen gegen Albert Einstein und seine Familie einschließlich der Ausbürgerung des berühmten Wissenschaftlers. Mit einer Fülle von Dokumenten belegt der Autor die Bemühungen der Familie Einstein um Hilfeleistungen der Schweizer Behörden in Bezug auf ihr Eigentum und verdeutlicht, dass die Schweiz Albert Einstein in keiner Weise unterstützte.

Unter der Überschrift »Das Einstein-Haus in Caputh April 1945« (S. 63) erläutert S. Grundmann, warum das Gebäude Ziel eines Bombenangriffs wurde. Die Alliierten hatten per Aufklärungsflugzeug herausgefunden, dass das Haus ein wichtiges militärisches Gebäude sein müsste. In der Tat befand sich dort der »Sitz des Oberkommandos der deutschen Luftwaffe« (S. 67). Mit detailliert erforschten Dokumenten belegt der Autor den langwierigen Prozess bei den zuständigen Behörden in Westberlin eine Entschädigung bzw. Rückgabe für die Familie Einstein zu erlangen. Albert Einstein erlebte den Schritt der Entschädigung nicht mehr.

Im Kapitel fünf beschreibt S. Grundmann den makaberen Umgang in Bezug auf das Einsteinhaus in Caputh. Nach jahrzehntelangen Bemühungen erhielt die Familie Einstein von der DDR keine Entschädigung, das Haus verblieb in Staatsbesitz.

Erst nach dem Untergang der DDR erhielten die Erben ihr Eigentum zurück.

Ein umfangreicher Quellen- und Anmerkungsapparat belegt die akribische Suche des Autors nach historischen Quellen über das konfiszierte Eigentum der Familie Einstein.

Dr. Günter Wehner

Der lange Schatten der NS-Vergangenheit

Manfred Görtemaker/Christoph Safferling: Die Akte Rosenberg.

Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit

C.H-Beck, München 2016, 588 S.

Die Autoren stellen sich der komplizierten Aufgabe, das verdrängte Erbe der NS-Vergangenheit im Bereich der Justiz insbesondere im Bundesministerium der Justiz (BMJ) zu analysieren.

Zu Beginn der Publikation gehen sie auf den Sitz des Ministeriums ein. Es handelt sich um ein beschauliches Gebäude am Rand von Bonn mit dem Namen Rosenberg.

Sie schildern detailliert, dass sich seit 2013 das BMJ bemüht, die NS-Belastung exakt zu erforschen. Im Mittelpunkt ihres Forschungsprojekts stand in erster Linie der Umgang des BMJ und seines Zuständigkeitsbereichs für den Umgang mit den persönlichen und politischen Belastungen des Personals, die sich aus der NS-Zeit ergaben.

Vorrangig erforschten M. Görtemaker und Ch. Safferling wie umfangreich der Personenkreis war, der sich im ND-Regime bzw. im Ministerium betätigt hatten. Ihr weiterer Untersuchungsgegenstand war die Rolle des BMJ bei der Amnestierung von NS-Tätern und deren vorzeitiger Haftentlassung. Die Autoren merken kritisch an, dass sich bis 1968 fast alle NS-Täter wieder in Freiheit befanden.

Zugleich analysierten die Autoren die Rolle des BMJ beim Verschleppen von Rehabilitierungsverfahren von Opfern der NS-Justiz. Als Beispiele benennen sie die strafrechtlichen Entscheidungen von Erbgesundheitsurteilen sowie die Urteile zur Militärjustiz. Besonders kritisch werten sie, dass die Urteile des Volksgerichtshofes und der Standgerichte erst im Mai 2002 durch ein Bundesgesetz aufgehoben wurden und die Kriegsverratsurteile erst im September 2009 als rechtswidrig eingestuft wurden. Die beiden Autoren verweisen in der vorliegenden Publikation, dass in Bezug auf ihr Projekt sich das BMJ mit der Ausstellung »Im Namen des Deutschen Volkes – Justiz und Nationalsozialismus« sich kritisch mit seiner Vergangenheit auseinandersetzte.

M. Görtemaker und Ch. Safferling schildern anhand exakt recherchierter Fakten, dass sich die deutsche Justiz in den Westzonen nach 1945 nur mit Ausnahme des Nürnberger Juristenprozesses, der noch unter alliierter Federführung erfolgte, sich der eigenen Strafverfolgung von NS-Tätern nahezu völlig entzogen hat.

Die Autoren heben hervor, dass die nahtlose Nutzung der faschistischen Funktionselite politisch gewollt war, begründet u.a. mit dem Artikel 131 des Grundgesetzes der BRD. Die Rezeption des Nürnberger Juristenprozesses in der BRD schätzen die Autoren als weitgehend unbeachtet ein. Sie erläutern, dass es erst 1996 zu einer ernsthaften Auseinandersetzung über den Prozess kam. Ferner stellen sie kritisch fest, dass in Bezug auf die Strafverfolgung von NS-Tätern hinsichtlich des Juristenurteils sich das BJD blind stellte.

Sie schildern ausführlich, dass die Rezeption in der DDR zu dem genannten Prozess grundsätzlich anders verlief. Die Autoren erläutern, dass im Unterschied zu den westlichen Besatzungszonen die Behörden in der SBZ von ehemaligen Nazis und NS-belasteten Personen relativ konsequent gesäubert wurden. NS-Juristen waren nicht mehr im Dienst, sondern hatten sich in die westlichen Besatzungszonen abgesetzt. Im Ergebnis des Kalten Krieges erhielten sie dort, unter dem Deckmantel eines antikommunistischen Images, erneut eine Chance als Juristen weiterzuwirken.

Unter der Überschrift »Das Bundesministerium der Justiz: Neubeginn oder Kontinuität« kommen die Autoren zu dem Schluss, dass formal ein Neubeginn angedeutet wurde, aber die Kontinuität konsequent beibehalten wurde. Akribisch verweisen M. Görtemaker und Ch. Safferling auf den Einfluss des Bundeskanzleramtes unter Hans Globke beim Aufbau und der weiteren Entwicklung des BMJ. Sie erläutern das am Gesetz für die alten Eliten (G 131).

Breite Raum widmen die Autoren den in der DDR veröffentlichten Braunbüchern, in denen die NS-Vergangenheit von Juristen und Ministern enttarnt wurde. Sie weisen darauf, dass die sogenannte »Braunbuchkartei« neben der Zentralkartei in Ludwigsbrg und den Dateien des ehemaligen Berliner Document Center im Bundesarchiv sowie die NS-Vorgangskartei des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zu den wichtigsten Hilfsmitteln über das Wirken von Funktionsträgern im NS-Regime gehören.

Detailliert berichten die Autoren an Hand sorgfältiger Recherchen wie sich das NS-Erbe in der Bundesrepublik in der Gesetzgebung widerspiegelt. Sie erläutern, mit welchen Gesetzen die frühzeitige Verjährung von NS-Straftaten durchgesetzt wurde. Im Gegensatz zur juristischen Verschleppung der Entschädigung von NS-Verfolgten und deren Rehabilitierung. Sie betonen, dass erst im Zuge der Wiedervereinigung und der endgültigen Ablösung des Besatzungsrechtes am 25. Mai

1990 per Gesetz die NS-Unrechturteile für nichtig erklärt wurden.

Zusammenfassend stellen M Görtemaker und Ch. Safferling fest. Dass der Übergang vom NS-Staat zur Bundesrepublik enger als im Sinne eines Neubeginns war, aber eine tiefe Kontinuität hinsichtlich der alten Eliten aufwies. Sie heben hervor, dass sich die Bundesrepublik bis heute im justiziellen Umgang mit der NS-Vergangenheit schwere Versäumnisse vorwerfen lassen muss.

Die Autoren haben eine Publikation erarbeitet, die sich auf höchstem Niveau der analytischen Durchdringung des schwierigen Stoffes befindet. Die Schärfe des historischen Urteils ist in dem Buch einzigartig. Abgerundet wird die Publikation durch einen umfassenden Anmerkungs- und Quellenapparat.

Dr. Günter Wehner

Ursula Suhling: Wer waren die 999er?

**Strafsoldaten in Wehrmachtsuniform – deportiert vom Hannoverschen Bahnhof.
Herausgegeben von der Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V.,
VSA-Verlag Hamburg, 2017; 224 Seiten.**

»Als Ursula Suhling 2014 unter dem Titel »999er Strafsoldaten – deportiert vom Hannoverschen Bahnhof« ein erstes Buch über »Hamburger Antifaschisten in Wehrmachtsuniform« vorlegte, war selbst in der zeitgeschichtlich interessierten Öffentlichkeit nur wenig darüber bekannt, dass zwischen 1942 und 1944 über 1000 Regimegegner aus Hamburg zum »Bewährungseinsatz« abtransportiert wurden.« So führt der Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Dr. Detlef Garbe in seinem Vorwort zu Ursula Suhlings neuem Buch ein. Was aber waren Strafsoldaten? Aufgrund der hohen Verluste an den Fronten des Zweiten Weltkrieges rekrutierte die Wehrmacht gemeinsam mit der Gestapo aus den Reihen der Häftlinge, die in Zuchthäusern und Konzentrationslagern einsaßen, sowie aus den Reihen der »wehrunwürdigen« Vorbestraften eine große Zahl von »Bewährungssoldaten«. Sie sollten die Lücken in den Reihen der »kämpfenden Truppe« auffüllen. So wurden Formationen aus kriminell und politisch Vorbestraften aufgestellt, die an den gefährlichsten Frontabschnitten zum Einsatz kamen. Man nannte diese Formationen »BB 999« (Bewährungsbataillon 999). Die Überlebenschancen der Strafsoldaten waren wohl im Schnitt nicht niedriger als die der Wehrmachtssoldaten (verlässliche Zahlen liegen nicht vor), doch im Bezug auf die konkreten Frontabschnitte war ihre Verlustquote weit höher als die der übrigen Soldaten. Ursula Suhlings erste Veröffentlichung zum Thema, welche Detlef Garbe erwähnt, hatte damals, im Jahr 2014, auf eine Fehlstelle im Gedenken aufmerksam gemacht. Der Vorstoß der Autorin kam zu einer Zeit, als die Planungen zur Gestaltung der »Gedenkstätte Hannoverschen Bahnhof« am Lohseplatz (dem Vorplatz des ehemaligen, heute nicht mehr existenten Hannoverschen Bahnhofs in Hamburg) öffentlich vorgestellt worden sind. Kern des vom Senat vorangetriebenen Projekts sollte die Erinnerung an die von hier in den Tod geschickten rassistisch verfolgten Juden, Sinti und Roma sein. Ursula Suhling forderte in ihrer Schrift nachdrücklich, auch die 999er Strafsoldaten, die ebenfalls von hier in Massentransporten deportiert worden waren, in das Er-

innerungskonzept aufzunehmen, zumal der größte Teil der aus Hamburg stammenden »Bewährungssoldaten« politisch Vorbestrafte, also Antifaschisten, waren. Als dann der Historiker Dr. Hans-Peter Klausch im April 2016 – einen Monat vor seinem frühen Tod – mit einer Expertise in die Debatte eingriff, erhielt das Thema eine wissenschaftliche Grundlage. Klauschs Gutachten über die 999er hatte das Auschwitzkomitee in Auftrag gegeben. Klauschs kritische und konstruktive Vorschläge regten Ursula Suhling an, die Recherchen in den Archiven fortzusetzen. Wiederentdeckte Quellen beförderten ihre Arbeit noch, vor allem im Archiv der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Landesverband Hamburg. Im Mai 2017 schloss der Erste Bürgermeister Olaf Scholz in seiner Ansprache zur Übergabe des Gedenkortes Hannoverscher Bahnhof die Erinnerung an die 999er ausdrücklich ein. Für Ursula Suhling ein erster Erinnerungspolitischer Erfolg auf Landesebene. In ihrem neuen Buch, das ich hier vorstelle, zeichnet sie die Auseinandersetzungen um ihr Anliegen, eben auch das Schicksal der politischen Gegner des Naziregimes am Gedenkortort Lohseplatz zu würdigen, akribisch nach. Das macht das Buch so spannend.

Ein weiteres Kernstück des Buches ist die Dokumentation der Namen und Daten von 722 Strafsoldaten aus dem Raum Hamburg. Ursula Suhling konnte nachweisen, dass von den 722 ermittelten Strafsoldaten 408 Kommunisten und 106 Sozialdemokraten waren. Ein Großteil von ihnen hat den Krieg nicht überlebt. Nun dürfen wir gespannt sein, in welcher Form und in welchem Umfang die Stadt Hamburg im geplanten Dokumentationshaus am Lohseplatz an die Strafsoldaten erinnern wird. Diese Stätte soll im Jahr 2020 fertiggestellt sein. 25 Fotos und Dokumente sowie ein Anhang bereichern das Buch. Die Autorin Ursula Suhling wurde 1933 in Hamburg geboren. Die Diplom-Ingenieurin ist Mitglied der VVN-BdA. Ihr Vater Carl Suhling kam im BB 999 um.

René Senenko

An alle Engagierten und Interessierten:

Werdet Mitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE!

In vielen Orten werden regelmäßig Demos gegen Neonazis organisiert, findet aktive Flüchtlingshilfe statt, gibt es Bürgerbündnisse gegen Rassismus, engagieren sich Mitglieder der LINKEN in Initiativen gegen Rechts, und vieles mehr. Die BAG Antifaschismus sieht es als ihre Aufgabe, den Austausch über die vielen Erfahrungen, die wir im alltäglichen antifaschistischen Kampf vor Ort machen, zu fördern und

dabei Schnittstelle, Netzwerk und Multiplikator zu sein. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch und Wissensaustausch ist wichtig, zur Entwicklung gemeinsamer Strategien gegen rechts, und um zu spüren, dass man nicht allein gegen Windmühlen kämpft. Wer Mitglied werden möchte, ist gern bei uns willkommen. Einfach Eintrittsformular ausfüllen und abschicken, an die unten angegebene Adresse.

BAG Antifaschismus Eintrittserklärung

Name

Vorname

Geburtsdatum

Landesverband

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE.

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in die LAG

(Hier ggf. Namen der jeweiligen Landes-AG eintragen)

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE. (Wenn zutreffend bitte ankreuzen.)

Anschrift

E-Mail

Datum/Unterschrift

Ausgefüllte Erklärung an:

BAG Antifaschismus
Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28,
10178, Berlin
oder per Fax: 030 2411046

